

# GRUNDRECHTE

## Zeitschrift

## EuGRZ

In Verbindung mit

**Dr. Marc-André Eissen**, Kanzler des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte (EGMR), Strasbourg

**Dr. Willibald P. Pahr**, Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten der Republik Österreich, Wien

**Prof. Dr. Jörg Paul Müller**, Ordinarius für öffentliches Recht an der Universität Bern

**Dr. Gerhard Ulsamer**, Richter am Bundesgerichtshof, Karlsruhe

**Prof. Dr. Dr. jur. h. c. Heribert Golsong**, Vizepräsident der Weltbank, Washington

**Prof. Dr. Thomas Buergenthal**, Richter am Interamerikanischen Gerichtshof für Menschenrechte, San José/Washington

**Hans Danelius**, Ministerialdirektor, Leiter der Rechtsabteilung im schwedischen Außenministerium, Stockholm

**Prof. Dr. Jan De Meyer**, Universität Löwen

**Prof. Dr. Jacques Velu**, Universität Brüssel (U.L.B.), Generalanwalt beim Kassationshof

**The Rt. Hon. Lord Scarman, O.B.E.**, Richter am House of Lords, London

**Prof. Thór Vilhjálmsson**, Richter am Obersten Gerichtshof, Reykjavik; Richter am EGMR, Strasbourg

**H.H. Chief Justice Prof. Dr. J.J. Cremona**, Präsident des Verfassungsgerichtshofes, Valletta; Richter am EGMR, Strasbourg

**Prof. Avv. Guido Astuti †**, Richter am Verfassungsgerichtshof, Rom

**The Hon. Mr. Justice Brian Walsh**, Richter am Obersten Gerichtshof, Dublin; Richter am EGMR, Strasbourg

**Prof. Dr. Dimitrios Evrigenis**, Richter am Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte, Strasbourg/Thessaloniki

**Prof. Dr. Ulrich Everling**, Richter am Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften, Luxemburg

**Prof. Dr. Jochen Abr. Frowein**, Vizepräsident der Europäischen Kommission für Menschenrechte, Strasbourg/Heidelberg

Herausgegeben von **Norbert Paul Engel**, Strasbourg

Schriftleitung **Rechtsanwältin Erika Engel**, Strasbourg/Kehl

EuGRZ

8. Februar 1982

9. Jg. Heft 1/2

ISSN 0341/9800

Seiten 1-40

1. Aufsätze	Henning Schwaiger, Saarbrücken Zum Elternpflichtrecht des nichtehelichen Vaters in der Bundesrepublik Deutschland/Anmerkung zum BVerfG-Beschluß vom 24.3.1981 = BVerfGE 56, 363 ff. = EuGRZ 1981, 178 ff. . . . .	Schwaiger	1
2. Entscheidungen			
UN-AMR - 28.10.81 -	Verpflichtung der Vertragsstaaten, unmittelbaren Zugang zum Ausschuß zu gewähren / Fall Sendic gegen Uruguay . . . . .	Tomuschat	11
UN-AMR - 29.10.81 -	Verspätetes Protokoll der erstinstanzlichen Verhandlung verstößt gegen Anspruch auf faires Verfahren / Fall Pinkney gegen Kanada . . . . .	Tomuschat	13
EKMR - 10. 7.81 -	Menschenrechtsbeschwerde von Rudolf Hess unzulässig . . . . .	Blumenwitz	15
Conseil constitutionnel - 16. 1.82 -	Verstaatlichungsgesetz weitgehend verfassungswidrig . . <i>mit Anmerkung</i>	Wölker	16
VfGH - 5.10.81 -	Österreichische Verfassung enthält Wertentscheidung zugunsten des Minderheitenschutzes . . . . . <i>mit Anmerkung</i> . . . . .	Stadler Weiter	22 27
BGer - 1. 7.81 -	Beschlagnahme von Pressephotos als Beweismittel in einem Strafver- fahren / Entsigelung . . . . .	Pfister	29
BGer - 21.10.81 -	Briefgeheimnis von Untersuchungsgefangenen . . . . .	Steinmann	32
BVerfG - 24.11.81 -	Verfassungsmäßigkeit der Briefwahl . . . . .	voller Wortlaut	33
EGH, Ba.-Wü. - 7.11.81 -	Rechtsanwaltschaftliches Standesrecht und Publikationsfreiheit . . . . .	Kühne	36
3. Dokumentation			
Europäisches Parlament	EntschlieÙungen: Situation in Polen / Todesurteil für 52 türkische Gewerkschaftsführer . . . . .		39
4. Laufende Verfahren			
EKMR	Mündliche Verhandlung im Fall Lütfü Pakelli . . . . .		39

### **Das Elternpflichtrecht des nichtehelichen Vaters in der Bundesrepublik Deutschland untersucht Henning Schwaiger, Saarbrücken**

Der Autor mißt die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts über das Verhältnis des nichtehelichen Vaters zum nichtehelichen Kind (EuGRZ 1981, 178 ff.) am Maßstab der Europäischen Menschenrechtskonvention und unterzieht die Entscheidungsgründe einer „Plausibilitätskontrolle“ anhand des Wortlauts der herangezogenen Verfassungsbestimmungen, der bisherigen Interpretation dieser Verfassungsnormen durch das BVerfG selbst sowie anhand von dessen bisherigen Interpretationsgrundsätzen.

Schwaiger hält weder die allgemeine Untersagung der Ausübung des väterlichen Sorgerechts noch den Ausschluß des Sorgerechts selbst für gerechtfertigt und empfiehlt den Betroffenen die Anrufung der Europäischen Menschenrechtskommission. (Seite 1)

### **UN-Ausschuß für Menschenrechte weist Argument Uruguays zurück, Gefangene hätten kein Recht unmittelbar mit dem Ausschuß Kontakt aufzunehmen**

„Wären Regierungen berechtigt, Kontakten zwischen den Betroffenen und dem Ausschuß Hindernisse in den Weg zu stellen, würde das vom Fakultativprotokoll getroffene Verfahren in vielen Fällen jede Bedeutung verlieren. Es stellt eine Voraussetzung für die effektive Anwendung des Fakultativprotokolls dar, daß Gefangene in der Lage sein müssen, unmittelbar mit dem Ausschuß in Verbindung zu treten. Die Behauptung, daß der Internationale Pakt und das Protokoll lediglich für Staaten als Völkerrechtssubjekte gelten und daß folglich diese Instrumente keine unmittelbare Anwendung auf Einzelpersonen finden, hat keine rechtliche Grundlage, soweit ein Staat die Zuständigkeit des Ausschusses zur Entgegennahme und Prüfung von Mitteilungen von Einzelpersonen nach dem Fakultativprotokoll anerkannt hat.“ (Seite 11)

### **UN-Ausschuß für Menschenrechte gibt im Fall Pinkney einer Beschwerde gegen Kanada teilweise statt**

Zwar blieb der Beschwerdeführer erfolglos, soweit er die Beweiswürdigung des kanadischen Gerichts in Zweifel zog, denn dazu bemerkt der UN-AMR: „Es ist jedoch nicht die Aufgabe des Ausschusses, zu untersuchen, ob die Beweiswürdigung durch die genannten Gerichte auf Tatsachenirrtümern beruhte, oder ihre Anwendung des kanadischen Rechts nachzuprüfen, sondern lediglich festzustellen, ob die Würdigung sich unter den Umständen vollzog, die erkennen lassen, daß die Bestimmungen des Paktes nicht eingehalten werden.“ Soweit der Beschwerdeführer die zweieinhalbjährige Verzögerung bei der Herstellung der Verhandlungsprotokolle für das Berufungsverfahren rügte, ist der Ausschuß der Auffassung, „daß die Behörden von British Columbia als objektiv verantwortlich betrachtet werden müssen. Selbst unter den besonderen Umständen des Falles erscheint diese Verzögerung als übermäßig und könnte die Effektivität des Berufungsrechts beeinträchtigt haben.“ (Seite 13)

### **Europäische Kommission für Menschenrechte weist erneute Beschwerde des Hitler-Stellvertreters Hess als unzulässig zurück**

„Die jetzige Beschwerde unterscheidet sich von den früheren Beschwerden nur insofern, als der Fall ausführlicher dargelegt wird; die grundlegenden Fakten sind die gleichen geblieben. Es ist daher offensichtlich, daß die jetzige Beschwerde mit einem schon vorher von der Kommission geprüften Gesuch übereinstimmt und mangels neuer Tatsachen nach Maßgabe des Art. 27(1) der Konvention abschlägig beschieden werden muß.“ (Seite 15)

### **Loi de la nationalisation vom 18. Dezember 1981 vom Verfassungsrat, Paris, weitgehend für verfassungswidrig erklärt.**

Das Gesetz betrifft die Verstaatlichung von fünf großen Industriekonzernen, von 36 Banken und der beiden Finanzgesellschaften „Paribas“ und Compagnie financière de Suez. Der Verfassungsrat wertet die Nicht-Verstaatlichung der Genossenschaftsbanken als Verstoß gegen den Gleichheitssatz, erklärt die Veräußerung von Auslandsfilialen für verfassungswidrig und rügt die Berechnung der Höhe der gerechten Entschädigung, da auch bei Zugrundelegung eines Dreijahreszeitraums durch unterschiedliche Buchführungstechniken die Bewertung einer Aktie zu sehr dem Zufall überlassen werde. (Seite 16)

### **Erste Eindrücke zur Entscheidung des Conseil constitutionnel vermittelt Ulrich Wölker, Heidelberg**

„Eine der wichtigsten Passagen der Entscheidung betrifft die grundsätzliche Billigung der Verstaatlichungen an sich. Der Verfassungsrang der Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte von 1789 ist vom Verfassungsrat erneut bestätigt worden. Die etwas versteckte Auseinandersetzung mit der Ansicht, Art. 17 der Erklärung sei auf Verstaatlichungen der hier vorliegenden Art gar nicht anwendbar, hätte etwas deutlicher ausfallen können. Die Anerkennung eines weiten Beurteilungs- und Ermessensspielraums des Gesetzgebers bei der Frage der ‚öffentlichen Notwendigkeit‘ war durch Entscheidungen zu vergleichbaren Fällen bereits vorgegeben. Etwas überraschend ist jedoch die sehr knappe Feststellung dazu, es liege kein ‚erreur manifeste‘ des Gesetzgebers und damit keine weitere Kontrollmöglichkeit des Verfassungsrats vor.“ (Seite 21)

### **VfGH, Wien, weist Wahlenfechtung der Kärntner Landtagswahl 1979 durch slowenische Wählergruppe zurück, hebt aber Wertentscheidung des Verfassungsgesetzgebers zugunsten des Minderheitenschutzes hervor.**

*Theodor Veiter* wertet in seiner *Anmerkung* die VfGH-Entscheidung als unbefriedigend und fragt, ob die „so bemerkenswerten Formulierungen auch in Wirklichkeit angewendet werden“. (Seite 27)

### **Schweizerisches Bundesgericht verneint Verletzung der Pressefreiheit durch Beschlagnahme von Pressefotos, bejaht aber Anspruch auf gerichtliches Entsigelungsverfahren**

„Da dem Journalisten nach dem Zürcher Strafverfahrensrecht kein Zeugnisverweigerungsrecht zusteht, muss er sich wie jede andere Person, die zur Aussage verpflichtet ist, die Beschlagnahme von Gegenständen ... gefallen lassen.“ Im Falle einer Siegelung darf allerdings nicht die Strafverfolgungsbehörde, sondern nur der neutrale Richter über die Entsigelung entscheiden. (Seite 29)

### **Schweizerisches Bundesgericht, Lausanne, mißbilligt offene Weiterleitung zensurierter Post in der Untersuchungshaft**

„Der Untersuchungsgefangene hat ein durchaus beachtliches Interesse an der verschlossenen Weiterleitung der zensurierten eingehenden Post. Der Eingriff in die Privatsphäre, der mit der Postkontrolle verbunden ist, wirkt sich ungleich schwerer aus, wenn nicht nur der Untersuchungsrichter, sondern auch die Gefängnisangestellten, mit denen der Untersuchungsgefangene in täglichem Kontakt steht, vom Inhalt der gesamten an ihn gerichteten Post Kenntnis erlangen können.“ (Seite 32)

### **Bundesverfassungsgericht, Karlsruhe, sieht Mißbrauchsgefahr bei der Briefwahlwerbung**

Das Gericht hält die geltenden Briefwahlbestimmungen für verfassungsgemäß, betont aber die Pflicht des Gesetzgebers, bei neuen Entwicklungen – hier: einzelne Wahlhelfer legen eine Vielzahl von Vollmachten vor – zu reagieren. „Um den im Zusammenhang mit der Briefwahlwerbung nicht ohne weiteres von der Hand zu weisenden Mißbrauchs- und Manipulationsmöglichkeiten entgegenzuwirken, ließe sich etwa daran denken, künftig von der nach § 28 Abs. 4 Satz 1 BWO möglichen Aushändigung des Wahlscheines und der Briefwahlunterlagen an einen Bevollmächtigten abzusehen und diese stattdessen dem Wahlberechtigten auf dem Postwege oder in anderer Weise von Amts wegen unmittelbar zuzuleiten.“ (Seite 33)

### **Ehrengerichtshof Baden-Württemberg spricht den Justizjournalisten RA Dr. Kühnert vom Vorwurf der anwaltlichen Pflichtverletzung frei**

Kühnert hatte in Zeitungsartikeln das Urteil des BGH im Fall Böse als skandalös bezeichnet und u.a. geschrieben die Entscheidung lasse auf rechtliche Schlampigkeit, auf einen Mißbrauch des Freibeweisverfahrens und auf eine Verletzung der Aufklärungspflicht schließen. Der EGH ordnet die Zeitungsartikel dem außerberuflichen Verhalten (des RA) zu und begründet seine Entscheidung mit der Tragweite der Meinungsfreiheit. (Seite 36)

**GRUNDRECHTE****Zeitschrift****EuGRZ**

In Verbindung mit

**Dr. Marc-André Eissen**, Kanzler des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte (EGMR), Strasbourg**Dr. Willibald P. Pahr**, Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten der Republik Österreich, Wien**Prof. Dr. Jörg Paul Müller**, Ordinarius für öffentliches Recht an der Universität Bern**Dr. Gerhard Ulsamer**, Richter am Bundesgerichtshof, Karlsruhe**Prof. Dr. Dr. jur. h. c. Heribert Golsong**, Vizepräsident der Weltbank, Washington**Prof. Dr. Thomas Buergenthal**, Richter am Interamerikanischen Gerichtshof für Menschenrechte, San José/Washington**Hans Danelius**, Ministerialdirektor, Leiter der Rechtsabteilung im schwedischen Außenministerium, Stockholm**Prof. Dr. Jan De Meyer**, Universität Löwen**Prof. Dr. Jacques Velu**, Universität Brüssel (U.L.B.), Generalanwalt beim Kassationshof**The Rt. Hon. Lord Scarman**, O.B.E., Richter am House of Lords, London**Prof. Thór Vilhjálmsson**, Richter am Obersten Gerichtshof, Reykjavik; Richter am EGMR, Strasbourg**H.H. Chief Justice Prof. Dr. J.J. Cremona**, Präsident des Verfassungsgerichtshofes, Valletta; Richter am EGMR, Strasbourg**Prof. Avv. Guido Astuti** †, Richter am Verfassungsgerichtshof, Rom**The Hon. Mr. Justice Brian Walsh**, Richter am Obersten Gerichtshof, Dublin; Richter am EGMR, Strasbourg**Prof. Dr. Dimitrios Evrigenis**, Richter am Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte, Strasbourg/Thessaloniki**Prof. Dr. Ulrich Everling**, Richter am Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften, Luxemburg**Prof. Dr. Jochen Abr. Frowein**, Vizepräsident der Europäischen Kommission für Menschenrechte, Strasbourg/HeidelbergHerausgegeben von **Norbert Paul Engel**, StrasbourgSchriftleitung **Rechtsanwältin Erika Engel**, Strasbourg/Kehl

ISSN 0341/9800

**9. Jahrgang 1982****Register**

Europäische

# GRUNDRECHTE

Zeitschrift

**EuGRZ**

---

**Zitierweise:** EuGRZ 1982, 1 –

**Erscheint** zweimal im Monat seit Oktober 1974

**Abonnement:** jährlich DM 242,-; ÖS 1740,-; SFr. 242,- inklusive Mehrwertsteuer, zzgl. Porto

**Abbestellungen** müssen zwei Monate vor dem Quartalsende beim Verlag eingehen.

**Einzelheft:** DM 12,-; ÖS 85,-; SFr 12,- zzgl. Porto

**Doppelheft:** DM 21,-; ÖS 148,-; SFr. 21,- zzgl. Porto

**Studenten und Referendare** zahlen bei Vorlage einer Studien- bzw. Ausbildungsbescheinigung jeweils nur die Hälfte.

**Schriftleitung:** Rechtsanwältin Erika Engel

**Verantwortlich für den Verlag:** Erika Engel

**Verantwortlich für die Anzeigenverwaltung:** Erika Engel  
Gegenwärtig gilt Anzeigenpreisliste Nr. 3 vom Oktober 1979.

**Verlagsanschrift:** Elbinger Straße 3, Postfach 1670,  
D-7640 Kehl a. Rhein, Telefon 07851/2463

**Redaktionsanschrift:** 38, rue Bautain, F-67000 Strasbourg,  
Tel. (88) 616318

**Alle Rechte** sind vorbehalten. © by EuGRZ. Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit schriftlicher Zustimmung der Redaktion. Der Urheberrechtsschutz erstreckt sich auch auf Bearbeitungen, Zusammenfassungen und Übersetzungen der wiedergegebenen Entscheidungen, Dokumente und anderen Texte.

## Inhaltsverzeichnis

<p><b>A. Entscheidungsregister</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>I. Internationale Gremien..... S. II</li> <li>II. Bundesrepublik Deutschland ..... S. III</li> <li>III. Frankreich ..... S. IV</li> <li>IV. Italien ..... S. IV</li> <li>V. Österreich ..... S. IV</li> <li>VI. Schweiz..... S. IV</li> <li>VII. Vereinigtes Königreich ..... S. IV</li> <li>VIII. Vereinigte Staaten von Amerika..... S. IV</li> </ul> <p><b>B. Fundstellenverzeichnis</b> der in der EuGRZ abgedruckten Entscheidungen in der amtlichen Entscheidungssammlung</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>1. Bundesverfassungsgericht, Karlsruhe..... S. V</li> <li>2. Schweizerisches Bundesgericht, Lausanne ..... S. V</li> </ul> <p><b>C. Berichtigungen</b> ..... S. V</p> <p><b>D. Autorenregister</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>1. Entscheidungsdarstellungen ..... S. VI</li> <li>2. Aufsätze, Dokumentationen ..... S. VI</li> </ul> <p><b>E. Dokumentationsregister</b> ..... S. VI</p> <p><b>F. Register der laufenden Verfahren</b> ..... S. VII</p>	<p><b>G. Gesetzesregister</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>I. Internationales Recht           <ul style="list-style-type: none"> <li>1. Vereinte Nationen..... S. VIII</li> <li>2. Sonstiges internationales Recht..... S. VIII</li> </ul> </li> <li>II. Europarecht           <ul style="list-style-type: none"> <li>1. Europarat ..... S. VIII</li> <li>2. Europäische Wirtschaftsgemeinschaft..... S. IX</li> <li>3. EUROCONTROL ..... S. IX</li> </ul> </li> <li>III. Bundesrepublik Deutschland ..... S. IX</li> <li>IV. Finnland..... S. XIII</li> <li>V. Frankreich ..... S. XIII</li> <li>VI. Italien ..... S. XIV</li> <li>VII. Kanada ..... S. XIV</li> <li>VIII. Kolumbien ..... S. XIV</li> <li>IX. Niederlande ..... S. XIV</li> <li>X. Österreich..... S. XIV</li> <li>XI. Schweden..... S. XVI</li> <li>XII. Schweiz..... S. XVI</li> <li>XIII. Vereinigtes Königreich..... S. XVII</li> <li>XIV. Vereinigte Staaten von Amerika..... S. XVII</li> </ul> <p><b>H. Sachregister</b>..... S. XVII</p>
----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

## A. Entscheidungsregister

## 1. Internationale Gremien

## EKMR-Rechtsprechungsbericht 1980

	<b>Beschw. Nr.</b>	<b>Seite</b>	<b>Beschw. Nr.</b>	<b>Seite</b>
<b>1. UN-Ausschuß für Menschenrechte (UN-AMR)</b>				
<b>1981</b>				
28. 10. Mitteilung Nr. R 14/63 (Sendic gegen Uruguay) .....		11		
28. 10. Mitteilung Nr. R 23/91 (X. gegen Kanada, Beschwerde unzulässig) .....		528		
29. 10. Mitteilung Nr. R 7/27 (Pinkney gegen Kanada) .....		13		
<b>1982</b>				
23. 03. Mitteilung Nr. R 13/57 (Vidal Martins gegen Uruguay) .....		338		
24. 03. Mitteilung Nr. R 15/64 (Salgar de Montejo gegen Kolumbien) .....		339		
31. 03. Mitteilung Nr. R 11/45 (Suárez de Guerrero gegen Kolumbien) .....		340		
02. 04. Mitteilung Nr. R 14/61 (Hertzberg u. a. gegen Finnland) .....		342		
Sondervotum Opsahl .....		344		
23. 07. Mitteilung Nr. R 26/121 (X. gegen Dänemark – Beschwerde unzulässig) .....		529		
Sondervotum Graefrath .....		530		
<b>2. Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR)</b>				
<b>1981</b>				
06. 02. Entschädigung im Fall Airey .....		59		
05. 11. X. gegen Vereinigtes Königreich – betreffend Freiheitsentziehung bei Unterbringung eines Geisteskranken in psychiatrischer Klinik .....		101		
27. 11. Entschädigung im Fall Winterwerp .....		108		
<b>1982</b>				
25. 02. Campbell und Cosans gegen Vereinigtes Königreich .....		153		
Teilweise abweichende Meinung Sir Vincent Evans .....		157		
26. 03. Adolf gegen Österreich .....		297		
Gemeinsame abweichende Meinung Cremona, Liesch und Pettiti .....		303		
Zustimmende Meinung Matscher .....		303		
<b>3. Europäische Kommission für Menschenrechte (EKMR)*</b>				
<b>Berichte</b>				
<b>1979</b>				
13. 12. Hamer ./ UK .....		531		
<b>1980</b>				
10. 07. Draper ./ UK .....		531		
17. 07. Kaplan ./ UK .....		532		
17. 07. Caprino ./ UK .....		534		
11. 12. Schertenleib ./ CH .....		534		
15. 12. Ventura ./ I .....		535		
<b>Friendly settlement</b>				
<b>1980</b>				
09. 07. Singh Uppal ./ UK .....		536		
16. 07. A ./ UK (Nr. 6840/74) .....		536		
17. 07. Giama ./ B .....		536		
<b>Einzeldarstellungen</b>				
<b>1981</b>				
10. 07. Rudolf Hess ./ Fu. UK .....		15		
15. 10. Bund Naturschutz in Bayern u. a. ./ D .....		158		
07. 12. X ./ D betreffend Ausschluß des staatlichen Rechtsweges für Statusklage eines Pfarrers .....		60		
<b>1982</b>				
03. 03. Dr. Gerhard Härdle ./ D .....		447		
	7365/76 .....	311 (95)	8529/79 .....	304 (39)
	7468/76 .....	268 (32)	8543/79 .....	307 (56)
	7653/76 .....	304 (38)	8550/79 .....	306 (50)
	7848/77 .....	266 (22)	8552/79 .....	312 (110)
	7878/77 .....	314 (130)	8567/79 .....	306 (48)
	7889/77 .....	312 (107)	8568/79 .....	313 (119)
	7891/77 .....	310 (92)	8572/79 .....	314 (125)
	7904/77 .....	315 (132)	8573/79 .....	267 (28)
	7938/77 .....	268 (31)	8574/79 .....	311 (98)
	7950/77 .....	268 (29)	8579/79 .....	315 (139)
	7957/77 .....	314 (123)	8581/79 .....	265 (14)
	8016/77 .....	265 (12)	8586/79 .....	266 (23)
	8064/77 .....	307 (66)	8595/79 .....	306 (51)
	8066/77 .....	311 (103)	8596/79 .....	309 (84)
	8077/77 .....	311 (96)	8603/79 .....	304 (43)
	8083/77 .....	269 (37)	8604/79 .....	311 (101)
	8139/78 .....	265 (15)	8610/79 .....	309 (85)
	8155/78 .....	312 (108)	8643/79 .....	315 (141)
	8158/78 .....	265 (20)	8655/79 .....	311 (99)
	8167/78 .....	308 (77)	8660/79 .....	310 (87)
	8180/78 .....	315 (133)	8661/79 .....	306 (46)
	8182/78 .....	309 (86)	8665/79 .....	264 (6)
	8185/78 .....	306 (45)	8672/79 .....	264 (9)
	8187/78 .....	266 (21)	8673/79 .....	313 (121)
	8210/78 .....	307 (64)	8674/79 .....	307 (56)
	8236/78 .....	310 (93)	8675/79 .....	307 (56)
	8248/78 .....	265 (17)	8677/79 .....	307 (63)
	8249/78 .....	306 (47)	8681/79 .....	307 (59)
	8250/78 .....	314 (127)	8685/79 .....	307 (56)
	8255/78 .....	315 (138)	8686/79 .....	307 (55)
	8260/78 .....	313 (113)	8687/79 .....	264 (3)
	8282/78 .....	313 (118)	8689/79 .....	308 (72)
	8283/78 .....	312 (109)	8692/79 .....	309 (80)
	8289/78 .....	310 (89)	8696/79 .....	308 (70)
	8299/78 .....	309 (81)	8713/79 .....	264 (2)
	8307/78 .....	311 (106)	8717/79 .....	307 (60)
	8317/78 .....	267 (27)	8722/79 .....	304 (43)
	8324/78 .....	267 (26)	8723/79 .....	304 (43)
	8325/78 .....	311 (105)	8724/79 .....	315 (137)
	8326/78 .....	310 (91)	8729/79 .....	304 (43)
	8336/78 .....	314 (126)	8732/79 .....	264 (1)
	8341/78 .....	306 (52)	8740/79 .....	309 (82)
	8346/78 .....	315 (135)	8753/79 .....	305 (44)
	8363/78 .....	315 (143)	8765/79 .....	316 (147)
	8370/78 .....	265 (18)	8767/79 .....	308 (73)
	8381/78 .....	264 (8)	8774/79 .....	315 (140)
	8386/78 .....	310 (88)	8776/79 .....	307 (67)
	8387/78 .....	315 (134)	8778/79 .....	269 (36)
	8391/78 .....	314 (128)	8788/79 .....	268 (30)
	8395/78 .....	310 (90)	8795/79 .....	308 (71)
	8407/78 .....	304 (42)	8800/79 .....	313 (122)
	8416/78 .....	265 (13)	8802/79 .....	316 (146)
	8427/78 .....	311 (97)	8812/79 .....	304 (40)
	8430/78 .....	307 (61)	8817/79 .....	268 (34)
	8434/78 .....	314 (124)	8818/79 .....	264 (5)
	8440/78 .....	313 (120)	8823/79 .....	265 (16)
	8462/79 .....	315 (131)	8826/79 .....	264 (7)
	8469/79 .....	308 (75)	8831/79 .....	308 (74)
	8492/79 .....	307 (65)	8840/79 .....	308 (69)
	8496/79 .....	306 (54)	8844/80 .....	316 (145)
	8499/79 .....	308 (68)	8845/80 .....	308 (76)
	8504/79 .....	315 (136)	8849/80 .....	306 (49)
	8513/79 .....	311 (102)	8852/80 .....	309 (78)
	8514/79 .....	312 (112)	8871/80 .....	313 (115)
	8518/79 .....	311 (100)	8876/80 .....	309 (79)
	8522/79 .....	315 (142)	8897/80 .....	310 (94)

\*Hier sind nur die Entscheidungen der Kommission (Beschwerden, die für unzulässig erklärt wurden und Berichte und Friendly settlements) aufgeführt. Für die noch anhängigen Verfahren cf. das Register der Laufenden Verfahren in diesem Heft S. VII.

Beschw. Nr.	Seite	Beschw. Nr.	Seite
8901/80.....	307 (58)	8974/80.....	306 (53)
8903/80.....	309 (83)	8986/80.....	311 (104)
8913/80.....	307 (62)	8999/80.....	264 (11)
8914/80.....	313 (114)	9011/80.....	313 (117)
8916/80.....	268 (33)	9012/80.....	267 (25)
8922/80.....	314 (129)	9028/80.....	267 (24)
8951/80.....	316 (144)	9064/80.....	312 (111)
8955/80.....	265 (19)	9087/80.....	313 (116)
8963/80.....	264 (10)	9089/80.....	268 (35)
8973/80.....	304 (41)	9135/80.....	307 (57)

### EKMR-Rechtsprechungsbericht 1981

Beschw. Nr.	Seite	Beschw. Nr.	Seite
6870/75.....	540 (25)	8971/80.....	546 (55)
7099/75.....	540 (26)	8978/80.....	539 (17)
7977/77.....	540 (24)	8983/80.....	538 (10)
7990/77.....	548 (71)	8988/80.....	546 (62)
8008/77.....	538 (11)	8991/80.....	546 (54)
8201/78.....	541 (29)	8994/80.....	546 (58)
8261/78.....	549 (77)	9004/80.....	543 (40)
8315/78.....	541 (33)	9008/80.....	538 (15)
8334/78.....	537 (7)	9019/80.....	540 (27)
8375/78.....	544 (46)	9025/80.....	547 (68)
8395/78.....	538 (16)	9037/80.....	552 (84)
8461/78.....	545 (53)	9044/80.....	538 (13)
8463/78.....	538 (14)	9050/80.....	538 (12)
8490/79.....	545 (51)	9051/80.....	546 (60)
8503/79.....	546 (61)	9055/80.....	541 (31)
8554/79.....	549 (73)	9077/80.....	552 (82)
8564/79.....	537 (1)	9104/80.....	539 (20)
8645/79.....	544 (47)	9108/80.....	552 (83)
8682/79.....	539 (19)	9117/80.....	541 (30)
8704/79.....	537 (8)	9124/80.....	537 (3)
8706/79.....	549 (75)	9126/80.....	543 (41)
8737/79.....	549 (76)	9130/80.....	543 (42)
8760/79.....	544 (48)	9160/80.....	537 (2)
8769/79.....	544 (45)	9164/80.....	549 (74)
8770/79.....	543 (44)	9167/80.....	540 (23)
8782/79.....	547 (66)	9177/80.....	542 (39)
8803/79.....	551 (81)	9179/80.....	542 (38)
8808/79.....	537 (5)	9188/80.....	544 (49)
8819/79.....	540 (22)	9194/80.....	550 (78)
8822/79.....	543 (43)	9205/80.....	548 (70)
8834/79.....	547 (65)	9208/80.....	547 (69)
8847/80.....	547 (67)	9212/80.....	542 (37)
8853/80.....	547 (67)	9221/80.....	549 (72)
8878/80.....	537 (4)	9223/80.....	542 (36)
8879/80.....	546 (56)	9245/81.....	546 (59)
8881/80.....	546 (57)	9291/81.....	541 (32)
8902/80.....	544 (50)	9382/81.....	546 (63)
8919/80.....	539 (18)	9404/81.....	541 (28)
8952/80.....	537 (9)	9433/81.....	545 (52)
8955/80.....	542 (35)	9449/81.....	539 (21)
8961/80.....	550 (79)	9501/81.....	547 (64)
8965/80.....	551 (80)	9536/81.....	542 (34)
8969/80.....	537 (6)		

## II. Bundesrepublik Deutschland

### 1. Bundesverfassungsgericht (BVerfG)

#### 1981

29. 04. 1 BvL 11/79*.....	135
29. 04. 2 BvR 159/80*.....	138
29. 04. 2 BvR 348/81.....	75
13. 05. 1 BvR 610/77 u. a.*.....	136
23. 06. 2 BvR 1107/77 u. a.....	172
14. 07. 1 BvL 28/80*.....	205
15. 07. 1 BvL 77/78.....	120
20. 07. 1 BvR 1417/80 *.....	135
01. 09. 1 BvR 304/75 *.....	136

06. 10. 2 BvR 1290/80*.....	137
06. 10. 2 BvL 8/81*.....	204
06. 10. 2 BvR 384/81*.....	138
20. 10. 1 BvR 402/78.....	188
20. 10. 1 BvR 640/80.....	195
20. 10. 2 BvR 201/80*.....	136
21. 10. 1 BvR 802/78 u. a.*.....	479
21. 10. 1 BvR 1024/79*.....	138
22. 10. 1 BvR 1369/79*.....	135
03. 11. 1 BvL 11/77 u. a.....	131
03. 11. 1 BvR 632/80 u. a.....	81
10. 11. 1 BvL 18/77 u. a.....	193
10. 11. 1 BvR 894/78*.....	478
10. 11. 2 BvR 1058/79*.....	203
10. 11. 2 BvR 1118/80*.....	137
10. 11. 2 BvR 1060/81*.....	204
24. 11. 2 BvL 4/80.....	191
24. 11. 2 BvL 1/81.....	33
16. 12. 1 BvR 898/79 u. a.*.....	476

#### 1982

13. 01. 1 BvR 848/77 u. a. Abweichende Meinung.....	181
26. 01. 1 BvR 1295/80 u. a.*.....	476
26. 01. 2 BvR 856/81.....	79
siehe auch.....	356
27. 01. 1 BvR 562/78*.....	478
27. 01. 1 BvR 807/80.....	401
09. 02. 1 BvR 799/78*.....	482
09. 02. 1 BvR 698/79 u. a.....	76
09. 02. 1 BvR 845/79.....	66
09. 02. 1 BvR 1379/80*.....	483
09. 02. 1 BvR 191/81*.....	482
09. 02. 2 BvL 6/78*.....	477
04. 02. 2 BvK 1/81*.....	481
10. 02. 1 BvL 116/78*.....	479
11. 02. 2 BvR 77/82+*.....	480
15. 02. 2 BvR 1492/81+*.....	481
17. 02. 1 BvR 188/80.....	464
02. 03. 2 BvR 869/81.....	282
03. 03. 1 BvL 15/80*.....	477
12. 03. 2 BvR 1112/81+.....	202
16. 03. 1 BvL 39/79*.....	477
16. 03. 1 BvR 938/81.....	467
16. 03. 1 BvR 1336/81*.....	482
23. 03. 2 BvL 1/81.....	469
24. 03. 2 BvH 1/82, 2/82 und 2 BvR 233/82.....	160
08. 04. 2 BvR 1339/81+*.....	485
20. 04. 1 BvR 522/78.....	406
20. 04. 1 BvR 426/80.....	280
20. 04. 1 BvR 944/80*.....	484
20. 04. 1 BvR 1242/81*.....	483
20. 04. 2 BvL 26/81.....	394
21. 04. 2 BvR 810/81.....	510
21. 04. 2 BvR 873/81*.....	484
27. 04. 1 BvR 1138/81+*.....	479
03. 05. 2 BvR 83/82+.....	408
04. 05. 1 BvL 26/77 u. a.....	554
04. 05. 1 BvR 1457/81.....	359
18. 05. 1 BvR 602/78.....	512
19. 05. 2 BvR 320/82+*.....	481
08. 06. 2 BvE 2/82.....	409
22. 06. 1 BvR 1376/79.....	472
22. 06. 1 BvR 56/82*.....	483
06. 07. 2 BvR 856/81.....	356
siehe auch.....	79
07. 07. 1 BvR 787/81*.....	484
07. 07. 2 BvL 14/78 u. a.*.....	559
07. 07. 2 BvR 1142/80*.....	475
07. 07. 2 BvR 340/81*.....	482
08. 07. 2 BvR 1187/80.....	321
28. 09. 2 BvR 125/82*.....	482
28. 09. 2 BvR 371/82+*.....	485

#### \* Rechtsprechungsbericht

+ Nicht zur Veröffentlichung in der amtlichen Sammlung des BVerfG vorgesehen.

04. 10.	2 BvR 390/81+*	562
05. 10.	2 BvR 316/81+	435
05. 10.	2 BvR 459/82+	508
06. 10.	2 BvR 304/82+	434
19. 10.	1 BvL 34/80 u. a.	552
19. 10.	1 BvL 39/80*	559
19. 10.	2 BvF 1/81	369
03. 11.	1 BvL 4/78*	515
03. 11.	1 BvR 620/78 u. a.	458
03. 11.	1 BvL 25/80 u. a.	429
03. 11.	1 BvR 710/82*	515
03. 11.	2 BvH 3/80*	561
03. 11.	2 BvR 1145/81*	560
15. 11.	1 BvR 585/80*	561
23. 11.	2 BvR 1008/82*	560
01. 12.	1 BvR 607/82*	560

**2. Bundesverwaltungsgericht (BVerwG)****1982**

26. 03.	1 C 29.81	277
---------	-----------	-----

**3. Ehrengerichtshof für Rechtsanwälte (EGH), Baden-Württemberg****1981**

07. 11.	EGH 25/81 (III)	36
---------	-----------------	----

**III. Frankreich****Conseil Constitutionnel****1982**

16. 01.	Nr. 80–127 DC (Verstaatlichungsgesetz, 1. Entwurf)	16
11. 02.	Nr. 82–139 DC (Verstaatlichungsgesetz, 2. Entwurf)	115

**IV. Italien****Corte Costituzionale****1980**

02. 04.	50/980*	346
02. 04.	51/1980*	347
18. 05.	72/1980*	346
02. 07.	107/1980*	347

**1981**

28. 01.	1/1981*	504
10. 02.	16/1981*	504
10. 02.	17/1981*	504
15. 04.	62/1981*	505
08. 06.	96/1981	505
08. 06.	100/1981*	506

**V. Österreich****1. Verfassungsgerichtshof (VfGH)****1981**

05. 10.	WI-9/79	22
09. 10.	G 50/81	274
16. 12.	B 101/81	507

**1982**

12. 03.	B 532/80	354
18. 03.	G 36/80 u. a.	271

**2. Oberster Gerichtshof (OGH)****1981**

19. 05.	5 Ob 739/80	64
16. 09.	5 Ob 640/81	159
22. 09.	1 Ob 721/81	113

**VI. Schweiz****Bundesgericht (BGer)****1981**

03. 06.	P 644/79 u. a.	61
01. 07.	P 773/80	29
14. 09.	P 1367/81	111
21. 10.	P 450/81	32
08. 12.	P 663/81	112

**1982**

15. 01.	P 436/81	109
12. 02.	P 1473/81 und P 1482/81	348
17. 02.	P 253/81	319
17. 02.	P 765/81	269
12. 03.	P 1210/81	350
31. 03.	P 744/81	391
07. 05.	P 1295/81	317
15. 06.	P 19/81	392
09. 07.	P 1401/81	427

**VII. Vereinigtes Königreich****Court of Appeal****1982**

29. 07.	Mandla v. Dowell-Lee	352
---------	----------------------	-----

**VIII. Vereinigte Staaten von Amerika****U.S. Supreme Court****1982**

15. 06.	Plyler v. Doe	452
---------	---------------	-----

**\* Rechtsprechungsbericht**

+ Nicht zur Veröffentlichung in der amtlichen Sammlung des BVerfG vorgesehen.

## B. Fundstellenverzeichnis der in der EuGRZ abgedruckten Verfassungsgerichtsentscheidungen in der amtlichen Entscheidungssammlung

### 1. Entscheidungssammlung des Bundesverfassungsgerichts, Karlsruhe (BVerfGE)

<b>BVerfGE Band 57</b>		
57,107	(29. 04. 81 1 BvL 11/78)*	= EuGRZ 1982/135
57,117	(29. 04. 81 1 BvR 159/80)*	= EuGRZ 1982/138
57,361	(14. 07. 81 1 BvL 28/77 u. a.; 1 BvR 154/79 u. a.)	= EuGRZ 1981/362

<b>BVerfGE Band 58</b>		
58,1	(23. 06. 81 2 BvR 1107/77 u. a.)	= EuGRZ 1982/172
58,81	(01. 07. 81 1 BvR 874/77 u. a.; 1 BvL 33/80 u. a.)	= EuGRZ 1981/532
58,129	Abweichende Meinung Benda und Katzenstein	= EuGRZ 1981/539
58,153	(14. 07. 81 1 BvL 28/80)*	= EuGRZ 1982/205
58,163	(06. 10. 81 2 BvR 1290/80)*	= EuGRZ 1982/137
58,176	(06. 10. 81 2 BvC 8/81)*	= EuGRZ 1982/204
58,177	(06. 10. 81 2 BvR 384/81)*	= EuGRZ 1982/138
58,233	(20. 10. 81 1 BvR 404/78)	= EuGRZ 1982/188
58,257	(20. 10. 81 1 BvR 640/80)	= EuGRZ 1982/195
58,283	(20. 10. 81 2 BvR 201/80)*	= EuGRZ 1982/136
58,300	(15. 07. 81 1 BvL 77/78)	= EuGRZ 1982/120
58,353	(21. 10. 81 1 BvR 1024/79)*	= EuGRZ 1982/138
58,369	(22. 10. 81 1 BvR 1369/79)*	= EuGRZ 1982/135
58,377	(03. 11. 81 1 BvL 11/77 u. a.)	= EuGRZ 1982/131

<b>BVerfGE Band 59</b>		
59,1	(03. 11. 81 1 BvR 632/80 u. a.)	= EuGRZ 1982/81
59,36	(10. 11. 81 1 BvL 18/77 u. a.)	= EuGRZ 1982/193
59,52	(10. 11. 81 1 BvR 894/78)*	= EuGRZ 1982/478
59,63	(10. 11. 81 2 BvR 1058/79)*	= EuGRZ 1982/203
59,95	(10. 11. 81 2 BvR 1118/80)*	= EuGRZ 1982/137
59,98	(10. 11. 81 2 BvR 1060/81)*	= EuGRZ 1982/204
59,104	(24. 11. 81 2 BvL 4/80)	= EuGRZ 1982/191
59,119	(24. 11. 81 2 BvC 1/81)	= EuGRZ 1982/33
59,128	(16. 12. 81 1 BvR 898/79 u. a.)*	= EuGRZ 1982/476
59,172	(21. 10. 81 1 BvR 802/78 u. a.)*	= EuGRZ 1982/479
59,231	(13. 01. 82 1 BvR 848/77 u. a.)	= EuGRZ 1982/181
59,273	Abweichende Meinung Heußner	= EuGRZ 1982/187
59,275	(26. 01. 82 1 BvR 1295/80 u. a.)*	= EuGRZ 1982/476
59,280	(26. 01. 82 2 BvR 856/81)	= EuGRZ 1982/79
59,287	(27. 01. 82 1 BvR 562/78)*	= EuGRZ 1982/478
59,302	(27. 01. 82 1 BvR 807/80)	= EuGRZ 1982/401
59,330	(09. 02. 82 1 BvR 799/78)*	= EuGRZ 1982/482
59,336	(09. 02. 82 1 BvR 698/79 u. a.)	= EuGRZ 1982/76
59,360	(09. 02. 82 1 BvR 845/79)	= EuGRZ 1982/66

<b>BVerfGE Band 60</b>		
60,1	(09. 02. 82 1 BvR 1379/80)*	= EuGRZ 1982/483
60,7	(09. 02. 82 1 BvR 191/81)*	= EuGRZ 1982/482
60,16	(09. 02. 82 2 BvL 6/78)*	= EuGRZ 1982/477
60,53	(09. 02. 82 2 BvK 1/81)*	= EuGRZ 1982/481
60,68	(10. 02. 82 1 BvL 116/78)*	= EuGRZ 1982/479
60,79	(17. 02. 82 1 BvR 188/80)	= EuGRZ 1982/464
60,96	(02. 03. 82 2 BvR 869/81)	= EuGRZ 1982/282
60,101	(03. 03. 82 1 BvL 15/80)*	= EuGRZ 1982/477
60,113	(16. 03. 82 1 BvL 39/79)*	= EuGRZ 1982/477

60,120	(16. 03. 82 1 BvR 1336/81)*	= EuGRZ 1982/482
60,123	(16. 03. 82 1 BvR 938/81)	= EuGRZ 1982/467
60,162	(23. 03. 82 2 BvL 1/81)	= EuGRZ 1982/469
60,175	(24. 03. 82 2 BvH 1/82 u. a.)	= EuGRZ 1982/160
60,215	(20. 04. 82 1 BvR 522/78)	= EuGRZ 1982/406
60,234	(20. 04. 82 1 BvR 426/80)	= EuGRZ 1982/280
60,243	(20. 04. 82 1 BvR 944/80)*	= EuGRZ 1982/484
60,247	(20. 04. 82 1 BvR 1242/81)*	= EuGRZ 1982/483
60,253	(20. 04. 82 2 BvL 26/81)	= EuGRZ 1982/394
60,305	(21. 04. 82 2 BvR 810/81)	= EuGRZ 1982/510
60,313	(21. 04. 82 2 BvR 873/81)*	= EuGRZ 1982/484
60,329	(04. 05. 82 1 BvL 26/77 u. a.)	= EuGRZ 1982/554
60,348	(04. 05. 82 1 BvR 1457/81)	= EuGRZ 1982/359
60,360	(18. 05. 82 1 BvR 602/78)	= EuGRZ 1982/512
60,374	(08. 06. 82 2 BvE 2/82)	= EuGRZ 1982/409

<b>BVerfGE Band 61</b>		
61,1	(22. 06. 82 1 BvR 1376/79)	= EuGRZ 1982/472
61,14	(22. 06. 82 1 BvR 56/82)*	= EuGRZ 1982/483
61,28	(06. 07. 82 2 BvR 856/81)	= EuGRZ 1982/356
61,37	(07. 07. 82 1 BvR 787/81)*	= EuGRZ 1982/484
61,43	(07. 07. 82 2 BvL 14/78 u. a.)*	= EuGRZ 1982/559
61,68	(07. 07. 82 2 BvR 1142/80)*	= EuGRZ 1982/475
61,78	(07. 07. 82 2 BvR 340/81)*	= EuGRZ 1982/482
61,82	(08. 07. 82 2 BvR 1187/80)	= EuGRZ 1982/321

### 2. Entscheidungssammlung des Schweizerischen Bundesgerichts, Lausanne (BGE)

105 Ia 247	(14. 11. 1979, P 199/79)	= EuGRZ 1981, 173
106 Ia 33	(25. 06. 1980, P 251/80)	= EuGRZ 1981, 169
106 Ib 16	(15. 01. 1980, P 1506/79)	= EuGRZ 1981, 506
106 Ib 182	(08. 02. 1980, A 127/79)	= EuGRZ 1981, 171
107 Ia 45	(01. 07. 1981, P 7731/80)	= EuGRZ 1982, 29
107 Ia 52	(28. 01. 1981, P 432/80)	= EuGRZ 1981, 400
107 Ia 64	(25. 03. 1981, P 724/80)	= EuGRZ 1981, 332
107 Ia 148	(21. 10. 1981, P 450/81)	= EuGRZ 1982, 32
107 Ia 163	(14. 09. 1981, P 1367/81)	= EuGRZ 1982, 111
107 Ia 256	(08. 12. 1981, P 663/81)	= EuGRZ 1982, 112
107 Ib 68	(27. 03./22. 04. 1981, P 1007/80)	= EuGRZ 1981, 507
107 Ib 155	(23. 01. 1980, C 22/80)	= EuGRZ 1981, 502
107 Ib 160	(29. 01. 1981, A 280/79)	= EuGRZ 1981, 503
107 II 301	(03. 09. 1981, P 295/81)	= EuGRZ 1981, 578
108 Ia 5	(31. 03. 1982, P 744/81)	= EuGRZ 1982, 391
108 Ia 22	(12. 02. 1982, P 1473/81)	= EuGRZ 1982, 348
108 Ia 41	(12. 03. 1982, P 1210/81)	= EuGRZ 1982, 350
108 Ia 48	(17. 02. 1982, P 765/81)	= EuGRZ 1982, 269
108 Ia 82	(17. 02. 1982, P 253/81)	= EuGRZ 1982, 319
108 Ia 90	(15. 01. 1982, P 436/81)	= EuGRZ 1982, 109
108 Ia 172	(09. 07. 1982, P 1404/81)	= EuGRZ 1982, 427
108 Ia 178	(15. 06. 1982, P 19/81)	= EuGRZ 1982, 392

\* Rechtsprechungsbericht

### C. Berichtigungen

**Heft 3/4, S. 61:** Der Name des Bearbeiters und Übersetzers lautet: Dr. Kersten Rogge (nicht: Rolle).

**Heft 3/4, S. 81:** Aktenzeichen der BVerfG-Entscheidung: 1 BvR 632/80 u. a. (nicht: 832/80 u. a.).

**Heft 9–12, S. 267,** linke Spalte, in Ziffer 26, 2. Absatz, 1. Zeile muß es richtig lauten: „Art. 2 des 1. Protokolls“ statt „2. Protokolls“.

**Heft 13/14, EKMR-Rechtsprechungsbericht:**  
– S. 309, Rsprber. Nr. 86, Beschwerde-Nr. 8182/78 (nicht /80)

– S. 310, Rsprber. Nr. 89, Beschwerde-Nr. 8289/78 (nicht /79)

– S. 311, Rsprber. Nr. 95, Beschwerde Nr. 7365/76 (nicht /78)

**Heft 15/16, S. 346:** Das Aktenzeichen des Urteils des Corte Constitutionale, Rom, muß in Nr. 5 des Rechtsprechungsberichts lauten: Nr. 72/1980 (nicht: Nr. 72/980).

**Heft 23/24, EKMR-Rechtsprechungsbericht:**

– S. 541, Rsprber. Nr. 33, Beschwerde-Nr. 8315/78 (nicht /79)

– S. 551, Rsprber. Nr. 80, Beschwerde-Nr. 8965/80 (nicht /70)

## D. Autorenregister

## 1. Entscheidungsdarstellungen

<b>Bartsch, Hans-Jürgen</b>	352 *
<b>Berka, Walter</b>	153
<b>Berkemann, Jörg</b>	81, 135, 203, 469, 475, 508, 510, 515, 559
<b>Beyerlin, Ulrich</b>	452 *
<b>Bleckmann, Albert</b>	264, 304, 531, 536
<b>Blumenwitz, Dieter</b>	15
<b>Coester, Michael</b>	429 *
<b>Coester-Waltjen, Dagmar</b>	108
<b>Frowein, Jochen Abr.</b>	172 *
<b>Gebauer, Klaus-Eckart</b>	188, 191, 464
<b>Herbert, Georg</b>	181, 193, 321, 401, 406, 458
<b>Hidien, Jürgen</b>	101
<b>Kühne, Hans Heiner</b>	36
<b>Machacek, Rudolf</b>	113, 159
<b>Meyer, Werner</b>	277
<b>Müller-Russell, Hans-Ulrich</b>	76, 131, 195, 467
<b>Pfister, Walter</b>	29, 109, 111, 112, 269, 319, 350
<b>Ritterspach, Theo</b>	345, 504
<b>Rogge, Kersten</b>	60, 158
<b>Schlüter, Bernhard</b>	447 *
<b>Seibert, Helga</b>	59
<b>Stadler, Gerhard</b>	22, 64, 271, 274, 354, 507
<b>Stein, Torsten</b>	120
<b>Steinmann, Gerold</b>	32, 61, 317, 348, 391, 392, 427
<b>Tomuschat, Christian</b>	11, 13, 338, 339, 340, 342, 528, 529, 530
<b>Ulsamer, Gerhard</b>	359, 394, 552
<b>Veiter, Theo</b>	27 *
<b>Wöhrmann, Gotthard</b>	512, 554
<b>Wölker, Ulrich</b>	16 *, 115 *

## 2. Aufsätze, Dokumentationen

<b>Berchtold, Klaus</b> , Das Recht auf ein Verfahren vor dem gesetzlichen Richter in Österreich .....	246
<b>Berka, Walter</b> , Die Kommunikationsfreiheit in Österreich/Informationsfreiheit, Freiheit der Meinungsäußerung und Zensurverbot im Überblick .....	413

<b>Coester, Michael</b> , Gemeinsames Sorgerecht nach Scheidung? Verfassungsrechtliche Überlegungen und internationale Erfahrungen .....	256
<b>Dicke, Klaus</b> , Zur Begründung eines Menschenrechts auf Eigentum .....	361
<b>Gerontas, Apostolos</b> , Der Grundsatz des „political self-restraint“, untersucht am Beispiel der Bundesrepublik Deutschland .....	145
<b>Gusy, Christoph</b> , Das Bundesverfassungsgericht als politischer Faktor .....	93
<b>Klecatsky, Hans R.</b> , Die Glaubens- und Gewissensfreiheit und die Rechtsstellung der gesetzlich anerkannten Kirchen und Religionsgesellschaften in Österreich .....	441
<b>Linke, Robert</b> , Das grundrechtliche Verbot der Auslieferung österreichischer Staatsbürger .....	329
<b>Matscher, Franz</b> , Das Verfahren vor den Organen der EMRK/Ein Überblick, unter besonderer Berücksichtigung der Stellung Österreichs als Konventionsstaat (1. Teil) 489 (2. Teil und Schluß) .....	517
<b>Öhlinger, Theo</b> , Die Grundrechte in Österreich .....	216
<b>Pahr, Willibald P.</b> , Schutz und Ausbau der Menschenrechte – eine Herausforderung unserer Zeit .....	209
<b>Schiffauer, Peter</b> , Recht auf Arbeit und Eigentum/Überlegungen zu möglichen Entwicklungen auf dem Gebiet des Grundrechtsschutzes .....	41
<b>Schwaiger, Henning</b> , Zum Elternpflichtrecht des nichtehelichen Vaters in der Bundesrepublik Deutschland .....	1
<b>Seidl-Hohenveldern, Ignaz</b> , Die Freizügigkeit der Person und das Auswanderungsrecht in Österreich .....	385
<b>Stadler, Gerhard</b> , Internationale Einflüsse auf die österreichische Grundrechtsordnung .....	210
<b>Wielinger, Gerhart</b> , Die Freiheit der Wissenschaft in Österreich .....	289

\* mit Anmerkung

## E. Dokumentationsregister

## Europarat

– Liechtenstein ratifiziert die Europäische Menschenrechtskonvention und anerkennt Individualbeschwerderecht .....	367
Parlamentarische Versammlung des Europarates	
– 28. 01. 82, Lage in Polen, Entschließung Nr. 763 .....	87
– 28. 01. 82, Lage in der Türkei, Entschließung Nr. 765 ...	86
– 29. 01. 82, Verfolgungen im Iran, Entschließung Nr. 768.	88

## Europäische Gemeinschaften

Europäisches Parlament, Entschließungen	
– 17. 12. 81, Situation in Polen .....	39
– 22. 01. 82, Todesurteil für 52 türkische Gewerkschaftsführer .....	39
– 09. 03. 82, Datenschutzrecht .....	139
– 10. 03. 82, Einheitliches Wahlverfahren zum Europäischen Parlament .....	141
– 11. 03. 82, Lage in El Salvador .....	142
– 11. 03. 82, Lage in Kambodscha .....	142
– 11. 03. 82, Lage der politischen Parteien in Uruguay .....	141
– 22. 04. 82, Friedensdemonstrationen in Warschauer Pakt-Staaten .....	205
– 22. 04. 82, Konflikt um die Falkland-Inseln .....	205
– 16. 06. 82, Lage in Afghanistan .....	284
– 08. 07. 82, Politische Lage in der Türkei .....	285
– 08. 07. 82, Visumpflicht für türkische Arbeitnehmer .....	286
– 09. 07. 82, Zum europäischen Rechtsraum .....	327
– 09. 07. 82, Symbolisch leerbleibender Stuhl im Europäischen Parlament .....	327

– 16. 09. 82, Zum Terrorismus .....	412
– 16. 09. 82, Zur Bekämpfung des Terrorismus .....	412
– 16. 09. 82, Lage in Polen .....	438
– 16. 09. 82, Gegenseitige Visumpflicht zwischen USA und EG .....	438
– 15. 10. 82, Verbot der polnischen Gewerkschaft „Solidarität“ .....	440
– 15. 10. 82, Lage in Bolivien .....	440
– 29. 10. 82, Beitritt der EG zur EMRK .....	485
– 29. 10. 82, Achtung der Menschenrechte als Aufgabe des Erziehungswesens .....	486
– 18. 11. 82, Schicksal der „DESAPARECIDOS“ (Verschwundenen) in Argentinien .....	516
– 18. 11. 82, Lage in Uruguay .....	562
– 18. 11. 82, Einschreibegebühren, die von ausländischen Schülern und Studenten in Belgien verlangt werden .....	562
Vorschlag für einen Akt	
– 10. 03. 82, Wahlverfahren zum Europäischen Parlament .....	140
Vorschlag für einen Beschluß	
– 10. 03. 82, Wahlverfahren zum Europäischen Parlament .....	140

## Universität Tübingen

## Forschungsprojekt Menschenrechte

– Zur Begründung eines Menschenrechts auf Eigentum .....	361
----------------------------------------------------------	-----

## F. Register der laufenden Verfahren

### I. Europäische Kommission für Menschenrechte - EKMR -, Straßburg

151. Sitzung vom 07.-18. 12. 81 .....	143
152. Sitzung vom 04.-05. 02. 82 .....	206
153. Sitzung vom 01.-11. 03. 82 .....	206
154. Sitzung vom 03.-13. 05. 82 .....	287
155. Sitzung vom 05.-16. 07. 82 .....	368
156. Sitzung vom 04.-15. 10. 82 .....	487

#### 1. Staatenbeschwerden

- Dänemark, Frankreich, Norwegen, Niederlande und Schweden gegen die Türkei .....	287
-----------------------------------------------------------------------------------	-----

#### 2. Individualbeschwerden

##### Belgien

Albert und Le Compte gegen - (Art. 6 - Disziplinarverfahren gegen Ärzte, Nr. 7299/75 und 7496/76) .....	143, 208
De Cubber gegen - (Art. 6 Abs. 1 - Richter im Strafprozeß zuvor Untersuchungsrichter, Nr. 9186/80) .....	487
D gegen - (Art. 6 Abs. 1 - Richter im Strafverfahren zuvor Untersuchungsrichter, Nr. 9186/81) .....	207
Jespers gegen - (Art. 6 - Urkunden im Strafverfahren, Nr. 8403/78) .....	144, 288
Van der Mussele gegen - (Art. 4, 14 - unentgeltliche Pflichtverteidigung, Nr. 8919/80) .....	208, 368
Sequaris gegen - (Art. 13 und 1 ZP - Urteilsvollstreckung gegen den Staat, Nr. 9676/82) .....	488

##### Bundesrepublik Deutschland

Axen gegen - (Art. 6 Abs. 1 - summarisches Verfahren im Zivilprozeß vor dem Bundesgerichtshof, Nr. 8273/78) .....	144
A. Öztürk gegen - (Art. 6 - Dolmetscherkosten im Ordnungswidrigkeitsverfahren, Nr. 8544/79) .....	143, 288, 488
Pakelli gegen - (Art. 6 Abs. 3 (c) - Beordnung eines Pflichtverteidigers im Revisionsverfahren, Nr. 8398/78) .....	39 f, 144, 288
X gegen - (Art. 6 Abs. 1 - summarisches Verfahren vor dem Bundesgerichtshof, Nr. 8273/78) .....	288

##### Dänemark

Rasmussen gegen - (Art. 6, 8 und 14 - Diskriminierung des Mannes im Ehelichkeitsanfechtungsrecht, Nr. 8777/79) .....	487
X gegen - (Art. 6 und 14 - Frist bei Ehelichkeitsanfechtungsklage, Nr. 8777/79) .....	143

##### Italien

Goddi gegen - (Art. 6 Abs. 1 und Abs. 3 (c) - Verteidigungsrechte im Strafverfahren, Nr. 8966/80) .....	207
Luberti gegen - (Art. 5 - Unterbringung in einem psychiatrischen Krankenhaus nach Strafverfahren, Nr. 9019/80) .....	288, 368
Pretto u. a. gegen - (Art. 6 Abs. 1 - Dauer des Zivilverfahrens und Form der Urteilsverkündung, Nr. 7984/77) .....	143, 288
Rubinat gegen - (Art. 6 und 13 - Verurteilung in Abwesenheit, wirksame Beschwerde, Nr. 9317/80) .....	368
Z gegen - (Art. 3 - medizinische Versorgung im Gefängnis-Krankenhaus, Nr. 9044/80) .....	143

##### Niederlande

A, B und C gegen - (Art. 5 - Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer, Stellung des „Auditeur-Militair“, Nr. 9362/81, 9363/81 und 9387/81) .....	287, 488
C gegen - (Art. 6 Abs. 1 - Rücknahme der Betriebserlaubnis einer Tankstelle, Nr. 8848/80) .....	207
E gegen - (Art. 5 - Haft vor Entscheidung über Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer, Nr. 9242/81) .....	207, 488
Hendriks gegen - (Art. 8 - Verkehrsrecht des geschiedenen Vaters mit seinem Sohn, Nr. 8427/78) .....	208, 368
Y gegen - (Art. 8 - Rechtsschutz geistig Behinderter bei sexuellem Mißbrauch, Nr. 8978/8) .....	143

##### Österreich

Andorfer Tonwerke gegen - (Art. 6 Abs. 1 - Verfahrensdauer Eigentumsgarantie, Nr. 8427/78) .....	208, 368
--------------------------------------------------------------------------------------------------	----------

Bönisch gegen - (Art. 6 Abs. 1 und Abs. 3 - Strafverfahren nach dem Lebensmittelgesetz, Stellung des Sachverständigen, Nr. 8658/79) .....	368
Sramek gegen - (Art. 6 Abs. 1 - Tiroler Landes-Grundverkehrsbehörde als unabhängiges Gericht, Verfahrensgarantien, Nr. 8790/79) .....	206
Zimmermann gegen - (Art. 6 und 7 - Verurteilung ohne vorherigen Hinweis auf Strafnorm und aufgrund erweiterter Auslegung, Nr. 8490/79) .....	144, 487

##### Portugal

Guincho gegen - (Art. 6 Abs. 1 - Dauer des Zivilverfahrens, Nr. 8990/80) .....	144, 368
Silveira gegen - (Art. 6 - Dauer arbeitsgerichtlicher Verfahren, Nr. 9346/81) .....	368

##### Schweden

Bramelid und Malmström gegen - (Art. 6 Abs. 1 und Art. 13 - gesetzl. Recht der Mehrheitsgesellschaften, die übrigen Kapitalanteile zu erwerben, Nr. 8588/79 u. 8589/79) .....	487
Shoogström gegen - (Art. 5 Abs. 3 - Haftprüfungsverfahren, Nr. 8582/79) .....	487
X gegen - (Art. 5 Abs. 3 und 4 - Haftprüfungsverfahren, Nr. 9017/80) .....	487

##### Schweiz

Santschi u. a. gegen - (Art. 5 - militärische Disziplinarverfahren, Nr. 7468/76, 7938/77, 8018/77, 8106/78, 8325/78 und 8778/79) .....	208
P. Sutter gegen - (Art. 6 Abs. 1 - Strafverfahren vor Militärkassationsgericht, Nr. 8209/78) .....	288
Temeltasch gegen - (Art. 6 Abs. 3 (e) - unentgeltliche Beziehung eines Dolmetschers, Nr. 9116/80) .....	288, 488
Zimmermann und Steiner gegen - (Art. 6 - Dauer des Verfahrens über Entschädigungsansprüche, Nr. 8737/79) .....	208, 288

##### Vereinigtes Königreich

A gegen - (Art. 8 und 10 - Haftbedingungen, Nr. 8231/78) ..	206
E.A. Arrondelle gegen - (Art. 8, 13 und Art. 1 Abs. 1 ZP - mangelnde Beschwerdemöglichkeiten wegen Lärm- und Eigentumsschäden durch Flughafen, Nr. 7889/77 - Bericht über gütliche Einigung) .....	288
B gegen - (Art. 6 Abs. 1) - Dauer des Strafverfahrens, Nr. 8435/78) .....	206, 488
B gegen - (Art. 3 und 5 - Unterbringung als Geisteskranker, Nr. 6870/75) .....	288
A. Barclay-Magiure gegen - (Art. 5 Abs. 4 - Dauer des Verfahrens bei Entlassung aus psychiatrischem Krankenhaus, Nr. 9117/80) .....	143
J. J. Campbell gegen - (Zugang des Strafgefangenen zum Gericht und Hausstrafverfahren, Nr. 7819/77) .....	288, 488
Pater P. Fell gegen - (Art. 6, 8 und 13 - Zugang zu anwaltlicher Beratung, ärztlicher Untersuchung und zum Gericht während Gefängnishaft, Nr. 7878/77) .....	288, 488
Reed gegen - (Art. 3, 6 und 8 - Bedingungen des Strafvollzuges, Nr. 7630/76) .....	143, 288
Frau X Cabales und Balkandali gegen - (Art. 3, 8, 12, 13 und 14 - Einreisebeschränkungen ausländischer Ehemänner, Nr. 9214/80, 9473/81 und 9474/81) .....	287
Y gegen - (Art. 5 Abs. 4 - Unterbringung wegen Geisteskrankheit, Nr. 7699/76) .....	287
Y gegen - (Art. 5 Abs. 4 - Unterbringung als Geisteskranker, Nr. 9292/81) .....	368
Zamir gegen - (Art. 5 - Abschiebungshaft, Nr. 9174/80) .....	368
6 Beschwerden gegen - (Art. 11 - Entlassungen wegen Verweigerung eines Gewerkschaftsbeitritts, Nr. 8476-8481/79) ..	206

### II. Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte - EGMR -, Straßburg

Aufstellung der am 20. 12. 82 anhängigen Verfahren .....	563
----------------------------------------------------------	-----

### III. Bundesrepublik Deutschland Bundesverfassungsgericht (BVerfG), Karlsruhe

Jahresüberblick 1982 .....	89
----------------------------	----

## G. Gesetzesregister

Der \* bei den Seitenzahlen weist darauf hin, daß der Gesetzestext dort im Wortlaut abgedruckt ist.

### I. Internationales Recht

#### 1. Vereinte Nationen

**Charta der Vereinten Nationen**  
vom 26. Juni 1945 (BGBl. 1973 II S. 431)  
Art. 1 210

**Allgemeine Erklärung der Menschenrechte** vom 10. Dezember 1948  
Allgemein 210, 227, 537  
Art. 5 530  
Art. 7 530  
Art. 10 530  
Art. 11 530  
Art. 13 390  
Art. 19 314, 414

**Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte** vom 16. Dezember 1966 (BGBl. 1973 II S. 1534) – **IPBPR** –  
Allgemein 210, 215, 220  
Art. 2 Abs. 1 338\*, 343  
Art. 2 Abs. 2 505  
Art. 2 Abs. 3 339  
Art. 4 Abs. 1 339\*  
Art. 4 Abs. 2 341  
Art. 4 Abs. 3 339, 341  
Art. 6 Abs. 1 341\*f.  
Art. 7 12, 341, 530  
Art. 9 12, 339 f., 528 f.  
Art. 10 Abs. 1 12, 14  
Art. 10 Abs. 2 lit. a 14  
Art. 11 528 f.  
Art. 12 Abs. 2 338\*f.  
Art. 14 13, 339 f., 504, 530  
Art. 14 Abs. 3 lit. a 12  
Art. 14 Abs. 3 lit. b 12  
Art. 14 Abs. 3 lit. c 12, 13, 15  
Art. 14 Abs. 3 lit. d 12  
Art. 14 Abs. 3 lit. e 12  
Art. 14 Abs. 4 504  
Art. 14 Abs. 5 14 f., 339\*f., 505  
Art. 15 528 f.  
Art. 17 14 f., 279, 340, 344 f.  
Art. 19 339, 341, 342 ff., 419  
Art. 21 339, 341  
Art. 23 Abs. 1 279  
Art. 26 530

**Fakultativprotokoll zu dem Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte** (BT-Drs. 7/660, S. 66 ff.) – **FP** –  
Allgemein 12, 530  
Art. 1 338, 344, 529  
Art. 2 344, 529  
Art. 3 343, 529 f.  
Art. 4 Abs. 2 12, 343  
Art. 5 Abs. 1 11, 338, 341, 344  
Art. 5 Abs. 2 343, 530  
Art. 5 Abs. 4 11, 12, 15, 339 f.

**Vorläufige Verfahrensordnung des Ausschusses für Menschenrechte** (UN-AMR) (UN-Doc. CCPR/C/3/Rev. 1 vom 3. Dezember 1979)  
Art. 87 529

**Internationaler Pakt über die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte** vom 19. Dezember 1966 (BGBl. 1973 II S. 1570)  
Allgemein 190 f., 215, 220  
Art. 2 Abs. 1 279  
Art. 8 Abs. 1 a 191  
Art. 10 Nr. 1 279

**Konvention zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau** vom 18. Dezember 1979 (Resolution 34/180)  
Allgemein 210

**Internationales Übereinkommen über die Beseitigung aller Formen der rassistischen Diskriminierung** vom 7. März 1966 (BGBl. 1969 II S. 962)  
Allgemein 220

**Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes** vom 9. Dezember 1948  
Art. VI 333

**Übereinkommen zur Bekämpfung der widerrechtlichen Inbesitznahme von Luftfahrzeugen** vom 16. Dezember 1970  
Allgemein 332

#### 2. Sonstiges internationales Recht

**Übereinkommen Nr. 87 der Internationalen Arbeitsorganisation über die Vereinigungsfreiheit und den Schutz des Vereinigungsrechts** vom 9. Juli 1948 in der Bekanntmachung vom 2. Mai 1958 (BGBl. II S. 113)  
Allgemein 190

**Statut des Verwaltungsgesichtshofs der Internationalen Arbeiterorganisation**  
Art. II Nr. 5 203

**Schlußakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa – KSZE-Schlußakte** – vom 1. August 1975  
Allgemein 215, 279

### II. Europa-Recht

#### 1. Europarat

**Satzung des Europarates**  
Art. 14 490

**Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten** vom 4. November 1950 (BGBl. 1952 II S. 686) – **EMRK** –

Allgemein 210 f., 367, 537  
Präambel 413  
Art. 1 15, 214, 314, 492, 494, 501, 507, 526 f., 538  
Art. 2 235, 265, 537  
Art. 3 15, 143, 153, 154\*f., 157, 211, 235, 265 ff., 287 f., 308, 310 f., 313, 314 f., 521, 534 f., 536, 537 ff., 540 f., 546  
Art. 4 235, 315, 539 f., 546  
Art. 4 Abs. 2 208, 564  
Art. 5 61 f., 105, 207, 208, 211 f., 236, 239, 267 ff., 287 f., 390, 488, 490, 521, 537, 540 f., 564  
Art. 5 Abs. 1 101, 102 ff., 108, 534, 546, 564  
Art. 5 Abs. 1 a 102\*f., 104, 315, 540 f.  
Art. 5 Abs. 1 c 107, 212, 535, 541, 552  
Art. 5 Abs. 1 e 102\*f. ff., 540 f.  
Art. 5 Abs. 1 f 310, 534, 546  
Art. 5 Abs. 2 102, 106\*f., 534  
Art. 5 Abs. 3 112, 213, 487 f., 534 f., 540 f.  
Art. 5 Abs. 4 102, 104\*f. ff., 108, 143, 287, 392 f., 488, 492, 533 f., 541, 564  
Art. 5 Abs. 5 541, 552  
Art. 6 60, 80, 143 f., 159 f., 208, 211 f., 236, 239, 244, 265 f., 287 f., 304, 306 ff., 312, 447 ff., 487 f., 490, 504, 534, 538, 549, 564  
Art. 6 Abs. 1 40, 60 f., 108 ff., 111 ff., 115, 143 f., 158 f., 206 ff., 212 f., 220, 236, 266 ff., 288, 297 ff., 304 ff., 310, 313 ff., 393, 447\*, 450 f., 487 f., 492, 520, 526, 532 ff., 538 ff., 541 ff., 551 f., 563 f.  
Art. 6 Abs. 2 62, 268, 297 ff., 301\*, 310, 337, 447, 448\*, 451, 540 ff., 544 f., 551 f., 563  
Art. 6 Abs. 3 310, 450  
Art. 6 Abs. 3 a 144, 527, 545  
Art. 6 Abs. 3 b 144, 305, 447\* 450, 543 ff.  
Art. 6 Abs. 3 c 40, 80, 144, 207, 288, 305, 310, 447, 448\*, 450, 543 f., 563  
Art. 6 Abs. 3 d 297 ff., 301\*, 305, 308, 310, 447, 448\*, 451, 543 ff.  
Art. 6 Abs. 3 e 143, 288, 488, 564  
Art. 7 144, 211, 305, 487, 540, 545 f.  
Art. 8 1 f., 10, 15, 32 f., 143, 206, 208, 211, 214, 232, 235, 244, 265 ff., 287 f., 308 ff., 314, 420, 487 f., 536 ff., 544 ff., 548, 563 f.

Art. 8 Abs. 1 2, 266, 277, 279, 310  
Art. 8 Abs. 2 236, 266, 311 f., 546  
Art. 9 156, 238, 267, 287, 312 ff., 420, 441 ff., 446  
Art. 10 156, 206, 212, 237, 266 f., 287, 311 f., 315 f., 413 ff., 420 ff., 427, 537, 548, 551

Art. 10 Abs. 1 413, 428, 551  
Art. 10 Abs. 2 419, 422 ff., 428, 551  
Art. 11 190, 206, 237, 266, 287, 312 f., 420, 548 f.

Art. 12 211, 227, 235, 287, 312, 314, 531 f.  
Art. 13 212, 287 f., 305, 307, 312 f., 316, 487 f., 492 f., 497, 505, 532 f., 539 f., 543, 545, 547, 563 f.

Art. 14 1 f., 10, 23, 25, 143, 208, 214, 233, 238, 287, 305, 307, 310 ff., 313, 316, 487, 492 f., 534 ff., 538 ff., 549

Art. 15 287, 385, 500, 502  
Art. 17 60 f., 156, 312, 493  
Art. 18 60 f., 493

Art. 19 304, 308, 313 f., 452, 517, 523, 525  
Art. 20 490  
Art. 24 287, 491, 493, 501, 517

Art. 25 ff. 10, 452  
Art. 25 15 f., 59, 155, 158, 211, 266, 268, 297 f., 309, 312, 314, 316, 367, 490 f., 493 f., 497, 500 ff., 517, 545

Art. 26 287, 314 f., 452, 493, 495 ff., 502 f., 523  
Art. 27 315

Art. 27 Abs. 1 16, 451 f., 495, 499 f.  
Art. 27 Abs. 2 16, 61, 159, 449, 451, 493, 495, 500, 502 f.

Art. 27 Abs. 3 495  
Art. 28 213, 449, 519 f., 525 f.  
Art. 29 495

Art. 30 143, 264, 288, 487, 491, 526, 531  
Art. 31 143, 208, 264, 300, 488, 491, 520, 526, 531

Art. 32 298, 490, 519, 521, 525 f.  
Art. 36 490  
Art. 38 490, 524

Art. 43 154, 298, 522  
Art. 44 298, 522, 524\*  
Art. 45 523

Art. 46 211, 298, 367, 490, 502, 522  
Art. 47 298, 522  
Art. 48 298, 521 f.

Art. 50 59\*f., 102, 107, 108\*f. f., 157, 297, 302, 497, 524 ff., 564  
Art. 53 2, 180, 525 f.

Art. 54 490, 525, 527  
Art. 55 490, 524  
Art. 57 526

Art. 58 521  
Art. 60 221, 234, 413, 424, 492  
Art. 63 501

Art. 64 156  
Art. 65 227, 501

**Erstes Zusatzprotokoll zur Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten** vom 20. März 1952 (BGBl. 1956 II S. 1880) – **1. ZP** –

Allgemein 211 f., 214, 220, 388, 491, 500  
Art. 1 10, 64, 66, 208, 211, 214, 236, 266, 288, 307 f., 310 ff., 315, 363, 487 f., 490, 539 f., 546 f.

Art. 2 153 f., 155\*f. ff., 328, 267, 316  
Art. 3 23, 25, 316  
Art. 5 23, 25

**Zweites Zusatzprotokoll zur Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten** – **2. ZP** –

Allgemein 220, 367, 490, 524, 527

**Drittes Zusatzprotokoll zur Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten** – **3. ZP** –

Allgemein 490

**Viertes Zusatzprotokoll zur Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten vom 16. September 1963 (BGBl. 1968 II S. 423) - 4. ZP -**

Allgemein	220, 385, 390 f., 491, 500, 538
Art. 2	235, 309, 385 ff., 390, 546
Art. 3	235, 330, 333, 385 ff., 390, 490, 538
Art. 4	385, 387
Art. 6	385

**Fünftes Zusatzprotokoll zur Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten - 5. ZP -**

Allgemein	490
-----------	-----

**Verfahrensordnung des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte vom 18. September 1959 i. d. F. der Veröffentlichung der Kanzlei des Gerichtshofes vom Oktober 1974**

Allgemein	490
Art. 17	522
Art. 20	522
Art. 21	108, 298, 522
Art. 22	108, 298, 522
Art. 24	298, 522
Art. 27	298
Art. 28	518
Art. 29	522
Art. 32	522
Art. 33	524
Art. 36	522
Art. 37	522 ff.
Art. 38 ff.	523
Art. 41	524
Art. 47	109, 495, 523
Art. 47 bis	107, 157
Art. 48	503, 523 ff.
Art. 49	524
Art. 50	59, 109, 522
Art. 51	523
Art. 52	523 f.
Art. 53	524
Art. 54	523
Art. 56	524, 526
Art. 57	499, 524
Art. 58 ff.	524

**Verfahrensordnung der Europäischen Kommission für Menschenrechte vom 2. April 1959 i. d. F. vom 13. Dezember 1974 (BGBl. 1977 II S. 1278) mit Änderungen vom 15. Dezember 1977 (BGBl. 1978 II S. 390)**

Allgemein	490
Art. 9	518
Art. 16	518
Art. 18	518
Art. 21	518
Art. 23	518
Art. 25-27	518
Art. 28	520 f.
Art. 29	518
Art. 30	519 f.
Art. 31	519
Art. 33	518
Art. 36	158, 521 f.
Art. 37	499
Art. 38	498 f., 503, 517
Art. 39 ff.	495
Art. 40 ff.	518
Art. 40	449, 452
Art. 41	520 f.
Art. 42	503, 519
Art. 43	519
Art. 44	495, 503, 521, 525
Art. 45 ff.	519
Art. 47	519
Art. 49	495, 503, 521, 525
Art. 50	520, 526
Art. 51	519
Art. 52	519, 521
Art. 53	519
Art. 54	521, 526
Art. 56 ff.	522

**Zusatz zur Verfahrensordnung der Europäischen Kommission für Menschenrechte - ZVerfO -**

Allgemein	60
Art. 1-5	521

**Europäische Sozialcharta vom 18. Oktober 1961 (BGBl. 1964 II S. 1262)**

Allgemein	215, 220, 279, 349
Art. 5	190
Art. 19 Nr. 6	279
Art. 35	279
Art. 38	279

**Europäisches Auslieferungsbereinkommen vom 13. Dezember 1957 (BGBl. 1964 II S. 1369) - EAUE -**

Allgemein	80
Art. 3	80, 357
Art. 6 Abs. 1	332, 334

**Zweites Zusatzprotokoll zum Europäischen Auslieferungsbereinkommen (noch nicht in Kraft getreten) - 2. ZP EAUE -**

Art. 3 Abs. 1	80
---------------	----

**Europäisches Abkommen vom 28. Mai 1970 über die internationale Geltung von Strafurteilen**

Art. 21 ff.	80
-------------	----

**2. Europäische Wirtschaftsgemeinschaft****Vertrag über die Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft vom 25. März 1957 (BGBl. II S. 766, ber. S. 1678 und 1958 II S. 64) - EWGV -**

Art. 169	180
Art. 177	306

**Vogelschutzrichtlinie vom 2. April 1979 (ABl. EG vom 25. April 1979 L 103, S. 1)**

Allgemein	515
-----------	-----

**3. EUROCONTROL****Internationales Übereinkommen über Zusammenarbeit zur Sicherung der Luftfahrt (EUROCONTROL) vom 13. Dezember 1960 (BGBl. 1962 II S. 2273)**

Allgemein	172 ff.
Art. 1 Abs. 1	172, 175, 177
Art. 1 Abs. 2	175
Art. 1 Abs. 3	178
Art. 2	172, 175, 177
Art. 4	175
Art. 6 Abs. 2 lit. e	172, 175, 177
Art. 20	172, 175, 177

**Mehrseitige Vereinbarung über die Erhebung von Streckennavigationsgebühren vom 8. September 1970 (BGBl. 1971 II S. 1154)**

Allgemein	172 f.
Art. 1	173*, 175 f.
Art. 1 e	177

**Zweiseitiges Abkommen über den Gebühreinzug (Bundesrepublik Deutschland - EUROCONTROL)**

Allgemein	173, 175
Art. 1	176
Art. 2	176
Art. 3	176

**III. Bundesrepublik Deutschland****1. Verfassungsrecht****Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland vom 23. Mai 1949 (BGBl. S. 1) - GG -**

Präambel	3
Art. 1	79, 323, 357
Art. 1 Abs. 1	6 f., 419, 467 f., 554
Art. 1 Abs. 2	3, 9
Art. 1 Abs. 3	226, 282, 398, 474, 554
Art. 2	43, 79, 137, 160, 234, 357, 409 ff.
Art. 2 Abs. 1	2, 6, 44, 48 f., 66, 70, 72, 131, 134, 138, 152, 161*, 164 ff., 169 f., 182, 188, 191, 196, 198 f., 322, 407, 434 f., 437, 465, 467 f., 472 f., 475 f., 510, 512, 554, 556

Art. 2 Abs. 2	7, 9, 325, 356, 358 f., 370, 373, 434, 438, 468, 474, 552 f.
---------------	--------------------------------------------------------------

Art. 3 Abs. 1	6, 76 ff., 81, 84 f., 90, 120, 129, 131, 133, 135, 137 f., 166 f., 171, 176, 179, 188, 191, 193 ff., 196, 203, 280 ff., 401 f., 405 f., 408, 434 f., 437, 458 ff., 467 ff., 474, 477 ff., 480, 509 f., 512, 515, 542, 553 f., 558 ff.
---------------	---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Art. 3 Abs. 2	2, 5 ff., 135, 322
Art. 3 Abs. 3	135, 196, 474, 509

Art. 4 Abs. 1	6
Art. 5	37, 146, 409 ff.
Art. 5 Abs. 1	37, 184 ff., 472 ff., 479, 481
Art. 5 Abs. 1 Satz 1	472 ff.
Art. 5 Abs. 1 Satz 2	181 ff., 185 ff., 202 f., 208 ff.

Art. 5 Abs. 2	37, 181, 183 ff., 281, 473 f.
Art. 6	2 ff., 80
Art. 6 Abs. 1	4, 6 f., 131 f., 134, 277 ff., 458 f., 461 ff., 478, 556

Art. 6 Abs. 2	3 ff., 67 ff., 71, 196, 198 f., 256 f., 277 ff., 464 f.
Art. 6 Abs. 2 Satz 1	3 ff., 66, 69 ff., 429 ff., 464 f., 467
Art. 6 Abs. 2 Satz 2	4, 7 f., 69 ff., 262, 431, 434, 465 f.

Art. 6 Abs. 3	3 ff., 464 f. 467
Art. 6 Abs. 4	205, 479
Art. 6 Abs. 5	4 ff., 8 ff., 131 ff.

Art. 7	7, 71
Art. 7 Abs. 1	66, 70 f., 196, 198
Art. 7 Abs. 2	70 f.
Art. 7 Abs. 5	70 f.

Art. 8	146, 479
Art. 9	146
Art. 9 Abs. 3	182, 188 ff., 470
Art. 10	90
Art. 12	43 f., 48 f., 325

Art. 12 Abs. 1	6, 76 ff., 81, 84 f., 90, 135 ff., 184 f., 187, 196, 199, 201, 322, 401 ff., 406 ff., 468, 479 f., 515 f.
Art. 13 Abs. 2	137
Art. 14	53, 57, 89, 121, 124 ff., 131, 150, 367, 370 f., 512 ff.
Art. 14 Abs. 1	6, 53, 134 f.
Art. 14 Abs. 1 Satz 1	122, 126 f., 129, 321 ff.
Art. 14 Abs. 1 Satz 2	120 ff.
Art. 14 Abs. 2	127
Art. 14 Abs. 3 Satz 1	122
Art. 14 Abs. 3 Satz 2	119, 121 f., 124 f., 129
Art. 14 Abs. 3 Satz 4	121 ff.
Art. 16	330, 332, 334 f., 359 f., 394, 397 ff.
Art. 19	191, 323, 325
Art. 19 Abs. 2	5 f., 129, 325
Art. 19 Abs. 3	182, 322
Art. 19 Abs. 4	75, 122, 137 f., 159, 162, 172, 174 f., 178 ff., 196, 203 f., 321 f., 324, 394 ff., 434 ff., 477, 480 f., 505, 511, 542

Art. 20	191
Art. 20 Abs. 1	43, 74, 166, 184, 195, 198, 512 f.
Art. 20 Abs. 2	397 f.
Art. 20 Abs. 2 Satz 2	164 ff., 171, 395
Art. 20 Abs. 3	164, 198, 282, 398, 474
Art. 21 Abs. 1	472, 474 f., 481
Art. 24	180
Art. 24 Abs. 1	3, 172, 174 ff., 179 f., 204
Art. 25	79, 400, 510
Art. 28	169, 191, 469 f.
Art. 28 Abs. 1	43, 68, 74, 79, 138, 164, 166, 170, 184, 196
Art. 28 Abs. 2	34
Art. 28 Abs. 3	164
Art. 30	70, 369, 376, 383
Art. 31	383
Art. 33 Abs. 1	559
Art. 33 Abs. 5	481 f., 560
Art. 34	369, 371 f., 374 ff., 381 ff., 508 ff.
Art. 38	165, 410, 470
Art. 38 Abs. 1 Satz 1	34
Art. 38 Abs. 1 Satz 2	74, 409 ff.
Art. 38 Abs. 3	34
Art. 40 Abs. 1 Satz 2	411
Art. 40 Abs. 2	410
Art. 41	34, 204
Art. 42 Abs. 1	146
Art. 46	411
Art. 59 Abs. 2	176
Art. 70 ff.	70, 169, 383

Art. 70 384  
 Art. 70 Abs. 1 163, 169, 369, 375, 383  
 Art. 70 Abs. 2 383  
 Art. 73 ff. 375  
 Art. 73 Nr. 6 162 ff., 166 f., 170  
 Art. 73 Nr. 8 383  
 Art. 74 Nr. 1 369, 371 ff., 375 f., 381 ff.  
 Art. 75 Nr. 1 383  
 Art. 75 Nr. 3 515  
 Art. 75 Nr. 4 127, 163  
 Art. 76 Abs. 2 371  
 Art. 77 Abs. 3 372  
 Art. 78 149  
 Art. 79 177  
 Art. 79 Abs. 3 191  
 Art. 80 Abs. 1 Satz 2 137, 177, 196, 200, 325  
 Art. 80 Abs. 2 384  
 Art. 84 Abs. 1 373, 375, 384, 436  
 Art. 85 162, 384  
 Art. 85 Abs. 3 166  
 Art. 87 d 162 ff., 166 f., 170  
 Art. 91 a 91  
 Art. 91 b 70  
 Art. 92 ff. 395  
 Art. 92 171, 398  
 Art. 93 f. 93 ff., 145 ff.  
 Art. 93 Abs. 1 Nr. 1 167, 410  
 Art. 93, Abs. 1 Nr. 2 121, 152, 163, 165 f., 372, 375, 513  
 Art. 93 Abs. 1 Nr. 4 160, 161\*, 164 f., 167 ff.  
 Art. 93 Abs. 1 Nr. 4 174, 179, 436  
 Art. 97 171, 398  
 Art. 97 Abs. 1 166, 171  
 Art. 97 Abs. 2 171  
 Art. 100 58, 121 ff., 163, 394  
 Art. 100 Abs. 1 205, 256, 469, 513, 553, 556  
 Art. 100 Abs. 3 160, 161\*, 169  
 Art. 101 Abs. 1 166 f., 179, 398  
 Art. 101 Abs. 1 Satz 2 166, 171, 174, 179, 323, 484  
 Art. 102 359  
 Art. 103 115, 137, 138  
 Art. 103 Abs. 1 79, 138, 166 f., 170 f., 174, 204, 282 ff., 321 ff., 327, 396, 398, 435, 437, 482 ff., 510 ff., 560 f.  
 Art. 103 Abs. 2 406, 408, 485, 505 ff.  
 Art. 104 553  
 Art. 104 Abs. 1 485  
 Art. 104 a Abs. 5 371 ff., 375  
 Art. 105 Abs. 3 384  
 Art. 107 384  
 Art. 108 Abs. 3 384  
 Art. 108 Abs. 6 384  
 Art. 134 Abs. 4 384  
 Art. 135 Abs. 5 384  
 Art. 137 Abs. 1 138  
 Art. 140 60

**Frankfurter Reichsverfassung** (Paulskirchenverfassung) von 1849 (nicht in Kraft getreten)  
 § 152 ff. 289

#### Reichsverfassung von 1871

Allgemein 125  
 Art. 4 Nr. 13 375 f., 378 ff.

**Verfassung des Deutschen Reiches** vom 11. August 1919 (RGBl. 1383) – **Weimarer Reichsverfassung, WRV** –

Art. 7 Nr. 1 375, 380 f.  
 Art. 10 Nr. 3 381  
 Art. 12 Abs. 381  
 Art. 118 Abs. 1 422 f.  
 Art. 131 370, 372, 374, 380 ff.  
 Art. 137 Abs. 1 60\*  
 Art. 137 Abs. 3 60\*

### 2. Gesetz über das Bundesverfassungsgericht

vom 12. März 1951 i. d. F. der Bekanntmachung vom 3. Februar 1971 (BGBl. I S. 105) – **BVerfG** –

§ 1 ff. 93 ff.  
 § 13 Nr. 5 410  
 § 13 Nr. 6 372, 375  
 § 13 Nr. 8 160 f., 164 f., 267 f.  
 § 22 Abs. 2 561

§ 24 194, 322, 409, 449, 553  
 § 32 Abs. 1 80, 100  
 § 34 Abs. 4 78, 284, 406, 464  
 § 34 Abs. 5 409  
 § 48 204  
 § 64 Abs. 1 411  
 § 71 Abs. 1 Nr. 3 160 f., 164 f., 167 f., 561  
 § 76 Nr. 1 372, 375  
 § 77 373  
 § 78 Satz 2 463  
 § 80 205, 394  
 § 81 121, 124, 127  
 § 90 70  
 § 90 Abs. 1 174, 179, 436  
 § 90 Abs. 2 81, 196, 283, 562  
 § 92 435 f.  
 Art. 93 Abs. 1 Nr. 4 561  
 § 93 Abs. 2 514  
 § 93 a 437, 519  
 § 93 a Abs. 2 479 ff., 485, 509, 562  
 § 93 a Abs. 3 75, 135 ff., 202, 358, 399, 408, 434 f., 479, 481 f., 485, 562  
 § 93 a Abs. 4 485  
 § 95 Abs. 2 187, 282, 284, 361, 475

### 3. Sonstiges Recht der Bundesrepublik Deutschland und des Deutschen Reiches

**Abgabenordnung** vom 16. März 1976 (BGBl. I S. 613) – **AO** –  
 § 37 Abs. 2 404  
 § 164 459  
 § 165 458, 463

**Angestelltenversicherungsgesetz** i. d. F. vom 25. Februar 1960 (BGBl. I S. 93) – **AVG** –  
 § 23 Abs. 3 557  
 § 24 Abs. 3 557  
 § 25 Abs. 7 557  
 § 28 Abs. 2 Buchst. c 557  
 § 29 557  
 § 32 Abs. 7 Satz 2 90  
 § 36 Abs. 3 557  
 § 40 Abs. 2 557  
 § 83 a Abs. 5 557

**Arbeitsförderungsgesetz** vom 26. Juni 1969 (BGBl. I S. 582) – **AFG** –  
 § 34 Abs. 2 559  
 § 100 Abs. 1 479  
 § 104 479  
 § 163 Abs. 2 477

**2. Gesetz zur Beschleunigung des Asylverfahrens** vom 16. August 1980 (BGBl. I S. 1437)  
 § 2 397

**Gesetz über die friedliche Verwendung der Kernenergie und den Schutz gegen ihre Gefahren – AtomG** –  
 § 7 324 f., 434  
 § 7 b 436 ff.  
 § 17 437

**Atomanlagen-Verordnung** i. d. F. der Bekanntmachung vom 29. Oktober 1970 (BGBl. I S. 1518) – **AtAnV** –  
 § 1 Abs. 1 326  
 § 2 Abs. 2 321, 324, 326  
 § 3 Abs. 1 321, 324 ff., 434 f., 436 ff.

**Gesetz über Einreise und Aufenthalt von Staatsangehörigen der Mitgliedstaaten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft** i. d. F. der Bekanntmachung vom 31. Januar 1980 (BGBl. I S. 116), ergänzt durch Gesetz vom 11. September 1981 (BGBl. I S. 949) – **AufenthG/EWG** –  
 § 1 277  
 § 7 277

**Ausländergesetz** vom 28. April 1965 (BGBl. I S. 353) – **AuslG** –  
 § 1 277  
 § 2 399  
 § 2 Abs. 1 Satz 2 277, 279  
 § 10 Abs. 1 509  
 § 11 509  
 § 14 Abs. 1 399  
 § 21 Abs. 3 Satz 2 481  
 §§ 28 ff. 397  
 § 29 Abs. 2 397

§ 30 397  
 § 33 Abs. 1 397  
 § 34 Abs. 1 397  
 § 36 Abs. 1 397  
 § 45 360, 396, 399  
 § 55 Abs. 3 279

**Deutsches Auslieferungsgesetz** vom 23. Dezember 1929 (RGBl. III 314-1) – **DAG** –  
 § 3 357, 360  
 § 4 Nr. 1 79, 357  
 §§ 7 ff. 80  
 § 7 358  
 § 10 357 f.  
 § 16 357 ff.  
 § 20 357 ff.  
 § 26 356 f.  
 § 44 Abs. 1 80, 357 f.

**Gesetz über die Versorgung der Beamten und Richter in Bund und Länder** vom 24. August 1976 (BGBl. I S. 2485) – **BeamtVG** –  
 § 5 559 f.  
 § 55 481 f.

**Betriebsverfassungsgesetz** vom 15. Januar 1972 (BGBl. I S. 13) – **BetrVG** –  
 § 5 Abs. 3 Nr. 3 191 ff.  
 § 61 73

**Beurkundungsgesetz – BeurkG** –  
 § 1 Abs. 2 558

**Gesetz zur Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses** vom 13. August 1968 (BGBl. I S. 949) – **G 10** –  
 Art. 2 Abs. 2 90

**Bundesartenschutzverordnung** vom 25. August 1980 (BGBl. I S. 1565) – **BArtSchV** –  
 Allgemein 515

**Bundesfernstraßengesetz**  
 § 6 Abs. 1 324

**Bundeshaushaltsordnung**  
 § 63 324  
 § 65 324

**Bundeskindergeldgesetz** i. d. F. der Bekanntmachung vom 31. Januar 1975 (BGBl. I S. 412)  
 § 10 459 f.

**Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege** vom 20. Dezember 1976 (BGBl. I S. 3574) – **BNatSchG** –  
 § 22 Abs. 1 515  
 § 22 Abs. 2 515

**Bundespersonalvertretungsgesetz** vom 15. März 1974 (BGBl. I S. 693) – **BPersVG** –  
 § 98 Abs. 1 470  
 § 99 Abs. 1 471

**Bundesrechtsanwaltsordnung** vom 1. August 1959 (BGBl. I S. 565) – **BRAO** –  
 § 12 Abs. 3 136  
 § 43 37, 136, 408  
 § 45 408  
 § 113 36 ff.

**Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages – GeschOBT** –  
 § 7 Abs. 1 Satz 2 411  
 § 8 410  
 § 23 146  
 § 30 410 f.  
 § 36 ff. 411  
 § 36 410 f.  
 § 37 411 f.  
 § 39 411  
 § 119 411

**Gesetz zur Verhütung und Bekämpfung übertragbarer Krankheiten beim Menschen** vom 18. Juli 1961 (BGBl. I S. 1012) i. d. F. des Gesetzes vom 10. Dezember 1979 (BGBl. I S. 2248) – **Bundesseuchengesetz, BSeuchG** –  
 Allgemein 135  
 § 49 Abs. 1 135  
 § 49 Abs. 3 135

**Gesetz über die Versorgung der Opfer des Krieges** i. d. F. des Haushaltsstrukturgesetzes vom 18. Dezember 1975 – **Bundesversorgungsgesetz, BVG** –  
 § 89 Abs. 1 477  
 § 89 Abs. 3 92, 477

**Gesetz über die Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge (Bundesvertriebenengesetz) i. d. F. vom 3. September 1971 (BGBl. I S. 1565)**

- **BVFG** -  
 § 1 Abs. 1 476  
 § 6 476 f.  
 § 18 476 f.

**Bundeswahlgesetz** in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. September 1975 (BGBl. I S. 2325) zuletzt geändert durch Gesetz vom 20. Juli 1979 (BGBl. I S. 1149) - **BWahlG** -

§ 36 33, 35

**Bundeswahlordnung** i. d. F. vom 8. November 1979 (BGBl. I S. 1805) - **BWO** -

§ 8 35  
 § 13 35  
 § 19 Abs. 2 33  
 § 25 Abs. 1 33, 35  
 § 27 Abs. 2 33, 35  
 § 27 Abs. 3 33 ff.  
 § 28 Abs. 4 33 ff.  
 § 61 35  
 §§ 62-65 35  
 § 66 Abs. 3 Satz 1 35

**Bürgerliches Gesetzbuch - BGB -**

§ 31 377  
 § 89 377  
 § 127 a 558  
 § 187 Abs. 1 484  
 § 249 375  
 § 622 Abs. 2 Satz 2 90  
 § 626 Abs. 1 186  
 § 823 474  
 § 839 369 ff., 376 ff., 508  
 § 903 122, 124, 126 f.  
 § 905 122, 124 f., 127  
 § 1004 474  
 § 1357 460  
 § 1365 ff. 461  
 § 1369 461  
 § 1408 Abs. 2 554 f., 558  
 § 1410 554  
 § 1566 262  
 § 1587 ff. 554 ff.  
 § 1587 Abs. Satz 1 554  
 § 1587 Abs. 557  
 § 1587 a Abs. 1 554  
 § 1587 b 555  
 § 1587 o Abs. 2 Satz 3 554, 555\* ff.  
 § 1589 Abs. 2 a. F. 1, 131 f.  
 § 1601 478  
 § 1612 279  
 § 1626 ff. 3  
 § 1626 Abs. 1 3, 7, 432  
 § 1627 5  
 § 1628 5, 10  
 § 1629 3, 7  
 § 1630 10  
 §§ 1631 ff. 3, 7  
 § 1631 Abs. 1 3  
 § 1634 10  
 § 1634 Abs. 1 431  
 § 1634 Abs. 2 1  
 § 1634 Abs. 3 1  
 §§ 1638 ff. 3, 7  
 § 1643 260  
 §§ 1666 ff. 4  
 § 1666 10, 67, 257, 260, 464\* ff.  
 § 1666 a 464\* ff.  
 § 1667 10  
 § 1671 256 f., 262 f., 429\* f.  
 § 1671 Abs. 1 431  
 § 1671 Abs. 2 432 f.  
 § 1671 Abs. 3 429, 431  
 § 1671 Abs. 4 429 f.  
 § 1671 Abs. 4 Satz 1 429, 431, 433 f.  
 §§ 1673 ff. 3, 10  
 § 1678 4, 10  
 § 1681 10  
 § 1693 4  
 §§ 1696-1698 b 10  
 § 1696 260, 432  
 § 1705 ff. 3  
 § 1705 1 ff.  
 § 1706 ff. 4  
 § 1707 a. F. 1

§ 1711 2, 8, 10  
 § 1711 Abs. 1 1, 7 f.  
 § 1711 Abs. 2 1, 7  
 § 1711 Abs. 3 1  
 § 1719 1  
 § 1723 1  
 § 1726 f. 4  
 § 1738 4  
 § 1741 Abs. 3 1  
 § 1747 Abs. 2 1  
 §§ 1748 ff. 4  
 §§ 1773 ff. 4  
 §§ 1909 ff. 4  
 § 1924 132  
 § 1934 a 132  
 § 1934 d Abs. 1 131 ff.  
 § 1934 d Abs. 2 131 ff.  
 § 1934 d Abs. 5 134  
 § 1934 e 132 ff.  
 § 2229 73  
 § 2353 133

**Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch**

vom 18. August 1896 (RGBl. S. 604) - **EGBGB** -  
 Art. 1 379  
 Art. 65 125  
 Art. 67 125  
 Art. 77 372, 374, 378 f.

**Ehegesetz** vom 20. Februar 1946 (Kontrollratsgesetz Nr. 16 - KRABl. 1945/48 S. 77)

§ 74 Abs. 4 429

**Gesetz zur Reform des Ehe- und Familienrechts** vom 14. Juni 1976 (BGBl. I S. 1421) - **1. EheRG** -

Allgemein 429

**Einkommensteuergesetz**

§ 12 459  
 § 32 Abs. 2 459  
 § 32 Abs. 3 459, 462  
 § 32 a 458 f., 462  
 § 33 Abs. 2 463  
 § 33 a 459 ff.  
 § 36 Abs. 2 Nr. 2 403  
 § 38 Abs. 2 Satz 1 403  
 § 39 b Abs. 2 403 f.  
 § 41 403 f.  
 § 41 a 403 f.  
 § 41 b 401, 403  
 § 41 c Abs. 3 Satz 3 404  
 § 42 b 401, 403  
 § 52 Abs. 25 461  
 § 53 a 460 f.

**Gesetz über die Entschädigung für Strafverfolgungsmaßnahmen** vom 8. März 1971

Allgemein 510

**Gesetz über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit** i. d. F. der Bekanntmachung vom 20. Mai 1898 (RGBl. S. 771) - **FGG** -

§ 12 558  
 § 53 b 557 f.  
 § 53 d 555 f.  
 § 59 73

**Gewerbeordnung - GewO -**

§§ 17 ff. 325  
 § 49 325

**GmbH-Gesetz**

§ 61 482

**Hochschulrahmengesetz** vom 26. Januar 1976

(BGBl. I S. 185) - **HRG** -  
 Allgemein 83 f.  
 § 33 82, 85  
 § 75 Abs. 3 Satz 1 92

**Gesetz über die Haftung des Reiches für seine Beamten** vom 22. Mai 1910 (RGBl. S. 798)

§ 1 378

**Jugendgerichtsgesetz**

§ 109 Abs. 1 111

**Gesetz für Jugendwohlfahrt** i. d. F. der Bekanntmachung vom 25. April 1977 (BGBl. I S. 633)

- **JWG** -  
 § 1 478  
 § 6 478

**Gesetz zur Dämpfung der Ausgabenentwicklung und zur Strukturverbesserung in der gesetzlichen Krankenversicherung** vom 27. Juni 1977 (BGBl. I S. 1061) - **Krankenversicherungs-Kostendämpfungsgesetz, KVKG** -

Allgemein 90, 91  
 Art. 1 § 1 Nr. 1 512  
 Art. 1 § 1 Nr. 37 a 91  
 Art. 2 § 2 Abs. 1 512  
 Art. 2 § 10 Abs. 1 91

**Kündigungsschutzgesetz** i. d. F. vom 25. August 1969 (BGBl. I S. 1317) - **KSchG** -

§ 1 Abs. 2 186

**Gesetz über den Ladenschluß** vom 28. November 1956 (BGBl. I S. 875) - **LadschG** -

§ 18 Abs. 1 76\*  
 § 18 Abs. 2 76\* ff.  
 § 22 Abs. 3 78

**Lohnsteuerrückführungsverordnung - LStDV -**

§ 2 Abs. 1 Satz 1 403  
 § 7 403

**Luftverkehrsgesetz** vom 10. Januar 1959 (BGBl. I S. 9) i. d. F. der Bekanntmachung vom 14. Januar 1981 (BGBl. I S. 61) - **LuftVG** -

§ 6 ff. 164  
 § 6 161  
 § 10 164  
 § 32 Abs. 1 Satz 1 Nr. 14 176 f.  
 § 32 Abs. 2 Nr. 4 166

**Verordnung über die Erhebung von Gebühren für die Inanspruchnahme von Diensten und Einrichtungen der Flugsicherung** vom 27. Oktober 1971 (BGBl. II S. 1153) - **Flugsicherungsgebührenverordnung, FSGebVO** -

§ 3 173\*, 176

**Gesetz zur Verbesserung des Mietrechts und zur Begrenzung des Mietanstiegs sowie zur Regelung von Ingenieur- und Architektenleistungen** vom 4. November 1971 (BGBl. I S. 1745)

Art. 10 § 2 136 f.

**Verordnung über die Honorare für Leistungen der Architekten und der Ingenieure** vom 17. September 1976 (BGBl. I S. 2805) - **HOAI** -

§ 4 Abs. 2 136 f.

**Mutterschutzgesetz**

§ 1 Abs. 1 Satz 1 205  
 § 3 90  
 § 6 90  
 § 9 Abs. 91, 205

**Gesetz über die rechtliche Stellung der nichtehelichen Kinder** vom 19. August 1969 (BGBl. I S. 1247) - **Nichtehechengesetz, NEG** -

Allgemein 1 ff., 131 ff.

**Gesetz über die politischen Parteien** i. d. F. vom 22. Juli 1969 (BGBl. I S. 925) - **PartG** -

§ 1 Abs. 1 Satz 2 475  
 § 1 Abs. 2 475  
 § 2 475

**Raumordnungsgesetz** vom 8. April 1965 i. d. F. des Gesetzes vom 1. Juni 1980 (BGBl. I S. 649)

- **ROG** -  
 Allgemein 162

**Reichsgrundbuchordnung** vom 24. März 1897 (RGBl. 139)

§ 12 374, 378 f.  
 § 82 379

**Reichsversicherungsordnung** vom 19. Juli 1911 (RGBl. S. 509) - **RVO** -

§ 165 Abs. 1 Nr. 1 478  
 § 165 Abs. 1 Nr. 3 90, 512\* f.  
 § 176 Abs. 1 Nr. 3 512  
 § 201 90  
 § 368 n Abs. 2 91  
 § 381 Abs. 1 Satz 1 477  
 § 551 135  
 § 1246 Abs. 2 Satz 1 193  
 § 1246 Abs. 2 Satz 2 193\* ff.  
 § 1246 Abs. 3 557  
 § 1247 Abs. 3 557  
 § 1248 Abs. 7 557  
 § 1251 Abs. 2 Buchst. c 557  
 § 1252 557

§ 1259 Abs. 3 557  
 § 1263 Abs. 2 557  
 § 1304 a Abs. 5 557

**Gesetz über die religiöse Kindererziehung**  
 § 5 73

**Zweite Verordnung über die Erteilung von Rentenauskünften an Versicherte der gesetzlichen Rentenversicherung vom 5. August 1977 (BGBl. I S. 1486) - AuskunftsVO -**  
 § 1 557 f.

**Richtergesetz**  
 § 39 271, 428  
 § 74 Abs. 2 470

**Gesetz zur Neuregelung des Rechts der elterlichen Sorge vom 18. Juli 1979 (BGBl. I S. 1061) - SorgeRG -**  
 Allgemein 1 ff., 429, 464

**Sozialgesetzbuch vom 12. November 1975, zuletzt geändert am 18. August 1980 (BGBl. I S. 1469) - SGB -**  
 § 7 Abs. 1 186  
 § 36 73

**Sozialgesetzbuch - Verwaltungsverfahren vom 18. August 1980 (BGBl. I S. 1469, berichtigt am 3. Dezember 1980, BGBl. I S. 2218)**  
 Art. I § 39 477

**Staatshaftungsgesetz vom 26. Juni 1981 (BGBl. I S. 553) - StHG -**  
 Allgemein 91, 369 ff., 510  
 § 1 ff. 369 ff.  
 § 1 369\*, 383 f.  
 § 2 Abs. 1 369\*  
 § 2 Abs. 2 369\*, 373  
 § 2 Abs. 3 370\*  
 § 3 375  
 § 3 Abs. 1 370\*  
 § 3 Abs. 2 370\*  
 § 5 373  
 § 10 370\*, 372, 375  
 § 11 370\* ff., 375  
 § 17 376  
 § 34 373, 374 f.

**Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Steuerberater und Steuerbevollmächtigten (Steuerberatungsgesetz) vom 16. August 1961 (BGBl. I S. 1301) i. d. F. der Neubekanntmachung vom 4. November 1975 (BGBl. I S. 2735) - StBerG -**  
 § 1 Abs. 2 401 f., 405  
 § 2 401 f., 405  
 § 3 401 f., 405  
 § 4 401 f., 405 f.  
 § 5 Satz 1 401 f., 405  
 § 6 401 f.  
 § 8 90, 401\* f., 405 ff.  
 § 11 a. F. 408  
 § 17 a. F. 408  
 § 22 Abs. 1 a. F. 407 f.  
 § 30 a. F. 408  
 § 32 n. F. 408  
 §§ 35 ff. 402  
 § 43 406, 408  
 § 50 a. F. 408  
 § 50 n. F. 408  
 § 57 405, 406 f.  
 § 57 Abs. 1 n. F. 407 f.  
 § 74 n. F. 408  
 § 94 n. F. 408  
 § 156 402  
 § 157 402

**Strafgesetzbuch i. d. F. der Bekanntmachung vom 2. Januar 1975 (BGBl. I S. 2) - StGB -**  
 § 11 Abs. 3 485  
 § 46 448  
 § 46 Abs. 3 204  
 § 54 448  
 § 156 33  
 § 184 Abs. 1 Nr. 3 485  
 § 185 472  
 § 193 282, 475  
 § 203 202  
 § 203 Abs. 1 Nr. 4 73 f.  
 § 234 505 f.

**Strafprozeßordnung i. d. F. der Bekanntmachung vom 7. Januar 1975 (BGBl. I S. 129, ber. S. 650) - StPO -**  
 § 3 409  
 § 33 a 283  
 § 53 Abs. 1 202 f.  
 § 53 Abs. 2 202  
 § 60 Nr. 1 73  
 § 61 Nr. 1 73  
 § 81 a 63  
 § 81 b 63  
 § 97 Abs. 5 203  
 § 102 137  
 § 116 357  
 § 136 a 36, 38  
 § 140 Abs. 2 40  
 § 145 539  
 § 146 40, 408 f.  
 § 246 408 f.  
 § 311 a 283  
 § 349 204, 449  
 § 350 Abs. 3 40  
 § 464 b 515  
 § 471 515

**Verordnung über den Schutz vor Schäden durch ionisierende Strahlen vom 13. Oktober 1976 (BGBl. I S. 2905) - Strahlenschutzverordnung, StrSchV -**  
 § 28 Abs. 1 Nr. 1 436

**Straßenverkehrsordnung - StVO -**  
 Allgemein 89  
 § 21 a Abs. 2 476  
 § 49 Abs. 1 Nr. 20 a 476

**Tarifvertragsgesetz**  
 § 2 Abs. 1 188, 190 f.  
 § 12 a 181

**Gesetz über die Änderung der Vornamen und die Feststellung der Geschlechtszugehörigkeit in besonderen Fällen vom 10. September 1980 (BGBl. I S. 1654) - Transsexuellengesetz, TSG -**  
 Allgemein 90  
 § 1 Abs. 1 Nr. 3 467 f.  
 § 8 Abs. 1 Nr. 1 467 f.  
 § 8 Abs. 1 Nr. 3 467 f.

**Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb - UWG -**  
 § 1 405  
 § 3 402, 405

**Gesetz über Versammlung und Aufzüge vom 15. November 1978 (BGBl. I S. 1790) - Versammlungsgesetz -**  
 § 3 Abs. 1 479

**Verwaltungsgerichtsordnung - VwGO -**  
 § 40 122  
 § 42 Abs. 2 436 f.  
 § 53 Abs. 3 173  
 § 59 398  
 § 60 394 f., 398, 400  
 § 68 Abs. 1 Satz 1 397  
 § 74 398  
 § 79 397  
 § 80 Abs. 1 480  
 § 80 Abs. 5 196, 480 f., 562  
 § 84 449  
 § 86 Abs. 1 75  
 § 113 397  
 § 114 277  
 § 132 Abs. 2 Nr. 1 179  
 § 132 Abs. 2 Nr. 3 397  
 § 154 Abs. 2 280  
 § 173 394 ff., 398, 400 f.  
 § 190 Abs. 3 Satz 1 449

**Verwaltungsverfahrensgesetz vom 25. Mai 1976 (BGBl. I S. 1253) - Vwvfg -**  
 § 40 277

**Verwaltungsvollstreckungsgesetz**  
 § 17 323

**Wahlprüfungsgesetz vom 12. März 1951 i. d. F. vom 24. Januar 1975 (BGBl. I S. 1593) - WahlprüfG -**  
 § 2 33 f.  
 § 2 Abs. 2 204  
 § 2 Abs. 3 34

**Gesetz zur Ordnung des Wasserhaushalts i. d. F. der Bekanntmachung vom 16. Oktober 1976 (BGBl. I S. 3017) - Wasserhaushaltsgesetz, WHG -**  
 Allgemein 89, 120 ff.  
 § 1 a Abs. 3 Nr. 1 120 f., 124  
 § 2 Abs. 1 120 f., 124  
 § 3 120, 124  
 § 3 Abs. 1 Nr. 6 120, 124  
 § 6 120 f., 123 ff., 129 f.  
 § 7 120  
 § 8 120  
 § 15 120  
 § 17 120 f., 123 f., 129 f.  
 § 19 Abs. 3 121, 123, 129

**Wehrstrafgesetz**  
 §§ 19 ff. 346

**Gesetz über das Zeugnisverweigerungsrecht der Mitarbeiter von Presse und Rundfunk vom 25. Juli 1975 (BGBl. I S. 1973)**  
 Allgemein 504

**Zivilprozeßordnung - ZPO -**  
 § 36 Nr. 6 484

§ 85 Abs. 1 400  
 § 85 Abs. 2 394 ff., 398, 400 f.  
 § 91 a 484  
 § 93 510  
 § 103 ff. 91, 515  
 § 144 Abs. 2509  
 § 128 283, 482  
 § 137 Abs. 3510 f.  
 § 222 Abs. 1484  
 § 232 Abs. 2394  
 § 238 483, 561  
 § 274 483  
 § 275 284, 483  
 § 277 483  
 § 281 484  
 § 296 284, 483  
 § 511 a 283  
 § 513 283, 482  
 § 526 Abs. 1 511  
 § 526 Abs. 2 511  
 § 528 561  
 § 561 123  
 § 570 482 f.  
 § 607 Abs. 1 Satz 1 73  
 § 621 Abs. 1 431, 433  
 § 621 a Abs. 1 554  
 § 622 Abs. 2 Nr. 2 557  
 § 623 431, 433  
 § 628 558  
 § 630 263  
 § 707 483  
 § 719 483  
 § 750 553  
 § 754 553  
 § 765 a 552, 554  
 § 807 552  
 § 850 c 134  
 § 850 d 134  
 § 882 a 323  
 § 900 552  
 § 901 552 ff.  
 § 902 553  
 § 903 552

#### 4. Landesrecht

##### a) Baden-Württemberg

**Verfassung des Landes Baden-Württemberg vom 11. November 1953 (GBl. S. 173)**  
 Art. 17 Abs. 4 71

**Baden-württembergisches Ausführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch vom 26. November 1974 (Ges. Bl. 498) - Ba. Wü. AGBGB -**  
 § 18 382

**Baden-württembergische Gemeindeordnung i. d. F. vom 22. Dezember 1975 (GBl. 1976 S. 1) - Bad-WürttGO -**  
 § 91 323  
 § 92 323  
 § 102 323

**Schulgesetz für Baden-Württemberg** i. d. F. vom 23. März 1976 (GBl. S. 410), zuletzt geändert durch Gesetz vom 11. Dezember 1979 (GBl. S. 545)  
§ 47 Abs. 6 74  
§ 55 Abs. 3 70

## b) Bayern

**Bayerische Gemeindeordnung**  
Art. 89 323

## c) Berlin

**Schulgesetz für Berlin** i. d. F. der Bekanntmachung vom 20. August 1980 (GVBl. S. 2104) – **SchulG** – § 27 200

**Berliner Schulverfassungsgesetz** in der Fassung vom 5. Februar 1979 (GVBl. S. 398)  
§ 51 Abs. 1 74

## d) Bremen

**Verfassung der Freien Hansestadt Bremen**  
Allgemein 92  
Art. 86 Abs. 1 561  
Art. 100 561  
Art. 105 Abs. 2 561

**Bremisches Personalvertretungsgesetz** vom 5. März 1974 (GBl. S. 131) – **BremPersVG** – § 13 Abs. 1 469  
§ 15 469\*, 471  
§ 21 470  
§ 48 Abs. 1 Satz 1 469  
§ 48 Abs. 2 469  
§ 48 Abs. 3 Satz 1 91, 469, 471

**Wahlordnung zum Bremischen Personalvertretungsgesetz** vom 11. Februar 1958 (GBl. S. 7)  
§ 7 Abs. 2 469

**Bremisches Schulgesetz** vom 18. Februar 1975 (BremGBl. S. 89) i. d. F. der Bekanntmachung vom 8. Dezember 1981 (BremGBl. S. 251) – **Brem-SchulG** – § 42 67\* f., 74

**Bremisches Schulverwaltungsgesetz** vom 24. Juli 1978 (BremGBl. S. 167) i. d. F. vom 18. Juni 1979 (BremGBl. S. 253) – **BremSchulVwG** – §§ 11 ff. 72  
§ 11 68, 72  
§ 12 72  
§ 13 Abs. 2 67\* ff., 72 f.  
§ 13 Abs. 3 67\*, 69, 72 ff.  
§ 17 Abs. 1 74  
§ 17 Abs. 2 69  
§ 17 Abs. 3 69  
§ 21 Abs. 1 67\* f., 74  
§ 22 Abs. 2 Nr. 1 67\* f., 74  
§ 23 Abs. 1 67\* f., 74  
§ 42 Abs. 1 67\* f., 70  
§ 43 Abs. 2 67\* f., 70  
§ 44 Satz 1 67\* f., 70  
§ 45 Abs. 1 67\* f., 70  
§ 61 Abs. 3 67\* f., 70, 74  
§ 67 67\* f., 70

## e) Hamburg

**Hamburgisches Schulverfassungsgesetz** vom 12. April 1973 (GVBl. S. 91)  
§ 15 Abs. 1 74

**Hamburgisches Wegegesetz**  
§ 16 Abs. 2 Satz 1 89

## f) Hessen

**Verfassung des Landes Hessen** vom 1. Dezember 1946 (GVBl. S. 229) i. d. F. vom 23. März 1970 (GVBl. I S. 281) – **HV** – Allgemein 163  
Art. 56 Abs. 6 71

Art. 70 164 f.  
Art. 71 164 f.  
Art. 116 161 f., 164 f., 167  
Art. 117 164 f.  
Art. 124 161\* f., 164 ff., 167 ff.  
Art. 124 Abs. 4 163 f.  
Art. 130 ff. 168  
Art. 130 166  
Art. 131 168  
Art. 153 163, 165, 169

**Hessisches Ausführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch** vom 17. Juni 1899 (Hess. Reg. Bl. S. 133) – **Hess. AGBGB** – Art. 78 509 f.  
Art. 80 509 f.

**Hessisches Landesplanungsgesetz**  
Allgemein 163

**Hessisches Schulverwaltungsgesetz** i. d. F. vom 30. Mai 1969 (GVBl. S. 88) – a. F. – und i. d. F. der Bekanntmachung vom 4. April 1978 (GVBl. I S. 232) – n. F. – **SchVG** – § 43 Abs. 3 a. F. 196, 197\*, 201  
§ 44 Abs. 2 Nr. 1 a. F. 201  
§ 44 Abs. 2 Nr. 4 a. F. 201  
§ 44 Abs. 4 Nr. 3 n. F. 201  
§ 44 Abs. 4 Nr. 4 n. F. 196, 197\*, 201

**Gesetz über den Staatsgerichtshof** vom 12. Dezember 1947 (GVBl. 1948, S. 3) i. d. F. des Gesetzes vom 18. März 1970 (GVBl. I S. 245) – **StGHG** – § 2 ff. 166  
§ 15 171  
§ 16 171  
§ 16 Abs. 2 166  
§ 20 Abs. 3 Satz 1 170  
§ 21 Abs. 1 163, 166, 170 f.  
§ 21 Abs. 2 170  
§ 44 168

**Gesetz über Volksbegehren und Volksentscheid** vom 16. Mai 1950 (GVBl. S. 103) – **GüVuV** – § 2 161\* f., 164, 168  
§ 3 161\* ff., 168 f.  
§ 4 161\* f., 163, 165, 168 f.  
§ 5 Abs. 2 168

## g) Niedersachsen

**Niedersächsische Gemeindeordnung** i. d. F. des Änderungsgesetzes vom 18. Oktober 1980 (GVBl. S. 385)  
§ 35 a 138

## h) Nordrhein-Westfalen

**Verfassung für das Land Nordrheinwestfalen**  
Art. 10 Abs. 2 71

**Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen** vom 19. Dezember 1974 (GV NW 1975 S. 91)  
§ 24 Abs. 1 475 f.  
§ 88 323

**Gesetz zur Sicherung des Naturhaushalts und zur Entwicklung der Landschaft** vom 18. Februar 1975 (GV NW S. 190) – **Landschaftsschutzgesetz, LG NW** – § 51 515 f.

**Nordrhein-westfälisches Schulmitwirkungsgesetz** vom 13. Dezember 1977 (GVBl. S. 448)  
§ 4 74

## i) Preußen

**Allgemeines Landrecht für die Preussischen Staaten** vom 1. Juli 1794  
II 8 § 10 51  
II 9 § 51 51

**Gesetz über die Haftung des Staates und anderer Verbände für Amtspflichtverletzungen von Beamten bei Ausübung der öffentlichen Gewalt** vom 1. August 1909 (GS S. 691)  
§ 1 378

**Preußisches Wassergesetz – PrWG** – §§ 196 ff. 130  
§ 200 Abs. 1 130

## j) Saarland

**Saarländisches Universitätsgesetz** vom 14. Dezember 1978  
§ 105 Abs. 6 92

## 5. Staatsverträge der Länder und bundeseinheitliche Verordnungen

**Zweiter Staatsvertrag über die Vergabe von Studienplätzen** vom 23. Juni 1978 (in Nordrhein-Westfalen: GVBl. 1979 S. 114)  
Allgemein 83

Art. 9 Abs. 4 81 f.  
Art. 15 u. 16 81, 85

**Bundeseinheitliche Vergabeordnung für Studienplätze** (in Nordrhein-Westfalen: GVBl. 1980 S. 566)

Allgemein 82 f.  
§§ 23–44 81  
§ 24 81  
§ 27 Abs. 4 83

**Staatsvertrag über den Norddeutschen Rundfunk (NDR)** vom 29. Oktober 1980  
§ 17 481

## 6. Zwischenstaatliches Recht

**Deutsch-belgisches Abkommen über die gegenseitige Anerkennung und Vollstreckung von gerichtlichen Entscheidungen, Schiedssprüchen und öffentlichen Urkunden in Zivil- und Handelssachen** vom 30. Juni 1958 (BGBl. 1959 II S. 766)  
Art. 6 ff. 173

**Niederlassungsabkommen zwischen dem Deutschen Reich und der Türkischen Republik** vom 12. Januar 1927 (RGBl. IIS. 76/BGBl. 1952 IIS. 608)  
Art. 2 Satz 3 279

## IV. Finnland

### Strafgesetzbuch

Kapitel 20, § 9 342, 343\* ff.

## V. Frankreich

### 1. Verfassungsrecht

**Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte** vom 26. August 1789  
Allgemein 17, 53, 217  
Art. 2 16\*, 17, 51  
Art. 4 17  
Art. 17 16\*, 17, 19 f., 21, 51, 117, 119, 363

**Verfassung vom 24. Juni 1793**  
(Constitution de l'An I)  
Allgemein 54  
Art. 16 51

**Verfassung vom 22. August 1795**  
(Constitution de l'An III)  
Art. 8 51

**Verfassung der Französischen Republik** vom 27. Oktober 1946  
Allgemein 53  
Präambel 17, 116, 118  
Art. 34 17

**Verfassung vom 4. Oktober 1958**

Allgemein	118
Präambel	17
Art. 34	18, 20, 116 f., 120
Art. 40	16
Art. 45 Abs. 2	115
Art. 49 Abs. 3	116
Art. 61 Abs. 3 Satz 2	116
Art. 74	16

**2. Sonstiges französisches Recht****Verstaatlichungsgesetz vom 18. Dezember 1981 – 1. Entwurf –**

Allgemein	16 ff.
Art. 1	17
Art. 2	19 f.
Art. 3	20
Art. 4	18, 20
Art. 5	19 f.
Art. 6	19 ff.
Art. 7	20
Art. 13	17 f., 20 f.
Art. 14	19 f.
Art. 15	20
Art. 16	18, 20
Art. 17	19 f.
Art. 18	19 ff.
Art. 27	17
Art. 28	19 f.
Art. 29	20
Art. 30	18, 20
Art. 31	19 f.
Art. 32	19 ff.
Art. 33	20

**Verstaatlichungsgesetz vom 5. Februar 1982**

– 2. Entwurf –	
Allgemein	115 ff.
Art. 1	116
Art. 5	116
Art. 12	116
Art. 12 Abs. 2 a	116
Art. 12 Abs. 2 b	116 f.
Art. 12 Abs. 3	118
Art. 17	116, 118
Art. 18	116 ff.
Art. 20	119
Art. 29	116
Art. 33	116
Art. 52	119

**Gesetzesverordnung Nr. 67–837 vom 28. September 1967**

Allgemein	17
-----------	----

**Verordnung Nr. 60–439 vom 12. Februar 1960**

Allgemein	17
-----------	----

**VI. Italien****1. Verfassungsrecht****Verfassung der italienischen Republik vom 27. Dezember 1947**

Allgemein	345 ff.
Art. 3	347
Art. 10 Abs. 4	79
Art. 24	505
Art. 25	505
Art. 26 Abs. 2	79
Art. 27 Abs. 3	347
Art. 31	504
Art. 97	347

**2. Sonstiges italienisches Recht****Jugendgerichtsgesetz**

§ 48	504
§ 109	504

**Strafgesetzbuch**

Art. 341	347
Art. 372	504
Art. 603	505 f.

**Strafprozeßordnung**

§ 53 Abs. 1 Nr. 5	504
-------------------	-----

**VII. Kanada****1. Recht der Konföderation****Parole Act (Bewährungsgesetz) vom 1. August 1970**

Allgemein	528 f.
-----------	--------

**2. Recht der Provinzen****British Columbia****Verordnung 73/61 (Goal Rules and Regulations, 1961, – Gefängnisordnung – 14 f.****Verordnung 284/78 (Correctional Centre Rules and Regulations, 1978) 14 f.****VIII. Kolumbien****Dekret Nr. 0070 vom 20. Januar 1978 über Maßnahmen zur Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung**

Allgemein	340 ff.
Art. 1	342*
Art. 25	342*

**IX. Niederlande****Zivilgesetzbuch**

Art. 345	108
Art. 386	108

**X. Österreich****1. Verfassungsrecht****Bundes-Verfassungsgesetz vom 1. Oktober 1920****i. d. F. von 1929 (BGBl. Nr. 1/1930) – B-VG –**

Allgemein	210, 219, 242 f.
Art. 1	226
Art. 2	226
Art. 4	388 f., 391
Art. 7	23, 159, 219, 222, 232, 271, 275, 387
Art. 8	23
Art. 10 Abs. 1	65, 385, 387, 446
Art. 10 Abs. 2	65
Art. 11	388
Art. 14 Abs. 7	238
Art. 15 Abs. 1	242
Art. 18	244, 247, 249, 424
Art. 20 Abs. 2	230, 253
Art. 26 Abs. 1	26*
Art. 44 Abs. 1	212
Art. 44 Abs. 2	226 f.
Art. 50	211 f., 215
Art. 77 Abs. 2	249
Art. 83 Abs. 1	249, 254
Art. 83 Abs. 2	219, 235, 246 ff., 255
Art. 86 ff.	254
Art. 87	254 f.
Art. 88 Abs. 2	255, 257
Art. 89 Abs. 2	496
Art. 90	211
Art. 91	254
Art. 91 Abs. 2	249
Art. 94	248
Art. 95	25 ff., 26*
Art. 99 Abs. 1	227
Art. 129 ff.	229, 238
Art. 130	240
Art. 131	497
Art. 131 a	497

Art. 132	497
Art. 133 Ziff. 1	241
Art. 133 Ziff. 4	207, 230, 241, 244, 253
Art. 137	498
Art. 139	230 f., 240 f., 494, 496
Art. 140	94, 230 f., 239, 241, 243, 274, 276, 422, 494, 496
Art. 140 a	230 f., 494
Art. 141	23 f., 241
Art. 141 Abs. 3 Satz 1	274* f.
Art. 144	212, 218, 229, 231, 238 ff., 241 ff., 250, 355, 496 f., 507 f.
Art. 149	23 f., 219, 222, 246, 289, 385, 413, 441

**Staatsgrundgesetz über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger vom 21. Dezember 1867 (RGBl. Nr. 142/1867) – StGG –**

Allgemein	210, 214, 218 ff., 222 f., 227 ff., 233 f., 329, 414
Art. 1 a	214
Art. 2	159, 238, 387, 492
Art. 3	238
Art. 4	235, 385 ff.
Art. 5	64, 66, 222, 227, 234, 236, 241, 385, 388, 507 f.
Art. 6	222, 228, 234 f., 237, 385, 387
Art. 7	235, 238, 385
Art. 8	235, 246 f., 385, 387
Art. 10	236, 420, 507
Art. 10 a	236, 420
Art. 11	237, 354, 420
Art. 12	227, 420
Art. 13	237, 296, 413 ff., 420 ff.
Art. 14	225, 238, 290, 296, 420, 441* ff.
Art. 15	225, 238, 296, 441 f., 443* ff.
Art. 17	223, 237 f., 289 ff., 420, 441, 492
Art. 17 a	413, 420
Art. 18	228, 234, 237
Art. 29	23 ff., 28, 238
Art. 19 Abs. 1	25*, 28
Art. 20	219

**Gesetz zum Schutze der persönlichen Freiheit vom 27. Oktober 1862 (RGBl. 1862/87)**

Allgemein	218 f., 235, 389
§ 1	246
§ 5	385, 387

**Gesetz zum Schutze des Hausrechts von 1862 (RGBl. Nr. 88)**

Allgemein	218 f., 236
-----------	-------------

**Beschluß der Provisorischen Nationalversammlung**

vom 30. Oktober 1918 (StGBl. 3)	
Allgemein	413 f., 417 f., 424 f.

**Habsburgergesetz (StGBl. 1919/209, zuletzt geändert durch Bundesverfassungsgesetz BGBl. 1963/172)**

§ 2	385, 390
-----	----------

**Staatsvertrag von Saint Germain vom 10. September 1919 (StGBl. Nr. 303/1920)**

Allgemein	219, 238
Art. 63 Abs. 2	238, 420, 442 f.
Art. 66 Abs. 1	238
Art. 67	22* ff., 238
Art. 68 Abs. 2	22* ff.

**Staatsvertrag vom 15. Mai 1955 betreffend die Wiederherstellung eines unabhängigen und demokratischen Österreich (BGBl. Nr. 152/1955)**

Allgemein	219, 227, 238
Art. 6	219, 227, 238
Art. 7	28 f., 211
Art. 7 § 1	22*
Art. 7 § 4	22* ff.
Art. 8	22* ff., 29, 210
Art. 38	24

**Bundesverfassungsgesetz über die Sicherung der Unabhängigkeit des Rundfunks (BGBl. 1974/396)**

Allgemein	414
-----------	-----

**Bundesverfassungsgesetz vom 4. März 1964, mit dem die Bestimmungen des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung von 1929 über Staatsverträge geändert wurden (BGBl. 59/1964)**

Allgemein	212, 220
-----------	----------

**Verfassungsgesetz über das Verbot der NSDAP** (StGBI. 1947/13) i. d. F. des Bundesverfassungsgesetzes über die Behandlung von Nationalsozialisten (BGBl. 1947/25) – **Verbotsgesetz** –  
Allgemein 386  
§ 3 g 291 f.

**Bundesverfassungsgesetz über die Entsendung österreichischer Einheiten zur Hilfeleistung in das Ausland auf Ersuchen internationaler Organisationen** (BGBl. 1965/173) – **EntsG** –  
Allgemein 501

## 2. Sonstiges österreichisches Bundesrecht

**Allgemeines Bürgerliches Gesetzbuch** vom 1. Juni 1811 (JGS. 946) – **ABGB** –  
§ 16 210, 235  
§ 98 272  
§ 176 Abs. 1 115  
§ 177 114\*, 257  
§ 364 66  
§§ 841 ff. 66  
§ 879 232  
§ 1295 232  
§ 1330 421

### Allgemeines Verwaltungsverfahrensgesetz

– **AVG** –  
§ 13 518  
§ 33 Abs. 3 498  
§ 66 Abs. 4 253  
§ 69 335 f.  
§ 71 498

### Atomsperrgesetz (BGBl. 1978/676)

Allgemein 274

### Auslieferungs- und Rechtshilfegesetz vom 4. Dezember 1979 (BGBl. 1979/529) – **ARHG** –

Allgemein 221  
§ 1 333  
§ 10 330  
§ 11 330  
§ 12 329\* ff., 333 f., 337, 492  
§ 13 333  
§ 15 330  
§ 19 Nr. 1 80  
§§ 26 ff. 330  
§ 32 336  
§ 33 334, 336  
§ 34 334, 336  
§ 38 330  
§ 39 334  
§ 42 332  
§ 44 329\*, 332 f.  
§ 46 332  
§ 53 331  
§ 54 331  
§ 59 331  
§ 60 331  
§§ 64 ff. 331  
§ 64 Abs. 1 Nr. 1 80  
§ 73 331  
§ 74 331  
§ 76 331

### Außenstreitgesetz – **AußStrG** –

§ 2 Abs. 2 Ziff. 5 114  
§ 2 Abs. 2 Ziff. 6 114  
§ 10 114  
§ 16 113\*, 115  
§ 185 Abs. 1 114

### Gesetz über die Erneuerung von Berufungsverfahren (BGBl. 1963/66)

Allgemein 520

### Bundesministeriengesetz 1973 (BGBl. 389, zuletzt geändert BGBl. 1981/275)

§ 3 419

### Datenschutzgesetz (BGBl. 1978/565)

Allgemein 221  
§ 1 233, 235

### Bundesgesetz über die Besteuerung des Einkommens natürlicher Personen vom 24. November 1972 (BGBl. 440) i. d. F. des Bundesgesetzes vom 15. Juni 1978 (BGBl. 280) – **Einkommensteuergesetz, EStG** –

§ 18 274  
§ 33 272 ff.  
§ 34 271, 272\* ff.

### Finanzstrafgesetz – **FinStrG** –

§ 5 330  
§ 37 144  
§ 89 507\* f.  
§ 152 Abs. 1 507 f.

### Finanzverfassungsgesetz

§ 6 388

### Forstgesetz 1975 (BGBl. 440) – **ForstG** –

§ 15 65 f.  
§ 17 65

### Gerichtsorganisationsgesetz (RGBl. 1896/217 i. d. geltenden Fassung) – **GOG** –

§ 78 498  
§ 89 Abs. 1 498

### Jugendwohlfahrtsgesetz (BGBl. 1954/99) – **JWG** –

§ 35 115

### Kirchenbeitragsgesetz (GBIÖ 1939/543)

Allgemein 446

### Mediengesetz 1981 (BGBl. 314)

Allgemein 414 f.  
§§ 6 f. 421, 327  
§ 48 423

### Parteiengesetz (BGBl. 1975/404)

Allgemein 237

### Paßgesetz (BGBl. 1951/57 i. d. F. des Bundesgesetzes BGBl. 1954/61)

§ 7 386, 389  
§ 18 386

### Personenstandsgesetz vom 3. November 1937 (DRGBI. I S. 1146)

§ 67 443

### Pressegesetz 1922

Allgemein 414  
§ 11 423

### Rechtsanwaltsordnung vom 6. Juli 1868 (RGBl. 96) – **RAO** –

§ 9 159\* f.

### Gesetz, betreffend die gesetzliche Anerkennung von Religionsgesellschaften (RGBl. 1874/68)

Allgemein 441, 444 f.

### Gesetz, wodurch die interkonfessionellen Verhältnisse der Staatsbürger in den darin angegebenen Beziehungen geregelt wurden (RGBl. 1868/49)

Allgemein 441 f.

### Gesetz, wodurch grundsätzliche Bestimmungen über das Verhältnis der Schule zur Kirche erlassen werden (RGBl. 1868/48)

Allgemein 441

### Bundesgesetz betreffend den Religionsunterricht in der Schule (BGBl. 1957/185 i. d. F. 1975/243)

Allgemein 441

### Staatsbürgerschaftsgesetz – **StbG** –

§ 5 335  
§ 10 335 f., 386  
§ 33 386  
§ 37 336  
§ 38 336

### Staatsbürgerschaftsüberleitungsgesetz (StGBI. 1945/13)

§ 1 386

### Verordnung über die deutsche Staatsangehörigkeit im Lande Österreich vom 3. Juli 1938 (RGBl. I 790)

§ 2 389

### Strafgesetzbuch – **StGB** –

§ 36 332  
§ 42 297 ff., 300\*, 303 f.  
§ 64 336  
§ 65 336 f.  
§ 83 298 f., 301  
§ 103 333  
§ 114 Abs. 1 427  
§ 235 Abs. 1 332  
§ 311 144

### Strafrechtsänderungsgesetz 1971 (BGBl. 1971/273)

Allgemein 213

### Strafprozeßordnung – **StPO** –

§ 33 299, 496  
§ 34 300  
§ 48 498

§ 54 337  
§ 59 332  
§ 87 Abs. 1 300  
§ 88 300  
§ 90 298 ff.  
§ 149 a 236  
§ 149 b 236  
§ 175 ff. 235  
§ 270 299  
§ 281 255  
§ 292 303, 336  
§ 294 520  
§ 364 498  
§ 447 299 f.  
§ 451 298 ff.

### Bundesgesetz über die Organisation der Universitäten (BGBl. 1975/258) – **UOG** –

Allgemein 293 ff.

### Überleitungsgesetz 1920 (BGBl. 1920/2)

§ 13 385

### Urhebergesetz

§ 78 421

### Vereinsgesetz

von 1951 i. d. F. von 1962 (BGBl. 1962/102)

§ 4 355 f.  
§ 6 355 f.  
§ 24 356

### Verfassungsgerichtshofgesetz 1953 (i. d. F. BGBl. 311/1976) – **VerfGG** –

§ 19 508, 519  
§ 33 498  
§ 35 498  
§ 62 ff. 274  
§ 67 Abs. 1 24  
§ 69 Abs. 1 24  
§ 70 Abs. 1 24  
§ 82 241, 498, 518  
§ 87 241, 526

### Verwaltungsgerichtsgesetz – **VwGG** –

§ 24 518  
§ 26 241, 498  
§ 33 518  
§ 34 519  
§ 35 519  
§ 46 498  
§ 63 526

### Verwaltungsstrafgesetz – **VStG** –

Allgemein 248  
§ 2 330  
§ 30 251  
§ 35 235

### Volksbegehrensgesetz 1973 (BGBl. 1973/344)

§ 18 Abs. 1 1 274\* f.  
§ 21 274\* f.

### Volksgruppengesetz (BGBl. 1976/396)

Allgemein 238

### Wehrgesetz (BGBl. 1978/150)

§ 17 386  
§ 50 386

### Zivildienstgesetz (BGBl. 1974/187)

Allgemein 221, 238

### Zivilprozeßordnung vom 1. August 1895 (RGBl. 113) – **ZPO** –

§ 63 521  
§ 84 Abs. 1 499  
§ 86 159\* f.  
§ 146 499  
§ 151 498  
§ 432 518  
§ 434 518  
§ 475 Abs. 2 254  
§ 477 115, 255  
§ 512 502

### Zollgesetz

§ 178 389

**3. Landesrecht****a) Kärnten**

**Landesverfassung** (LGBl. 1974/190) – L-VG –  
Art. 7 23 ff.  
Art. 53 24

**Landtagswahlordnung** i.d.F. von 1979 (LGBl. 1979/49) – LWO –  
Allgemein 23 ff.  
§ 2 23 ff.  
§ 2 a 23 ff.

**b) Niederösterreich**

**Forstausführungsgesetz** (LGBl. 6851-0)  
§ 1 64 \* ff.  
§ 2 65 f.  
§ 3 65 f.

**c) Tirol**

**Grundverkehrsgesetz 1970**  
§ 4 Abs. 2 207

**4. Zwischenstaatliches Recht**

**Konkordat zwischen der Republik Österreich und dem Heiligen Stuhl** vom 5. Mai 1933 (BGBl. II 1934/2)

Allgemein 446  
Art. V § 3 296\*

**Vertrag zwischen dem Heiligen Stuhl und der Republik Österreich zur Regelung vermögensrechtlicher Beziehungen** (BGBl. 1960/195)  
Allgemein 296

**Accordino-Abkommen mit Italien** (BGBl. 1957/125)  
Allgemein 386

**XI. Schweden**

**Elterngesetz**  
§ 7 Abs. 2 Satz 3 257

**XII. Schweiz****1. Verfassungsrecht**

**Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft** vom 29. Mai 1874 (SR 101) – BV –  
Art. 4 29 ff., 63, 111, 269, 348 ff., 351, 391 ff.  
Art. 4 Abs. 2 349\* f.  
Art. 36 Abs. 4 32  
Art. 50 350 f.  
Art. 55 29, 31  
Art. 58 Abs. 1 30 f., 269 ff.  
Art. 60 318  
Art. 116 317 f.

**Übergangsbestimmungen zur Bundesverfassung**  
Art. 2 392 f.

**Ungeschriebene Grundrechte**  
persönliche Freiheit 32, 61, 112 f.  
freie Meinungsäußerung 427 ff.  
Sprachenfreiheit 317 f.

**2. Sonstiges Schweizer Bundesrecht**

**Bundesgesetz über die Organisation der Bundesrechtspflege** vom 16. Dezember 1932 (SR 173, 110) – OG –  
Art. 88 269, 319  
Art. 153 318

**Strafgesetzbuch – StGB –**  
Art. 100 110  
Art. 145 62  
Art. 260 62, 269  
Art. 285 Ziff. 2 31  
Art. 320 33

**Bundesgesetz über die Bundesstrafrechtspflege**  
Art. 272 391

**Bundesgesetz über das Verwaltungsverfahren**  
Art. 26 391

**Zivilgesetzbuch – ZGB –**  
Art. 52 Abs. 2 392  
Art. 297 Abs. 3 257  
Art. 397 d 392 f.

**Bundeszivilprozessgesetz**  
Art. 4 318

**3. Kantonales Recht****a) Aargau**

**Schulgesetz** vom 17. März 1981  
Art. 3 Abs. 2 349  
Art. 12 Abs. 2 349

**b) Basel-Stadt**

**Strafprozessordnung – StPO –**  
§ 53 61 \* f.  
§ 61 62  
§ 61 Abs. 1 61 \*  
§ 61 Abs. 4 62  
§ 63 Abs. 1 Satz 1 63 \*

**c) Bern**

**Strafverfahren des Kantons Bern – StrV –**  
Art. 122 Abs. 2 32 f.

**Zivilprozessordnung**  
Art. 121 318

**d) Freiburg**

**Zivilprozessordnung**  
Art. 10 318

**e) Genf**

**Gesetz über die öffentliche Religionsausübung** vom 28. August 1875 (Loi sur le culte extérieur – LCE)  
Art. 1 350 f.  
Art. 2 351

**f) Graubünden**

**Kantonsverfassung**  
Art. 146 317 f.

**g) Solothurn**

**Gemeindegesetz** vom 27. März 1949  
§ 81 320

**h) St. Gallen**

**Kantonsverfassung** vom 16. November 1890 (SR 131.225)  
Art. 24 319 f.

**Gemeindegesetz** vom 23. August 1979  
Art. 42 320

**Gesetz über die Besorgung der Angelegenheiten des katholischen und evangelischen Konfessionsteiles** vom 25. Juni 1923 (i.d.F. vom 23. August 1979) – KonfG –  
Art. 1 320  
Art. 2 320  
Art. 7 320

**Verfassung der evangelisch-reformierten Kirche des Kantons St. Gallen** vom 13. Januar 1974 – VEK –  
Art. 11 Abs. 3 320  
Art. 16 d 320  
Art. 18 Abs. 2 320

**i) Waadt**

**Kantonsverfassung – KV –**  
Art. 2 348

**Strafprozessordnung**  
Art. 415 112  
Art. 422 ff. 111  
Art. 438 Abs. 2 112

**j) Wallis**

**Zivilprozessordnung**  
Art. 385 318

**k) Zürich**

**Kantonsverfassung – KV –**  
Art. 3 Abs. 1 428  
Art. 526 392 f.

**Zürcherisches Gesetz über die Arbeitsbeschaffungsreserven der privaten Wirtschaft** vom 5. Oktober 1952  
§ 14 393

**Zürcherisches EinführungsGesetz vom 1. Februar 1953 zu den Bundesgesetzen über die Arbeitslosenversicherung und die Arbeitsvermittlung** vom 22. Juni 1951  
§ 17 393

**Beamtenverordnung** vom 16. November 1970 – BVO –  
§ 1 Abs. 1 428  
§ 9 428\*

**Zürcher Gerichtsverfassungsgesetz** vom 13. Juni 1976 – GVG –  
§ 5 Abs. 2 393  
§ 9 393  
§ 16 393  
§ 27 393  
§ 38 Abs. 2 393  
§ 96 Ziff. 4 269 f.  
§ 105 393  
§ 106 Abs. 1428  
§ 108 Abs. 1428  
§ 121 Abs. 2 428  
§ 135 110

**Gesetz betreffend die Organisation der Geschäftsordnung des Regierungsrates und seiner Direktoren** vom 26. Februar 1899  
§ 62 428

**Zürcherische Verordnung 1 vom 7. November 1963 zum Bundesgesetz über Investitionskredit und Betriebshilfe in der Landwirtschaft** vom 23. März 1962  
§ 5 Abs. 2 393

**Zürcherische Verordnung über das Verfahren der Psychiatrischen Gerichtskommission** vom 28. Januar 1981  
§ 6 393

**Strafprozeßordnung - StPO -**

§§ 96 ff.	31
§ 100	30
§ 101	30
§ 103	30
§ 372	109 f.
§ 372 Abs. 1	109*
§ 372 Abs. 2	110

**Zürcherisches Verwaltungsrechtspflegegesetz**

§ 8	391
-----	-----

**Zürcherisches Einführungsgesetz zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch - EG zum ZGB -**

Allgemein	392
§§ 117 a ff.	392
§ 117 i	392 f.
§ 117 k	292

**Verordnung über die Anpassung des kantonalen Rechts an die Änderung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches vom 6. Oktober 1978**  
Allgemein 392

**XIII. Vereinigtes Königreich****Education (Scotland) Act 1962**

Allgemein	154
§ 29 (1)	156

**Mental Health Act von 1959**

§ 4 Abs. 1	103
§ 60 Abs. 1101, 104	
§ 65 Abs. 1 101, 103 f.	
§ 66	101, 103 ff.
§ 147 Abs. 3103	

**Race Relations Act 1976**

§ 3 Abs. 1	352 f.
------------	--------

**14. Amendment**

Equal Protection Clause	452 ff., 456
Due Process of Law Clause	453

**2. Sonstiges Recht der Vereinigten Staaten****Immigration Reform and Control Act**

Allgemein	457
-----------	-----

**3. Recht der Bundesstaaten****a) Kalifornien****Cal. Civ. Code i. d. F. vom 1. Januar 1980**

§ 4600 (b)	258*
§ 4600.5	258*
§ 4600.5 (c)	260*

**b) Texas****Education Code**

§ 21.031	452 ff.
----------	---------

**XIV. Vereinigte Staaten von Amerika****1. Verfassungsrecht****Verfassung der Vereinigten Staaten von Amerika**

vom 17. September 1787	
Art. I, § 8	454

**5. Amendment**

Due Process of Law Clause	453
---------------------------	-----

**H. Sachregister**

Bei Stichworten aus nationalen Gerichtsentscheidungen ist das Land in Klammern angegeben, z. B. (A) für Österreich. Bei Stichworten aus Entscheidungen internationaler Gremien steht die Abkürzung des Gerichts in Klammern, z. B. (EGMR) für Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte.

**Abgaben**

s. Gleichheitssatz im Abgabenrecht

**Abgeordnete**

s. a. Parlament

keine Verletzung verfassungsmäßiger Rechte eines - durch Rüge des Bundestagspräsidenten (D) 409 ff.

**Adolf-Fall (EGMR)** 297 ff.

**Agneessens-Fall (EKMR)** 304

**Airey-Fall (EGMR)** 59 f.

**Akteneinsicht**

s. rechtliches Gehör

**Albert-Fall (EKMR/EGMR)** 143, 208, 563

**Amtshaftung**

s. Staatshaftung

**Andorfer Tonwerke-Fall (EKMR/EGMR)** 208, 368

**Arbeit**

Recht auf - und Eigentum/Überlegungen zu möglichen Entwicklungen auf dem Gebiet des Grundrechtsschutzes 41 ff.

Begründung eines Rechts auf - 48 ff.

**Arbeitsrecht**

Bedeutung der Rundfunkfreiheit für die -liche Beurteilung des Status „freier Mitarbeiter“ (D) 181 ff.

Tariffähigkeit eines Arbeitnehmerverbandes (D) 188 ff.

Leitende Angestellte im Sinne des Betriebsverfassungsgesetzes (D) 191 ff.

**Arondele-Fall (EKMR)** 312

**Asylrecht**

Bedeutung des - im Auslieferungsverfahren (D) 359 ff.

Zurechnung des Anwaltsverschuldens bei Fristversäumnis im verwaltungsgerichtlichen Asylverfahren (D) 394 ff.

**Aufenthaltsrecht**

kein - durch EMRK (EKMR) 267, 537  
gütliche Einigung im Fall Giama (EKMR) 536

**Ausländer**

s. a. Asylrecht

s. a. Aufenthaltsrecht

s. a. Staatsangehörigkeitsrecht  
vorläufiger Rechtsschutz gegen behördliche Verfügungen (D) 481  
Gegenseitigkeitserfordernis bei Amtshaftung gegenüber - (D) 508 ff.

**Auslieferung**

s. a. Asylrecht

s. a. Ausweisung

- aufgrund eines Abwesenheitsurteils (D) 79 f.; 356 ff.  
Untersuchungshaft bei noch ausstehender Auslieferungsbewilligung (EKMR) 268  
kein genereller Schutz vor - durch EMRK (EKMR) 265, 267, 310  
Das grundrechtliche Verbot der - österreichischer Staatsbürger 329 ff.

**Ausschuß für Menschenrechte (UN-AMR), Genf, New York, Einzelfälle:**

Verpflichtung der Vertragsstaaten, unmittelbaren Zugang zum Ausschuß zu gewährleisten/Fall Sendic gegen Uruguay 11 f.

Verspätetes Protokoll der erstinstanzlichen Verhandlung verstößt gegen Anspruch auf faires Verfahren / Fall Pinkney gegen Kanada 13 ff.

Pass-Verweigerung für im Ausland lebende Staatsangehörige / Fall Vidal Martins gegen Uruguay 338 f.

Anspruch auf Nachprüfung einer Verurteilung durch ein höheres Gericht zu Zeiten des Belagerungszustandes / Fall Salgar de Montejo gegen Kolumbien 339 f.  
Kolumbianisches Gesetzesdekret zur

Verbrechensbekämpfung verletzt Recht auf Leben / Fall Suárez de Guerrero 340 ff.  
Schranken der Meinungsäußerungsfreiheit bei Berichterstattung über Homosexualität in Finnland / Fall Hertzberg u. a.

342 ff.

Sondervotum Opsahl 344 f.

Obligatorische Überwachung nach Straferlaß paktgemäß / Beschwerde gegen Kanada unzulässig 528 f.

Befassung der EKMR und des UN-AMR mit derselben Sache / hier: Unzulässigkeit einer Beschwerde gegen Dänemark 529 f.

Sondervotum Graefrath 530 f.

**Außerstreitverfahren**

s. Zivilprozeß

**Auswanderungsrecht**

s. Freizügigkeit

**Ausweisung**

- sverbot bei drohender Folter im Heimatland (EKMR) 265, 537

- shaft nur solange zulässig, wie - sverfahren schwebt (EKMR) 268

keine Erstreckung der gerichtlichen Kontrolle der - shaft auf - sbefehl (EKMR)

gütliche Einigung im Singh-Uppal-Fall (EKMR) 536

**Axen-Fall (EKMR)** 144

**Barclay-Maguire-Fall (EKMR)** 143, 541

**Beamte**

Anrechnung von Altersrenten auf -rechtliche Versorgungsbezüge (D) 481 f.

Berechnung der Versorgungsbezüge nach dem zuletzt zwei Jahre innegehabten Amt (D) 559 f.

- Belgien**  
Verfahren - vor EGMR 208, 368  
Verfahren gegen - vor EKMR 143 f., 207, 264 f., 267, 304, 306 ff., 311 f., 316, 487 f., 536 f., 539, 546 f.
- Berufsausübungsregelung**  
Regelung der Ladenschlußzeiten (D) 76 ff.  
Buchführungsprivileg und Werbeverbot für steuerberatende Berufe (D) 401 ff.  
Sozietätsverbot eines Steuerberaters mit nichtkammerangehörigen Personen (D) 406 ff.  
Verbot der Mehrfachverteidigung (D) 408 f.  
uneingeschränktes Verwertungsverbot gesetzlich geschützter toter Vögel (D) 515 f.
- Berufsbezeichnung**  
s. Rechtsanwalt
- Berufswahlfreiheit**  
Teilzulassung zum Medizinstudium (D) 479 f.  
Zulassung zu medizinischen Studiengängen, Altwarter (D) 81 ff.
- Berufung**  
s. a. Rechtliches Gehör  
- und Art. 6 EMRK (EKMR) 304  
Wegfall der zweiten Tatsacheninstanz bei „inflagranti-Verfahren“ (I) 505  
persönliches Erscheinen vor der Rechtsmittelinstanz, kein weitergehendes Recht durch - (CH) 111 f.
- Besoldungsrecht**  
s. Beamter
- Bestimmtheitsgebot**  
s. rechtsstaatliches Bestimmtheitsgebot
- Beweismittel**  
s. Strafverfahren  
s. a. rechtliches Gehör
- Bildung**  
s. a. Schule  
Recht auf - (EKMR) 316
- Bönisch-Fall (EKMR)** 368
- Bramelid und Malmström-Fall (EKMR)** 487
- Briefverkehr**  
s. Untersuchungshaft  
s. a. Privatsphäre
- Briefwahl**  
s. Wahlen
- Bundesrepublik Deutschland**  
Verfahren gegen - vor EKMR 60 f., 143 f., 264 f., 267, 304 ff., 447 ff., 488, 537, 539 ff., 546 f., 549 ff.
- Bundesrepublik Deutschland, Baden-württembergischer Ehrengerichtshof für Rechtsanwälte (EGH)**  
Rechtsanwältliches Ständesrecht und Publikationsfreiheit 36 ff.
- Bundesrepublik Deutschland, Bundesverfassungsgericht (BVerfG)**  
s. a. Normenkontrollverfahren  
Das BVerfG als politischer Faktor 93 ff.
- Bundesrepublik Deutschland, Bundesverfassungsgericht, Karlsruhe, Einstweilige Anordnung**  
Auslieferung aufgrund eines Abwesenheitsurteils 79 f.
- Bundesrepublik Deutschland, Bundesverfassungsgericht (BVerfG), Einzelfälle:**  
Verfassungsmäßigkeit der Briefwahl 33 ff.  
Elternrecht im schulischen Bereich / hier: Bremisches Schulverwaltungsgesetz 66 ff.  
Angemessene Verfahrensdauer / hier: 5-jähriges Verfahren vor dem Verwaltungsgericht 75 f.  
Eingriffe in die Freiheit der Berufsausübung durch Regelung der Ladenschlußzeiten 76 ff.  
Auslieferung aufgrund eines Abwesenheitsurteils / hier: Einstweilige Anordnung 79 f.  
Begrenzter Zugang zu medizinischen Studiengängen / hier: Altwarter 81 ff.  
Verfassungsmäßigkeit entschädigungsloser Einschränkungen der Grundwassernutzung nach dem Wasserhaushaltsgesetz 120 ff.  
Gleichstellung der nichtehelichen Kinder mit ehelichen Kindern im Erbrecht 131 ff.  
Flughafen Frankfurt - Startbahn West 160 ff.  
Eurocontrol-Beschluß 172 ff.  
Bedeutung der Rundfunkfreiheit für die arbeitsrechtliche Beurteilung des Status „freier Mitarbeiter“ 181 ff.  
Tariffähigkeit eines Verbandes 188 ff.  
Leitende Angestellte im Sinne des Betriebsverfassungsgesetzes 191 ff.  
Voraussetzung der Berufsunfähigkeitsrente / hier: Verfassungsmäßige Unterscheidung nach Versicherungsgruppen 193 ff.  
Bedeutung des Gesetzesvorbehalts für schulrechtliche Regelungen über Nichtvertretung und leistungsbedingte Schulentlassung 195 ff.  
Journalistisches Zeugnisverweigerungsrecht / hier: anonyme „Bekennenanrufe“ oder „Bekennerschreiben“ 202 f.  
Verletzung der Pressefreiheit durch Verbot, Kreditvermittler als Kredithaie zu bezeichnen 280 ff.  
Entsprechende Anwendbarkeit von § 513 II ZPO im schriftlichen Verfahren 282 ff.  
Präklusion im atomrechtlichen Genehmigungsverfahren / Gemeinde Sasbach 321 ff.  
Auslieferung aufgrund eines Abwesenheitsurteils / hier: Teilentscheidung über Auslieferungshaftbefehl 356 ff.  
Bedeutung des Asylrechts im Auslieferungsverfahren / hier: Auslieferung an den Libanon 359 ff.  
Staatshaftungsgesetz verfassungswidrig 369 ff.  
Zurechnung des Anwaltsverschuldens bei Fristversäumnis im verwaltungsgerichtlichen Asylverfahren / hier: keine Wiedereinsetzung bei Versäumung der Klagefrist 394 ff.  
Buchführungsprivileg für steuerberatende Berufe und Werbeverbot teilweise verfassungswidrig 401 ff.  
Berufspflichten des Steuerberaters 406 ff.  
Verbot der Mehrfachverteidigung bei möglichem Interessenkonflikt 408 f.  
Redefreiheit des Abgeordneten / hier: Rüge des Bundestagspräsidenten 409 ff.  
Ausschluß gemeinsamen Sorgerechts nach Scheidung durch § 1671 Abs. 4 S. 1 BGB verfassungswidrig 429 ff.  
Präklusion im atomrechtlichen Genehmigungsverfahren / Private Einwender 434 f.  
Atomrechtliche Genehmigung / Rechtsbetroffenheit und Rechtsschutz eines Anliegers 435 ff.
- Steuerliche Benachteiligung alleinerziehender Eltern verfassungswidrig / Splittingverfahren 458 ff.  
Trennung eines Kleinkindes von seiner Familie 464 ff.  
Altersgrenze im Transsexuellengesetz verfassungswidrig 467 ff.  
Personalratswahl / Unterschriftenquorum für Wahlvorschläge 469 ff.  
Meinungsfreiheit im Wahlkampf / hier: Bezeichnung der CSU als „die NPD von Europa“ 472 ff.  
Amtshaftung gegenüber Ausländern / Verbürgung der Gegenseitigkeit 508 ff.  
Verletzung rechtlichen Gehörs / Bezugnahme auf einen erstinstanzlich gestellten Beweisantrag 510 ff.  
Gegenwärtiges Betroffensein als Zulässigkeitsvoraussetzung einer Verfassungsbeschwerde unmittelbar gegen ein Gesetz 512 ff.  
Erzwingungshaft zur Abgabe einer eidesstattlichen Versicherung / hier: leistungsfähiger Schuldner 552 ff.  
Genehmigungsvorbehalt für Vereinbarungen der Ehegatten über den Versorgungsausgleich im Zusammenhang mit der Scheidung verfassungsgemäß 554 ff.
- Bundesrepublik Deutschland, Bundesverfassungsgericht, Organklage:**  
Unzulässigkeit einer - 160 ff., 409 ff., 481, 561 f.
- Bundesrepublik Deutschland, Bundesverfassungsgericht, Karlsruhe, Jahresüberblick 1982**  
Laufende Verfahren 89 ff.
- Bundesrepublik Deutschland, Bundesverfassungsgericht (BVerfG), Rechtsprechungsbericht: 1981**  
- Nr. 13 - Begriff der Berufskrankheit in der Unfallversicherung (zu Art. 3 Abs. 1 GG) 135  
- Nr. 14 - Seuchenrechtliche Entschädigungsregelung (zu Art. 3 Abs. 1, Art. 14 Abs. 1 GG) 135  
- Nr. 15 - Anrede „Frau“ (zu Art. 3 Abs. 2 GG) 135 f.  
- Nr. 16 - Berufsbezeichnung eines Rechtsanwalts / hier: Fachanwalt für Verwaltungsrecht (zu Art. 12 Abs. 1 GG) 136  
- Nr. 17 - Berufsbezeichnung eines Rechtsanwalts / hier: Fachanwalt für Steuerrecht (zu Art. 12 Abs. 1 GG) 136  
- Nr. 18 - Honorarmindestsätze für Architektenleistungen (zu Art. 12 Abs. 1 GG) 136 f.  
- Nr. 19 - Strafprozessuale Überholung im Durchsuchungsrecht (zu Art. 13 Abs. 2, Art. 19 Abs. 4 GG) 137  
- Nr. 20 - Fehlerhafte Entscheidungsgrundlage eines Urteils (zu Art. 103 Abs. 1 GG) 137 f.  
- Nr. 21 - Verletzung rechtlichen Gehörs / hier: zivilprozessuale Berufungs begründung (zu Art. 103 Abs. 1 GG) 138  
- Nr. 22 - Verletzung rechtlichen Gehörs / hier: übergangener Parteivortrag (zu Art. 103 Abs. 1 GG) 138  
- Nr. 23 - Wählbarkeit eines leitenden Kommunalbeamten (zu Art. 137 Abs. 1 GG) 138 f.  
- Nr. 24 - Rechtsschutz gegenüber dienstrechtlichen Maßnahmen der Europäischen Organisation zur Sicherung der Luftfahrt (Eurocontrol) (zu Art. 19 Abs. 4 GG) 203 f.

- Nr. 25 - Wahlprüfungsentscheidungen anlässlich der Wahl zum Deutschen Bundestag 1980 (zu Art. 41 GG) 204
  - Nr. 26 - Verletzung rechtlichen Gehörs im Strafverfahren (zu Art. 103 Abs. 1 GG) 204
  - Nr. 27 - Unzulässigkeit einer konkreten Normenkontrollvorlage (zu Art. 100 Abs. 1 GG) 205
- 1982**
- Nr. 1 - Kommunales Vertretungsverbot (zu Art. 2 Abs. 1 GG) 475 f.
  - Nr. 2 - Straßenverkehrsrecht / Schutzhelmpflicht (zu Art. 2 Abs. 1 GG) 476
  - Nr. 3 - Zum Nachweis des deutschen Volkstums im Bundesvertriebenengesetz und Vertrauensschutz bei der Einziehung fehlerhafter Vertriebenenausweise (zu Art. 3 Abs. 1 und 3, Art. 2 Abs. 2 in Verb. mit dem Rechtsstaatsprinzip) 476 f.
  - Nr. 4 - Belastung des Arbeitgebers mit Soziallasten / hier: Bauwirtschaft (zu Art. 3 Abs. 1 GG) 477
  - Nr. 5 - Versorgungsrechtlicher Härteausgleich / Bewilligungszeitpunkt (zu Art. 3 Abs. 1 GG) 477
  - Nr. 6 - Bemessung des Sterbegeldes versicherungspflichtig beschäftigter Rentner (zu Art. 3 Abs. 1 GG) 477 f.
  - Nr. 7 - Finanzielle Hilfen im Jugendwohlfahrtsrecht / Enkelkinder (zu Art. 3 Abs. 1 GG) 478
  - Nr. 8 - Sozialversicherungsrecht / Rentenberechnung (zu Art. 3 Abs. 1 GG) 478 f.
  - Nr. 9 - Versammlungsrecht / Uniformverbot (zu Art. 5 Abs. 1, Art. 8 Abs. 1 GG) 479
  - Nr. 10 - Arbeitslosengeld bei zuvor gewährtem Mutterschutz (zu Art. 6 Abs. 4 GG) 479
  - Nr. 11 - Hochschulzulassungsrecht / medizinische Teilzulassung (zu Art. 12 Abs. 1 GG) 479 f.
  - Nr. 12 - Vorläufiger Rechtsschutz im Verwaltungsgerichtsverfahren (zu Art. 19 Abs. 4 GG) 480 f.
  - Nr. 13 - Vorläufiger Rechtsschutz im Verwaltungsgerichtsverfahren / Ausländerrecht (zu Art. 19 Abs. 4 GG) 481
  - Nr. 14 - Zusammensetzung eines Rundfunkrates / Beteiligung politischer Parteien (zu Art. 21 Abs. 1 GG) 481
  - Nr. 15 - Beamtenversorgung (zu Art. 33 Abs. 5 GG) 481 f.
  - Nr. 16 - Gerichtliche Informationspflicht / Gesellschaftsrechtliche Auflösungsklage (zu Art. 103 Abs. 1 GG) 482
  - Nr. 17 - Fehlerhafte Entscheidungsgrundlage / hier: entsprechende Anwendung des § 513 Abs. 2 ZPO (zu Art. 103 Abs. 1 GG) 482
  - Nr. 18 - Beschränkung des prozessualen Tatsachenvortrages (zu Art. 103 Abs. 1 GG) 482 f.
  - Nr. 19 - Zivilprozessuale Präklusion (zu Art. 103 Abs. 1 GG) 483
  - Nr. 20 - Rechtliches Gehör im Verfahren der Wiedereinsetzung in den vorigen Stand (zu Art. 103 Abs. 1 GG) 483
  - Nr. 21 - Verletzung des rechtlichen Gehörs / hier: unterlassene Beweiserhebung (zu Art. 103 Abs. 1 GG) 483 f.
  - Nr. 22 - Verletzung rechtlichen Gehörs / hier: Abwarten einer Stellungnahme eines Verfahrensbeteiligten (zu Art. 103 Abs. 1 GG) 484
  - Nr. 23 - Verletzung rechtlichen Gehörs / hier: Abwarten richterlich gesetzter Erklärungsfristen (zu Art. 103 Abs. 1 GG) 484
  - Nr. 24 - Zugang fristgebundener Schriftsätze bei Gericht (zu Art. 103 Abs. 1 GG) 484 f.
  - Nr. 25 - Bestimmtheit eines Straftatbestandes / hier: § 184 Abs. 1 Nr. 3 StGB (zu Art. 103 Abs. 2 GG) 485
  - Nr. 26 - Freiheitsentziehung / Schwere Nachtteil (zu Art. 104 Abs. 1 GG in Verb. mit § 93 a Abs. 4 BVerfGG) 485
  - Nr. 27 - Willkürliche Gerichtsentscheidung / hier: Kostenrecht (zu Art. 3 Abs. 1 GG) 515
  - Nr. 28 - Verwertungsverbot toter Vögel besonders geschützter Arten / hier: Tierpräparation (zu Art. 12 Abs. 1 GG) 515 f.
  - Nr. 29 - Förderung von Bildungsmaßnahmen im Bereich beruflicher Umschulung / hier: Gewährung von Unterhaltsgeld (zu Art. 3 Abs. 1 GG) 559
  - Nr. 30 - Berechnung der Versorgungsbezüge nach dem zuletzt bekleideten Amt (zu Art. 33 Abs. 1, Art. 3 Abs. 1 GG) 559 f.
  - Nr. 31 - Wiedereinsetzung in den vorigen Stand / hier: Postverkehr (zu Art. 103 Abs. 1 GG) 560
  - Nr. 32 - Verletzung rechtlichen Gehörs / hier: Verfahren der Wiedereinsetzung in den vorigen Stand (zu Art. 103 Abs. 1 GG) 560 f.
  - Nr. 33 - Verletzung rechtlichen Gehörs / hier: Präklusion verspäteten Vorbringens (zu Art. 103 Abs. 1 GG) 561
  - Nr. 34 - Finanzierung der Tätigkeit parlamentarischer Fraktionen / hier: Zulässigkeit eines Organstreitverfahrens (zu Art. 93 Abs. 1 Nr. 4 in Verb. mit § 71 Abs. 1 Nr. 3 BVerfGG) 561 f.
  - Nr. 35 - Fehlende Rechtswegerschöpfung im Verfahren der Verfassungsbeschwerde / hier: Vorläufiger Rechtsschutz nach § 80 Abs. 5 VwGO (zu § 90 Abs. 2 BVerfGG) 562
- Bundesrepublik Deutschland, Bundesverwaltungsgericht (BVerwG), Einzelfälle:**
- Beschränkung des Familiennachzuges auf minderjährige Kinder 277 ff.
- Bundestag**
- s. Abgeordnete
- J. J. Campbell-Fall (EKMR) 488, 564**
- Campbell und Cosans-Fall (EGMR) 153 ff.**
- Caprino-Fall (EKMR) 534**
- Colozza-Fall (EKMR) 368**
- Le Compte II-Fall (EKMR/EGMR) 143, 208**
- De Cubber-Fall (EKMR) 487**
- Dänemark**
- Verfahren gegen - vor EKMR 143, 307, 310, 487, 538, 543
- Demonstration**
- s. Versammlungsfreiheit
- Diskriminierung**
- s. Gleichheitssatz
  - s. a. Gleichberechtigung von Mann und Frau
- Disziplinar(maßnahmen)**
- gegen Soldaten unterliegen Art. 5 EMRK (EKMR) 268 f.
  - bei - gegen Polizeibeamte keine zivilrechtlichen Rechte betroffen (EKMR) 306 f.
- Bezirksrichter unterstehen der - gewalt des Obergerichts (CH) 427 ff.
  - recht der Richter verfassungsgemäß (I) 506 f.
- Dores-Fall (EKMR) 368**
- Draper-Fall (EKMR) 531 f.**
- Durchsuchung**
- Strafprozessuale Überholung im - srecht (D) 137
- Ehe und Familie**
- Elternpflichtrecht des nichtehelichen Vaters in der Bundesrepublik Deutschland 1 ff.
  - Familiennachzug, Beschränkung auf minderjährige Kinder (D) 277 ff.
  - Mutterschutz, keine Einengung der gesetzgeberischen Gestaltungsfreiheit (D) 479
  - Nichteheliche Kinder, Gleichstellung der nichtehelichen mit ehelichen Kindern im Erbrecht (D) 131 ff.
  - Schutz der Privatsphäre sowie des Familienlebens 235
  - Gemeinsames Sorgerecht nach Scheidung? Verfassungsrechtliche Überlegungen und internationale Erfahrungen 256 ff.
  - Ausschluß gemeinsamen Sorgerechts nach Scheidung durch § 1671 Abs. 4 S. 1 BGB (D) 429 ff.
  - Steuerliche Benachteiligung alleinerziehender Eltern (D) 458 ff.
  - Strafgefängener, Recht auf Eheschließung (EKMR) 531 f.
  - Versorgungsausgleich im Zusammenhang mit der Scheidung, Genehmigungsvorbehalt für Vereinbarungen der Ehegatten über (D) 554 ff.
- Eigentum(srecht)**
- s. a. Entschädigung
  - s. a. Feizügigkeit
  - Entschädigungsregelung des ersten Entwurfes des Verstaatlichungsgesetzes weitgehend verfassungswidrig (F) 19 f.
  - Entschädigungsregelung des zweiten Entwurfes des Verstaatlichungsgesetzes verfassungsmäßig (F) 116 ff.
  - Recht auf Arbeit und - 41 ff.
  - Überlegungen zur verfassungsrechtlichen - sgarantie 51 ff.
  - Soziale Schranken des - bei Grundstücks-teilung (A) 64 ff.
  - Grundwassernutzung, Verfassungsmäßigkeit entschädigungsloser Einschränkungen der (D) 120 ff.
  - sschutz in Österreich 236 f.
  - Schutz nach Art. 1 des 1. ZP zur EMRK (EKMR) 315 f.
  - kein - aus Art. 14 GG einer Gemeinde außerhalb des Bereichs der Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben (D) 321 ff.
  - Zur Begründung eines Menschenrechts auf - 361 ff.
  - Aufgabe demokratischer - spolitik 367
  - Beschlagnahme von Dokumenten ohne präzise Beschlagnahmeanordnung im Rahmen eines Finanzstrafverfahrens verletzt - (A) 507 f.
  - Pflichtverteidigung keine Verletzung des - (EKMR) 539
- Elternpflichtrecht**
- s. Ehe und Familie
- Elternrecht**
- s. a. Ehe und Familie
  - s. a. Schule
  - Körperliche Züchtigungen als schulische Disziplinarmaßnahmen (EGMR) 153 ff.

**Entschädigung**

- s. a. Eigentumsrecht  
 s. a. Verstaatlichungsgesetz (F)  
 - im Fall Airey (EGMR) 59 f.  
 - im Fall Winterwerp (EGMR) 108 f.  
 - sentscheidungen, noch ausstehende (EGMR) 564  
 Verfassungsmäßigkeit - sloser Einschränkungen der Grundwassernutzung nach dem Wasserhaushaltsgesetz (D) 120 ff.  
 zur seuchenrechtlichen - sregelung (D) 135  
 - gemäß Art. 5 Abs. 5 EMRK setzt Verletzung der Absätze 1 bis 4 voraus (EKMR) 268

**Entsiegelung**

- s. Strafverfahren

**equal protection-clause**

- s. Gleichheitssatz

**Erbrecht**

- s. Gleichheitssatz

**„Erniedrigende Strafe oder Behandlung“**

- Art. 3 EMRK (EKMR) 265 ff., 537 ff.  
 - durch Gerichte (EKMR) 265  
 - durch Ausweisung (EKMR) 265  
 keine - bei Trennung eines Gefangenen von anderen aus Sicherheits-, Disziplinar- oder Schutzgründen (EKMR) 265 f.  
 Ausschluß aus Gefängnisgemeinschaft selbst, keine - (EKMR) 266, 538 f.  
 - im Strafvollzug erst bei einem gewissen Grad an Strenge (EKMR) 266 f.

**Erziehungsrecht der Eltern**

- s. Elternrecht

**Eurocontrol-Fall (D)** 172 ff., 203 f.**Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR), Straßburg**

- Anerkennung der Zuständigkeit gem. Art. 46 durch Liechtenstein 367

**Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR), Straßburg, Einzelfälle:**

- Entschädigung nach Artikel 50 EMRK / Fall Airey 59 f.  
 Zur Freiheitsentziehung bei Unterbringung eines Geisteskranken in psychiatrischer Klinik / Fall X. gegen Vereinigtes Königreich 101 ff.  
 Entschädigung nach Art. 50 EMRK / Fall Winterwerp 108 f.  
 Körperliche Züchtigungen als schulische Disziplinarmaßnahmen verletzen das Elternrecht des Art. 2 1. ZP EMRK / Fall Campbell und Cosans 153 ff.  
 Teilweise abweichende Meinung des Richters Sir Vincent Evans 157 f.  
 Keine Verletzung der Unschuldsvermutung bei Einstellung des Strafverfahrens im Fall Adolf 297 ff.  
 Abweichende Meinungen 303  
 Zustimmende Meinung 303 f.

**Europäische Kommission für Menschenrechte (EKMR), Straßburg**

- Berichte (1980) 531 ff.  
 friendly settlements (1980) 536  
 Zuständigkeit ratione materiae 264 f., 267, 304 ff., 309, 313 ff., 537  
 siehe auch Einzelfall u. Rechtsprechungsberichte

**Europäische Kommission für Menschenrechte (EKMR), Straßburg, Einzelfälle:**

- Menschenrechtsbeschwerde von Rudolf Hess unzulässig 15 f.  
 Ausschluß des staatlichen Rechtsweges für Statusklagen eines Pfarrers konventionskonform 60 f.

**Vorabentscheidung über Musterklagen im verwaltungsgerichtlichen Massenprozeß**

- 158 f.  
 Menschenrechtsbeschwerde im Fall Hårdle zurückgewiesen 447 ff.

**Europäische Kommission für Menschenrechte (EKMR), Straßburg, Rechtsprechungsberichte:****1980**

- Nr. 1 bis 11 - Zuständigkeit ratione materiae 264  
 - Nr. 12, 13 - Art. 2 EMRK 265  
 - Nr. 14 bis 27 - Art. 3 EMRK 265 ff.  
 - Nr. 28 bis 37 - Art. 5 EMRK 267 ff.  
 - Nr. 38 bis 43 - Art. 6 EMRK, Allgemeines 304 f.  
 Nr. 44 bis 63 - Art. 6 EMRK, civil rights and obligations 305 ff.  
 - Nr. 64 bis 67 - Art. 6 EMRK, Zugang zum Gericht 307 f.  
 - Nr. 68 bis 77 - Art. 6 EMRK, Überprüfung von Gerichtsentscheidungen 308  
 - Nr. 78 - Art. 6 EMRK, auf Gesetz beruhendes Gericht 309  
 - Nr. 79, 80 - Art. 6 EMRK, unparteiisches Gericht 309  
 - Nr. 81 - Art. 6 EMRK, fair hearing 309  
 - Nr. 82 bis 86 - Art. 6 EMRK, Verfahrensdauer 309  
 - Nr. 87 - Art. 6 Abs. 2 EMRK, Unschuldsvermutung 310  
 - Nr. 88 bis 92 - Art. 6 Abs. 3 EMRK, Rechte des Angeklagten 310  
 - Nr. 93 bis 117 - Art. 8 EMRK, Privatsphäre 310 ff.  
 - Nr. 118 - Art. 9 EMRK, Religionsfreiheit 313  
 - Nr. 119, 120 - Art. 11 EMRK, Versammlungsfreiheit 313  
 - Nr. 121 - Art. 14 EMRK, Diskriminierungsverbot 313  
 - Nr. 122 bis 124 - Art. 19 EMRK, sachliche Zuständigkeit 313 f.  
 - Nr. 125 bis 129 - Art. 25 EMRK, Individualbeschwerde 314  
 - Nr. 130, 131 - Art. 26 EMRK, Rechtswegerschöpfung 314 f.  
 - Nr. 132, 133 - Art. 27 EMRK, Zulässigkeitsprüfung 315  
 - Nr. 134 bis 143 - Art. 1 des 1. ZP EMRK, Eigentum 315 f.  
 - Nr. 144, 145 - Art. 2 des 1. ZP EMRK, Bildung 316  
 - Nr. 146, 147 - Art. 3 des 1. ZP EMRK, Wahlen 316

**1981**

- Nr. 1 bis 3 - Zuständigkeit ratione materiae 537  
 - Nr. 4 - Art. 2 EMRK 537  
 - Nr. 5 bis 17 - Art. 3 EMRK 537 ff.  
 - Nr. 18 bis 21 - Art. 4 EMRK 539 f.  
 - Nr. 22 bis 31 - Art. 5 EMRK 540 f.  
 - Nr. 32 bis 52 - Art. 6 Abs. 1 EMRK, Allgemeines 541 ff.  
 - Nr. 53 bis 64 - Art. 6 Abs. 1 EMRK, civil rights 545 ff.  
 - Nr. 65 bis 68 - Art. 6 Abs. 1 EMRK, Entscheidung über civil rights 547  
 - Nr. 69, 70 - Art. 6 Abs. 1 EMRK, strafrechtliche Anklage 547 f.  
 - Nr. 71 bis 75 - Art. 6 Abs. 1 EMRK, Zugang zum Gericht, rechtliches Gehör, Prozeßkostenhilfe in Zivilsachen 548 f.  
 - Nr. 76 bis 80 - Art. 6 Abs. 1 EMRK, Dauer des Verfahrens 549 ff.

- Nr. 81 bis 84 - Art. 6 Abs. 2 EMRK, Unschuldsvermutung 551 f.

**Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK)**

- Anwendbarkeit, Rang und Wirkung der - in Österreich 211 ff.  
 Auslieferung, kein genereller Schutz vor (EKMR) 265, 267, 310  
 Ausweisungsverbot bei drohender Folter (EKMR) 265, 267, 537  
 Außerstreitverfahren in Österreich, Bedeutung der - für das (A) 113 ff.  
 Aufenthalt in einem Drittstaat, kein Recht auf (EKMR) 537  
 Aufenthalt in einem Mitgliedstaat, kein Recht auf (EKMR) 267  
 Beschwerdeinteresse, Wegfall des (EKMR) 538  
 Einreiserecht, nur gemäß Art. 3 des 4. ZP EMRK (EKMR) 538  
 zur Entstehungsgeschichte der - 210 f.  
 Entschädigung nach - (EGMR/EKMR) 59 f., 108 f., 268, 564  
 Isolierhaft, Konventionswidrigkeit von den Umständen des Einzelfalles abhängig (EKMR) 538 f.  
 Musterprozesse bei Massenverfahren konventionsgemäß (EKMR) 542  
 Nichtehelichenrecht, zur Relevanz der - für das 1 ff.  
 Ordnungsstrafgewalt österreichischer Gerichte, keine Verletzung der - durch (A) 159 f.  
 Pflichtverteidigung, Rechtsprechung der EKMR zur (EKMR) 539  
 Rechtsmittel, nationale Zuständigkeit bei Ausgestaltung von (EKMR) 304  
 Rechtsmittel gegen unterinstanzliche Urteile, kein Recht auf (EKMR) 542  
 Staatenbeschwerden gegen Türkei (EKMR) 287  
 Untersuchungshaft 32 f., 112 f., 268, 534 ff.  
 Verfahren vor den Organen der - 489 ff., 517 ff.  
 Verfahrensgarantien der - 236

**Europäisches Parlament**

- Entschließungen des -  
 s. Dokumentationsregister in diesem Heft S. VI

**„faires Verfahren“**

- s. rechtsstaatliches Verfahren

**Familie**

- s. Ehe und Familie

**Fell-Fall (EKMR/EGMR)** 488, 564**Finnland**

- Verfahren gegen - vor UN-AMR 342 ff.

**Flughafen-Frankfurt-Fall (D)** 160 ff.**Folter**

- s. „erniedrigende Strafe oder Behandlung“

**Frankreich**

- Verfahren gegen - vor EKMR 15 f.

**Frankreich, Verfassungsrat, Einzelfälle:**

- Verstaatlichungsgesetz weitgehend verfassungswidrig 16 ff.  
 Zweiter Entwurf des Verstaatlichungsgesetzes verfassungsmäßig 115 ff.

**Freiheit**

- s. persönliche Freiheit

- Freizügigkeit**  
 - nach österreichischem Recht 235  
 Pass-Verweigerung für im Ausland lebende Staatsangehörige, Verletzung der - durch (UN-AMR) 338 f.  
 Die - der Person und des Vermögens und das Auswanderungsrecht in Österreich 385 ff.
- Frist**  
 Einwöchige - zur Ergebnis-Anfechtung von Volksbegehren verfassungswidrig (A) 274 ff.
- Gehörsanspruch**  
 s. rechtliches Gehör
- Geistesranke**  
 Voraussetzungen konventionsmäßiger Einschließung (EKMR) 267, 537  
 Unterbringung eines - in psychiatrischer Klinik, Recht auf gerichtliche Überprüfung der Unterbringung (EGMR, EKMR) 101 ff., 268  
 Freiheitsentziehung eines - in psychiatrischer Klinik (EGMR) 101 ff.  
 Unterbringung eines - ohne richterliche Anhörung (D) 485  
 gütliche Einigung im Verfahren wegen Unterbringungsbedingungen (EKMR) 536
- Gemeinde**  
 Ausschluß der Wählbarkeit eines leitenden Kommunalbeamten in den Rat einer kreisangehörigen - (D) 138 f.  
 - autonomie (CH) 320  
 kein Recht auf Eigentum einer - außerhalb des Bereichs der Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben (D) 322 ff.  
 Kommunales Vertretungsverbot für sämtliche Rechtsanwältinnen einer Sozietät (D) 475 f.
- Gericht**  
 Zugang zum - gemäß Art. 6 EMRK (EKMR) 307 f., 548 f.  
 -entscheidungen, Überprüfung durch EKMR (EKMR) 308, 542 ff.
- Gericht, unabhängiges und unparteiisches**  
 s. a. Richter  
 Begriff des - (EKMR) 309  
 Begriff des - im österreichischen Recht 236  
 Anforderungen an ein - bei Entscheidung über zivilrechtliche Ansprüche und Verpflichtungen (EKMR) 206 f.  
 Psychiatrische Gerichtskommission i. S. d. Art. 5 Ziff. 4 EMRK (CH) 392 f.
- Gesetzesbestimmtheit, Gebot der**  
 s. Norm
- Gesetzesprüfung**  
 s. Normenkontrolle
- Gesetzesvorbehalt**  
 Bedeutung des - für schulrechtliche Regelungen (D) 195 ff.  
 Auswirkungen von Art. 10 EMRK auf - der Kommunikationsfreiheit in Österreich 424 ff.
- Gestaltungsspielraum des Gesetzgebers**  
 weiter -, Alimentation der Beamten (D) 481 f., 559 f.  
 -, Gleichstellung nichtehelicher mit ehelichen Kindern im Erbrecht (D) 131 f.  
 -, Strafrahmen im Militärstrafrecht (I) 346  
 -, Strafrahmen im Verkehrsstrafrecht (I) 346 f.  
 -, Strafvollzugsvorschriften (I) 347
- enger -, Staatshaftungsrecht (D) 369 ff.  
 -, Besteuerung von Alleinstehenden mit Kindern (D) 463  
 -, Fördermaßnahmen beruflicher Umschulung (D) 559
- Gewerkschaften**  
 s. a. Arbeitsrecht  
 s. a. Koalitionsfreiheit  
 s. a. Vereinigungsfreiheit
- Giama-Fall (EKMR)** 536
- Glaubens- und Gewissensfreiheit**  
 s. a. Kirche(n)  
 Die - und die Rechtsstellung der gesetzlich anerkannten Kirchen und Religionsgesellschaften in Österreich 441 ff.  
 Rechtsprechung zu Art. 9 EMRK (EGMR/EKMR) 267, 313 f., 446
- Gleichberechtigung von Mann und Frau**  
 keine Diskriminierung durch Anrede „Frau“ (D) 135 f.  
 unterschiedliche Zulassungskriterien für weiterführende Schulen (CH) 348 ff.
- Gleichheitssatz**  
 s. a. Ehe und Familie  
 s. a. Gestaltungsspielraum des Gesetzgebers  
 s. a. Gleichberechtigung von Mann und Frau
- Gleichheitssatz der EMRK**  
 Diskriminierungsverbot nur im Rahmen der Freiheitsrechte der Konvention (EKMR) 313
- Gleichheitssatz, allgemeiner**  
 Akteneinsicht nur an Rechtsanwälte, kein Verstoß gegen - (CH) 391 f.  
 Amtshaftung gegenüber Ausländern, kein Verstoß gegen - durch Gegenseitigkeitserfordernis (D) 508 ff.  
 Österreich, - in 225 f., 238  
 Schulkleidung, keine Rassendiskriminierung durch (GB) 352 f.  
 Schulzuschüsse für Kinder illegaler Einwanderer, Verletzung des - durch Verweigerung staatlicher (USA) 452 ff.  
 besonderer strafrechtlicher Ehrenschutz für Amtsträger mit - vereinbar (I) 347  
 Transsexuellengesetz, eingeschränkte Gestaltungsfreiheit des Gesetzgebers bei Einführung einer Altersgrenze (D) 468 f.  
 Wahlrecht, - im (D) 469 ff.  
 Willkürverbot, Überprüfung des kantonalen Gesetzesrechts durch Bundesgericht (CH) 270 f.  
 Willkürverbot im Kostenrecht (D) 515
- Gleichheitssatz im Abgabenrecht**  
 alleinerziehende Eltern, steuerliche Benachteiligung (D) 458 ff.  
 Unterhaltsleistungen, keine Bevorzugung Geschiedener bei steuerlicher Absetzbarkeit (A) 271 ff.
- Gleichheitssatz im Sozialrecht**  
 Beitragsregelung der Krankenversicherung im Fall von Schlechtwettergeldzahlungen (D) 477  
 Berufsunfähigkeitsrente, Unterscheidung nach Versichertengruppen bei Festsetzung (D) 193 ff.  
 Bundesvertriebenengesetz, kein Verstoß gegen - durch neuere Rechtsprechung (D) 476 f.  
 Jugendwohlfahrtsrecht, finanzielle Hilfen (D) 478  
 Rentenberechnung im Sozialversicherungsrecht (D) 478 f.
- Sterbegeldregelung, Differenzierung zwischen versicherungspflichtig und nicht versicherungspflichtig beschäftigtem Rentner (D) 477 f.  
 Versorgungsrechtlicher Härteausgleich, Verstoß gegen - durch gesetzlichen Ausschluß (D) 477
- Goddi-Fall (EKMR)** 207
- Großbritannien**  
 s. Vereinigtes Königreich
- Grundrechte**  
 s. Österreich, Aufsatzserie „Die Praxis der Grundrechte in Österreich“  
 s. a. ungeschriebene Grundrechte, Gesetzesregister S. XVI (Schweiz)
- Grundrechtstheorie**  
 Überlegungen zur - 45 ff.  
 Grundrechtsinterpretation und - 221 ff.
- Grundwassernutzung**  
 s. Eigentumsrecht
- Guincho-Fall (EKMR)** 144, 368
- Härde-Fall (EKMR)** 447 ff.
- Haft**  
 s. a. „erniedrigende Strafe oder Behandlung“  
 s. a. Strafvollzug  
 s. a. Untersuchungshaft  
 Isolierhaft (EKMR) 265 ff., 538 f.
- Hamer-Fall (EKMR)** 531 f.
- Hauptverhandlung**  
 s. rechtsstaatliches Verfahren
- Hendriks-Fall (EKMR/EGMR)** 208, 368
- Hertzberg u. a. -Fall (UN-AMR)** 342 ff.
- Hess-Fall (EKMR)** 15 f.
- Hochschulzulassungsrecht**  
 s. Berufswahlfreiheit
- Individualbeschwerde**  
 s. Menschenrechtsbeschwerde
- Informationsfreiheit**  
 s. Meinungsfreiheit
- Inkompatibilität**  
 s. Wahlen
- Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte - IPBPR -**  
 s. a. Ausschluß für Menschenrechte  
 Berufung auf Vorliegen eines Belagerungszustandes, keine Befugnis zur Entziehung seiner Verpflichtungen durch (UN-AMR) 339 f.  
 Unzulässigkeit einer Beschwerde wegen Befassung der EKMR mit derselben Sache 529 f.
- Irland**  
 Verfahren gegen - vor EGMR 59 f.  
 Verfahren gegen - vor EKMR 537
- Isolierhaft**  
 s. Haft
- Italien**  
 Verfahren gegen - vor EKMR 143 f., 207, 268, 305 ff., 313, 368, 535 f., 538, 540 f., 543, 546, 549, 551
- Italien, Verfassungsgerichtshof, Rom, Rechtsprechungsbericht 1980**  
 - Nr. 5 - Strafrahmen im Militärstrafrecht / Gestaltungsfreiheit des Gesetzgebers 346

- Nr. 6 - Straßenverkehrsrechtliche Vorschrift ohne Strafraumen / Gestaltungsfreiheit des Gesetzgebers 346 f.  
- Nr. 7 - Vollzug von Freiheitsstrafen / Gestaltungsfreiheit des Gesetzgebers 347  
- Nr. 8 - Besonderer strafrechtlicher Ehrenschatz für Amtsträger 347
- 1981**  
- Nr. 1 - Fehlendes Zeugnisverweigerungsrecht für Journalisten verfassungsgemäß 504  
- Nr. 2 - Ausschluß der Öffentlichkeit bei Verhandlungen der Jugendgerichte verfassungsgemäß 504  
- Nr. 3 - Verbot der Presseberichterstattung über Vorgänge im Zusammenhang mit nichtöffentlichen Verfahren verfassungsgemäß 504 f.  
- Nr. 4 - Wegfall der zweiten Tatsacheninstanz bei „inflagranti-Verfahren“ verfassungsgemäß 505  
- Nr. 5 - Art. 603 StGB („plagio“) verfassungsgemäß 505 f.  
- Nr. 6 - Disziplinarrecht der Richter verfassungsgemäß 506 f.
- Jespers-Fall (EKMR)** 144
- de Jong, Buljet und van den Brinck-Fall (EKMR)** 488
- Kanada**  
Verfahren gegen - vor UN-AMR 13 ff., 528 f.
- Kaplan-Fall (EKMR)** 532 ff.
- Kernkraftwerk**  
s. Rechtsschutzgarantie im atomrechtlichen Genehmigungsverfahren
- Kinder**  
s. a. Ehe und Familie  
s. a. Schule  
s. a. Untersuchungshaft  
Verkehrsrecht des geschiedenen Vaters mit seinem Kind (EKMR) 310  
Trennung eines Kleinkindes von seiner Familie (D) 464 ff.
- Kirche(n)**  
s. a. Glaubens- und Gewissensfreiheit  
Abberufungsverfahren für Pfarrer (CH) 317 ff.  
Kritik, kein Schutz der - vor (EKMR) 313  
Rechtsweg für Statusklage eines Pfarrers, Ausschluß des staatlichen (EKMR) 60 f.  
Umzüge (Prozessionen) auf öffentlichem Grund, verfassungswidriges Verbot kirchlicher (CH) 350 f.
- Koalitionsfreiheit**  
s. a. Arbeitsrecht  
mangelnde Tariffähigkeit wegen fehlender Verbandsmacht kein Verstoß gegen - (D) 188 ff.
- Körperliche Züchtigung**  
s. Elternrecht
- Kofler-Fall (EKMR)** 549 f.
- Kolumbien**  
Verfahren gegen - vor UN-AMR 339 ff.
- Kommunikationsfreiheit**  
s. Meinungsfreiheit
- Kröcher und Möller-Fall (EKMR)** 538
- Kulturfreiheit**  
s. Kirche  
s. a. Glaubens- und Gewissensfreiheit
- Ladenschlußzeiten**  
s. Berufsausübungsregelung
- Leben, Recht auf**  
Abtreibungsrecht (EKMR) 265  
Kolumbianisches Gesetzesdekret zur Verbrechensbekämpfung verletzt - (UN-AMR) 340 ff.  
- nach österreichischem Recht 235  
keine Verletzung des - durch Veröffentlichung des Namens eines gefährdeten Zeugen (EKMR) 265  
keine Verletzung des - bei Genehmigung einer Asbestanlage (EKMR) 537  
Schutz des - durch Art. 2 EMRK (EKMR) 265, 537
- Legal self-restraint**  
des Bundestages 152 f.
- Liechtenstein**  
- ratifiziert EMRK 367
- Lockheed-Fall (EKMR)** 304 f.
- Luberti-Fall (EKMR/EGMR)** 368, 540 f., 564
- Massenprozeß**  
s. rechtsstaatliches Verfahren
- Meinungsfreiheit**  
s. a. Abgeordnete  
s. a. Pressefreiheit  
s. a. Rundfunkfreiheit  
s. a. Vereinigungsfreiheit  
Berichterstattung über Homosexualität in Finnland (UN-AMR) 342 ff.  
Kommunikationsfreiheit in Österreich 413 ff.  
Richterliche Unabhängigkeit erfordert Zurückhaltung beim Gebrauch der Meinungsäußerungsfreiheit (CH) 427 ff.  
Versammlungsrechtliches Uniformverbot, kein Verstoß gegen - durch (D) 479  
Wahlkampf, - im (D) 472 ff.
- Menschenrechte, allgemein**  
Schutz und Ausbau der - - eine Herausforderung unserer Zeit 209 f.  
- in der Staatengemeinschaft 215 f.
- Menschenrechtsbeschwerde**  
s. a. EGMR, Einzelfälle  
s. a. EKMR, Einzelfälle  
s. a. EKMR, Rechtsprechungsbericht  
s. a. Europäische Menschenrechtskonvention  
s. a. UN-AMR, Einzelfälle  
Individualbeschwerderecht gem. Art. 25 EMRK (EKMR) 314  
Liechtenstein gewährt Individualbeschwerderecht gem. Art. 25 EMRK 367  
Unzulässigkeit einer - wegen Befassung der EKMR mit derselben Sache (UN-AMR) 529 ff.
- Minderheitenschutz**  
Österreichische Verfassung enthält Wertentscheidung zugunsten des - (A) 22 ff.
- Minelli-Fall (EGMR)** 563
- van der Musselle-Fall (EKMR/EGMR)** 208, 368, 539, 563
- Musterklagen**  
s. rechtsstaatliches Verfahren
- ne bis in idem**  
s. rechtsstaatliches Verfahren
- Nichtehelichenrecht**  
s. Ehe und Familie  
s. Kinder
- Niederlande**  
Verfahren gegen - vor EGMR 108 f.  
Verfahren gegen - vor EKMR 143, 207 f., 264, 268, 306 f., 311, 314, 368, 488, 537 f., 545
- Norm**  
Bestimmtheitsgebot bei Umschreibung des Begriffs des leitenden Angestellten (D) 191 ff.  
Begriff „Versandhandel“ hinreichend bestimmt (D) 485  
Bestimmtheitsanforderungen an Ermächtigungsnormen im schulischen Bereich (D) 196 ff.  
Bestimmtheitsgebot beim Tatbestand der „plagio“ verletzt (I) 505 f.  
Grundsatz „nulla poena sine lege“ nicht auf Disziplinarrecht anwendbar (I) 506 f.
- Normenkontrolle**  
Abstrakte -, Abschaffung 151 f.  
Präventive -, Unvertretbarkeit 148 f.  
- in Österreich 242 ff.
- Normenkontrollverfahren**  
Unzulässigkeit eines konkreten - (D) 205  
Einzelfälle (BVerfG): 66 ff., 76 ff., 120 ff., 131 ff., 135, 191 ff., 193 ff., 369 ff., 349 ff., 429 ff., 469 ff., 477 ff., 515 f., 552 ff., 554 ff., 559 f.
- Normenüberprüfung**  
Zum gegenwärtigen Betroffensein als Zulässigkeitsvoraussetzung einer Verfassungsbeschwerde unmittelbar gegen ein Gesetz (D) 512 ff.
- nulla poena sine lege**  
s. Norm
- nullum crimen sine lege**  
s. Norm
- Numerus-clausus**  
s. Berufswahlfreiheit
- Obiter dicta** 150 f.
- Öffentlichkeit**  
s. rechtsstaatliches Verfahren
- Österreich**  
**Aufsatzserie** „Die Praxis der Grundrechte in -“, die ersten zehn Beiträge:  
Schutz und Ausbau der Menschenrechte - eine Herausforderung unserer Zeit 209 f.  
Internationale Einflüsse auf die -ische Grundrechtsordnung 210 ff.  
Die Grundrechte in - 216 ff.  
Das Recht auf ein Verfahren vor dem gesetzlichen Richter in - 246 ff.  
Die Freiheit der Wissenschaft in - 289 ff.  
Das grundrechtliche Verbot der Auslieferung österreichischer Staatsbürger 329 ff.  
Die Freizügigkeit der Person und des Vermögens und das Auswanderungsrecht in - 385 ff.  
Die Kommunikationsfreiheit in - 413 ff.  
Die Glaubens- und Gewissensfreiheit und die Rechtsstellung der gesetzlich anerkannten Kirchen und Religionsgesellschaften in - 441 ff.  
Das Verfahren vor den Organen der EMRK / Ein Überblick, unter besonderer Berücksichtigung der Stellung - als Konventionsstaat 489 ff., 517 ff.
- Österreich**  
Verfahren gegen - vor EKMR 144, 206 ff., 264, 268, 306, 308 ff., 315, 368, 487, 539 ff., 544 f., 547, 551 f.

- Österreich, Verfassungsgerichtshof (VfGH), Wien, Einzelfälle:**  
 Österreichische Verfassung enthält Wertentscheidung zugunsten des Minderheitenschutzes 22 ff.  
 Bevorzugung Geschiedener bei der steuerlichen Absetzbarkeit von Unterhaltsleistungen verletzt Gleichheitssatz 271 ff.  
 Einwöchige Frist zur Ergebnis-Anfechtung von Volksbegehren verfassungswidrig 274 ff.  
 Voraussetzung für Untersagung beabsichtigter Vereinsgründung 354 ff.  
 Beschlagnahme von Dokumenten ohne präzise Beschlagnahmeanordnung im Rahmen eines Finanzstrafverfahrens verletzt das Eigentumsrecht 507 f.
- Österreich, Oberster Gerichtshof (OGH), Wien, Einzelfälle:**  
 Soziale Schranken des Eigentumsrechts bei Grundstücksteilung 64 ff.  
 Bedeutung des Art. 6 Abs. 1 EMRK für das Außerstreitverfahren in Österreich 113 ff.  
 Ordnungsstrafgewalt österreichischer Gerichte fällt nicht unter Art. 6 EMRK 159 f.
- Öztürk-Fall (EKMR/EGMR) 143, 488, 564**
- Organklage**  
 s. Bundesrepublik Deutschland, Bundesverfassungsgericht, -
- Pakelli-Fall (EKMR/EGMR)**  
 39 f., 144, 563
- Parlament**  
 Finanzierung der Tätigkeit -arischer Fraktionen (D) 561 f.  
 Hauptaufgabe des -, 146 f.
- Parteien**  
 s. a. Wahlen  
 - privilegiert und Meinungsäußerungsfreiheit (D) 474 f.  
 Organstreit wegen Zusammensetzung eines Rundfunkrates unzulässig (D) 481
- Personalratswahlen**  
 s. Wahlen
- Personenstandsrecht**  
 Altersgrenze im Transsexuellengesetz (D) 467 ff.  
 Transsexuelle (EKMR) 314
- Persönliche Freiheit**  
 s. a. Disziplinarmaßnahmen  
 s. a. Freizügigkeit  
 s. a. Geisteskranke  
 s. a. Strafvollzug  
 s. a. Untersuchungshaft  
 kurzfristiger Freiheitsentzug bei Verhör von Kindern, kein Verstoß gegen - (EKMR) 540  
 kurzfristiger Polizeigewahrsam von Teilnehmern an unbewilligten, mit Ausschreitungen verbundenen Demonstrationen (CH) 61 ff.  
 Schutz der - (EKMR) 267 ff., 540 f.
- Pflichtverteidiger**  
 s. Verteidigung
- Piersack-Fall (EKMR)** 309
- Pinkney-Fall (UN-AMR)** 13 ff.
- Political self-restraint**  
 Der Grundsatz des „-“, untersucht am Beispiel der Bundesrepublik Deutschland 145 ff.
- Polizeigewahrsam**  
 - und erkennungsdienstliche Behandlung von Demonstranten (CH) 61 ff.
- kurzfristiger Freiheitsentzug bei Verhör von Kindern (EKMR) 540
- Portugal**  
 Verfahren gegen - vor EKMR 144, 368, 547 f.
- Post**  
 s. Privatsphäre  
 s. Strafvollzug
- Pressefreiheit**  
 Berichterstattung über Vorgänge aus nichtöffentlichen Verfahren (I) 504 f.  
 Beschlagnahme von Pressephotos im Strafverfahren (CH) 29 ff.  
 Verbot, Kreditvermittler als „Kredithaie“ zu bezeichnen, verfassungswidrig (D) 280 ff.  
 Zeugnisverweigerungsrecht für Journalisten (D/I) 202 f., 504
- Preto-Fall (EKMR/EGMR)** 143 f., 563
- Privatsphäre**  
 s. a. Ehe und Familie  
 Schutz durch Art. 8 EKMR (EKMR) 310 ff.  
 Schutz vor Ausweisung durch Art. 8 EMRK (EKMR) 265  
 Briefverkehr, Freiheit nach Art. 8 Abs. 1 EMRK (EKMR) 266, 311  
 Entfernung des Gefängnisortes vom Wohnort, keine Verletzung des Art. 8 EMRK (EKMR) 266 f.  
 Transsexuelle, Eintragung ins Geburtenbuch (EKMR) 314  
 Veröffentlichung des Namens eines Zeugen, dem dadurch Gefahr droht, möglicherweise konventionswidrig (EKMR) 265
- Prügelstrafe**  
 s. a. Elternrecht  
 Einstellung des Verfahrens wegen Wegfall des Interesses (EKMR) 538
- Rasmussen-Fall (EKMR)** 487
- Rassendiskriminierung**  
 s. Gleichheitssatz
- Rechtliches Gehör**  
 s. a. Geisteskranke  
 s. a. Rechtsschutzgarantie  
 s. a. Verteidigung  
 Akteneinsicht, Recht auf (CH) 391 f.  
 Auflösungsklage, gerichtliche Informationspflicht über gesellschaftsrechtliche (D) 482  
 Außerstreitverfahren in Österreich, - im (A) 113 ff.  
 Beschwerdeverfahren, analoge Anwendung zivilprozessualer Präklusionsvorschriften des Urteilsverfahrens auf das (D) 482 f.  
 Beweisantrag, Verletzung des - bei fehlender Kenntnisnahme eines erstinstanzlich gestellten (D) 510 ff.  
 Beweiserhebung, Verletzung des - bei unterlassener (D) 483 f.  
 Frist für Beschwerdeerwidmung (D) 484  
 fristgebundene Schriftsätze, Zugang bei Gericht (D) 484 f., 560  
 Parteivortrag, übergangener (D) 138  
 Präklusionsvorschriften, Anwendung zivilrechtlicher (D) 561  
 Rechtsmittel bei Verletzung des - verfassungsrechtlich geboten, Zulassung eines (D) 482  
 schriftliches Verfahren, § 513 Abs. 2 ZPO entsprechend anwendbar (D) 282 ff.  
 Strafverfahren, Verletzung - im (D) 204  
 Urteil, fehlerhafte Entscheidungsgrundlage eines (D) 137 f.  
 Verweisungsbeschluss, - bei (D) 484
- Wiedereinsetzung in den vorigen Stand, - bei (D) 483  
 Zivilverfahren, - im (EKMR) 548 f.  
 Zivilprozessuale Berufungsbegründung (D) 138
- Rechtsanwalt**  
 s. a. Berufsausübungsregelung  
 s. a. Gemeinde  
 s. a. Verteidigung  
 Berufsbezeichnung „Fachanwalt für Verwaltungsrecht“ (D) 136  
 Berufsbezeichnung „Fachanwalt für Steuerrecht“, dreijährige Sperrfrist für (D) 136  
 - schaftliches Ständerecht und Publikationsfreiheit (D) 36 ff.
- Rechtsmittel**  
 Ausgestaltung der - in nationaler Zuständigkeit (EKMR) 304
- Rechtsmittelinstanz**  
 s. Berufung
- Rechtsschutz**  
 s. a. Rechtsschutzgarantie  
 -bedürfnis (D) 408 f.  
 vorläufiger - im Verwaltungsgerichtsverfahren 480 f.  
 effektiver - der EMRK 527 f.
- Rechtsschutzgarantie**  
 s. a. Berufung  
 s. a. Rechtsweg  
 Verpflichtung der Vertragsstaaten, unmittelbaren Zugang zum UN-AMR zu gewährleisten (UN-AMR) 11 ff.  
 Relation zwischen Grundrechtsverständnis und Rechtsschutzsystem in Österreich 238 ff.  
 - im atomrechtlichen Genehmigungsverfahren (D)  
 - - Gemeinde Sasbach 321 ff.  
 - - privater Einwander 434 f.  
 - - eines Anliegers 435 ff.  
 - im verwaltungsgerichtlichen Asylverfahren (D) 394 ff.  
 Zugang zum Gericht (EKMR) 307 f.  
 - des Art. 19 Abs. 4 GG auf die durch die Verfassung gebundene deutsche öffentliche Gewalt beschränkt (D) 172 ff.
- Rechtsstaatliches Bestimmtheitsgebot**  
 s. Norm
- Rechtsstaatliches Verfahren**  
 s. a. Berufung  
 s. a. Gericht, unabhängiges und unparteiliches  
 s. a. rechtliches Gehör  
 s. a. Strafverfahren  
 s. a. Volksbegehren  
 Abwesenheit des Angeklagten, Verhandlung in . 450  
 Hauptverhandlung, Sitzordnung 450  
 nichtöffentliches Verfahren, Presseberichterstattung über Vorgänge aus (I) 504 f.  
 Öffentlichkeit bei Verhandlungen der Jugendgerichte, Ausschluß der (I) 504  
 Öffentlichkeit im Verfahren gegen Minderjährige, Ausschluß der (CH) 109 ff.  
 Ordnungsstrafgewalt österreichischer Gerichte fällt nicht unter Art. 6 EMRK (A) 159 f.  
 Protokoll der erstinstanzlichen Verhandlung, verspätetes (UN-AMR) 13 ff.  
 Rechtsmittelinstanz, persönliches Erscheinen vor der (CH) 111 f.  
 Urteilsbegründung, fehlende (EKMR) 542  
 Verfahrensgarantien der EMRK 236

- Verurteilung, Anspruch auf Nachprüfung durch ein höheres Gericht zu Zeiten des Belagerungszustandes (UN-AMR) 339
- Vorabentscheidung über Musterklagen im verwaltungsgerichtlichen Massenprozeß (EKMR) 158 f., 542
- Rechtsweg**  
s. a. Rechtsschutzgarantie  
s. a. Verfassungsbeschwerde  
Erschöpfung des -, Art. 26 EMRK (EKMR, EGMR) 143, 287, 314 f., 536 f.  
Ausschluß des staatlichen Rechtsweges für Statusklage eines Pfarrers (EKMR) 60 f.  
- bei Privatklagen (EKMR) 304
- Religionsfreiheit**  
s. Glaubens- und Gewissensfreiheit  
s. Kirchen
- Religionsgesellschaften**  
s. Kirchen
- Rentenrecht**  
s. Gleichheitssatz im Sozialrecht
- Richter**  
s. a. Gericht  
s. a. Meinungsfreiheit  
s. a. Disziplinar(maßnahmen)  
gesetzlicher -, Bedeutung 235  
Recht auf ein Verfahren vor dem gesetzlichen - in Österreich 246 ff.  
Ablehnung eines - (CH) 269 ff.  
Begriff des - (CH) 393
- Rubinat-Fall (EKMR)** 368
- Rundfunkfreiheit**  
s. a. Meinungsfreiheit  
s. a. Parteien  
Bedeutung der - für die arbeitsrechtliche Beurteilung des Status „freier Mitarbeiter“ (D) 181 ff.
- Salgar de Montejo-Fall (UN-AMR)** 339 f.
- Santschi u. a. -Fall (EGMR)** 208
- Scheidungsfolgenrecht**  
s. Ehe und Familie
- Schertenleib-Fall (EKMR)** 534 f.
- Schule**  
Einschränkung des Elternrechts durch bremisches Schulverwaltungsgesetz (D) 66 ff.  
Gesetzesvorbehalt für schulrechtliche Regelungen über Nichtversetzung und leistungsbedingte Schulentlassung (D) 195 ff.  
Rassendiskriminierung durch Schulkleidung, keine (GB) 352 f.  
Zugang zu öffentlichen Schulen, verfassungsmäßiges Recht von Kindern illegaler Einwanderer (USA) 452 ff.  
Zulassungskriterien zur Mittelschule, nach Geschlechtern differenzierte (CH) 348 ff.
- Schulische Disziplinarmaßnahme**  
s. Elternrecht
- Schweden**  
Gemeinsames Sorgerecht in - nach Scheidung 258  
Verfahren gegen - vor EKMR 265, 307, 313, 487 f.
- Schweizerisches Bundesgericht (BGer), Lausanne, Einzelfälle:**  
Beschlagnahme von Pressephotos als Beweismittel in einem Strafverfahren / Entsiegelung 29 ff.  
Briefgeheimnis von Untersuchungsgefangenen 32 f.  
Polizeiliche Festnahme und erkennungsdienstliche Behandlung von Demonstranten 61 ff.
- Ausnahmen vom Grundsatz der Öffentlichkeit der Hauptverhandlung im Strafverfahren 109 ff.  
Persönliches Erscheinen vor der Rechtsmittelinstanz 111 f.  
Übermäßige Dauer einer Untersuchungshaft 112 f.  
Ablehnung eines Richters 269 ff.  
Sprachenfreiheit, Gebrauch der romanischen Sprache in amtlichen Eingaben 317 ff.  
Abberufungsverfahren für Pfarrer 319 ff.  
Zulassung zur Mittelschule im Kanton Waadt / Gleichheit der Geschlechter im Unterrichtswesen 348 ff.  
Kirchlicher Umzug (Prozession) auf öffentlichem Grund 350 f.  
Akteneinsicht im Verwaltungsverfahren 391 f.  
Verordnung über fürsorgliche Freiheitsentziehung kein Verstoß gegen EMRK 392 f.  
Beamtendisziplinarrecht / Meinungsäußerungsfreiheit von Bezirksrichtern 427 ff.
- Schweiz**  
Verfahren gegen - vor EGMR 208  
Verfahren gegen - vor EKMR 265, 267 ff., 304, 306 ff., 488, 534 f., 538, 542, 546, 549, 552
- Sentic-Fall (UN-AMR)** 11 f.
- Berthe Sequaris-Fall (EKMR)** 488
- Silveira-Fall (EKMR)** 368
- Silver-Fall (EKMR)** 563
- Singh-Uppal-Fall (EKMR)** 536
- Sokoogström-Fall (EKMR)** 487
- Sorgerecht**  
s. Ehe und Familie
- soziale Grundrechte**  
s. Grundrechte
- Sozialstaatsprinzip**  
Begriff der Berufskrankheit in der Unfallversicherung (D) 135  
Bedeutung des - für Auslegung von Grundrechten (D) 184
- Sprachenfreiheit**  
Gebrauch der romanischen Sprache in amtlichen Eingaben (CH) 317 ff.
- Sramek-Fall (EKMR)** 206 f.
- Staatsangehörigkeitsrecht**  
s. Freizügigkeit
- Staatenbeschwerde**  
Dänemark, Frankreich, Norwegen, Niederlande und Schweden gegen Türkei (EKMR) 287
- Staatshaftung**  
-gesetzlich (D) 369 ff.  
Erfordernis der Gegenseitigkeit bei - gegenüber Ausländern (D) 508 ff.
- Staatsrechtliche Beschwerde**  
Legitimation einer - (CH) 269, 319
- Standesrecht**  
s. Rechtsanwalt
- Startbahn-West-Fall (D)** 160 ff.
- Steuerberatende Berufe**  
s. Berufsausübungsregelung
- Steuerrecht**  
s. Gleichheitssatz im Abgabenrecht
- Steuerrecht, Fachanwalt für**  
s. Rechtsanwalt
- Strafverfahren**  
s. a. Leben, Recht auf  
s. a. rechtliches Gehör  
s. a. rechtsstaatliches Verfahren  
Beschlagnahme von Pressephotos als Beweismittel in einem - / Entsiegelung (CH) 29 ff.  
Keine Verletzung der Unschuldsvermutung bei Einstellung des - (EGMR) 297 ff.  
Rechte des Angeklagten im - (EKMR) 310  
Finanzstrafverfahren, Beschlagnahme von Dokumenten ohne präzise Beschlagnahmeanordnung (A) 507 f.  
Verfahrensdauer (EKMR) 534 ff.
- Strafvollzug**  
s. a. Ehe und Familie  
s. a. Geisteskranke  
s. a. Haft  
Kontakte der Gefangenen untereinander (EKMR) 313  
Rechtswegerschöpfung bei Beschwerden im - (EKMR) 314 f.  
Zurückbehaltung eines Teiles des Verdienstes eines Gefangenen (EKMR) 315  
Zur Gestaltungsfreiheit des Gesetzgebers im - (I) 347  
obligatorische Überwachung nach Straferlaß (UN-AMR) 528 f.  
Sicherheitsverwahrung für Rückfalltäter (EKMR) 540
- Suárez de Guerrero-Fall (UN-AMR)** 340 ff.
- Sutter-Fall (EGMR)** 563
- Tariffähigkeit**  
eines Verbandes  
s. Arbeitsrecht
- Telefon**  
s. Privatsphäre
- Temeltasch-Fall (EKMR)** 488
- Transsexuellengesetz**  
s. Personenstandsrecht
- Türkei**  
Staatenbeschwerden gegen - vor EKMR 287
- UN-AMR**  
s. Ausschuß für Menschenrechte
- unmenschliche Behandlung**  
s. „erniedrigende Strafe oder Behandlung“
- Unschuldsvermutung**  
keine Verletzung der - bei Einstellung des Strafverfahrens im Fall Adolf (EGMR) 297 ff.  
im Privatklageverfahren (EKMR) 310, 551  
keine Verletzung der - bei strafscharfender Berücksichtigung strafbaren Verhaltens in der Verhandlung (EKMR) 448 f.
- Untersuchungshaft**  
s. a. Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK)  
s. a. Ausweisung  
Briefgeheimnis von Untersuchungsgefangenen (CH) 32 f.  
Dauer der - (CH), (EKMR) 112 f., 535 f., 541  
Fluchtgefahr trotz Kautions, Entlassung aus -, Fall Schertenleib (EKMR) 534 f.  
Anrechnung der - auf Strafe, Fall Luberti (EKMR) 540 f.  
Schadensersatz für ungerecht erlittene - (EKMR) 541  
- und Auslieferung (EKMR) 268

- Unterhaltsleistung**  
s. Ehe und Familie
- Uruguay**  
Verfahren gegen – vor UN-AMR  
11 f., 338 f.
- Ventura-Fall (EKMR)** 535 f.
- Vereinigtes Königreich**  
Verfahren gegen – vor EGMR 101 ff.  
Verfahren gegen – vor EKMR 15 f., 143,  
206, 264 ff., 306 f., 309 ff., 368, 488,  
531 ff., 536 ff., 540, 542, 544 ff.
- Vereinigtes Königreich, Court of Appeal, London, Einzelfälle:**  
Rassendiskriminierung und Schulkleidung  
352 f.  
Sondervotum Lordrichter Kerr 353  
Sondervotum Lordrichter Oliver 353
- Vereinigte Staaten von Amerika**  
Gemeinsames Sorgerecht nach Scheidung  
in den – 258 ff.
- Vereinigte Staaten von Amerika, US-Supreme Court, Washington, Einzelfälle:**  
Verfassungsmäßiges Recht von Kindern  
illegaler Einwanderer auf Zugang zu öffent-  
lichen Schulen 452 ff.  
Sondervotum der Richter Marshall,  
Blackmun und Powell 455  
Sondervotum von Chief Justice Burger  
sowie der Richter White, Rehnquist und  
O'Connor 455 f.
- Vereinigungsfreiheit**  
s. a. Koalitionsfreiheit  
Untersagung der Gründung eines Vereins  
mit meinungsbildenden Zielen (A) 354 ff.  
kein Recht auf positiven Schutz der  
Rechte aus Art. 11 EMRK durch Gefäng-  
nisverwaltung (EKMR) 548 f.
- Verfahrensdauer**  
s. a. Untersuchungshaft  
Angemessenheit der – bei einem 5jährigen  
Verfahren vor dem Verwaltungsgericht (D)  
75 f.  
Angemessenheit der – (EKMR)  
309, 545, 549 ff.
- Verfassungsbeschwerde**  
Einwöchige Frist zur Ergebnis-Anfech-  
tung von Volksbegehren (A) 274 ff.  
Gegenwärtiges Betroffensein als Zuläs-  
sigkeitsvoraussetzung einer Verfassungsbe-  
schwerde gegen ein Gesetz (D) 512 ff.  
– gegen Vorschriften über die Vergabe  
von Studienplätzen vor Erschöpfung des  
Rechtsweges nur ausnahmsweise zulässig  
(D) 81 ff.  
fehlende Rechtswegerschöpfung im Ver-  
fahren einer – (D) 562
- Verfassungsbeschwerde**  
Einzelfälle (BVerfG):  
33 ff., 66 ff., 76 ff., 79 f., 81 ff., 131 ff.,  
135 ff., 160 ff., 172 ff., 181 ff., 188 ff.,  
195 ff., 203 ff., 280 ff., 282 ff., 321 ff.,  
356 ff., 359 ff., 401 ff., 406 ff., 458 ff.,  
464 ff., 467 ff., 472 ff., 476 ff., 482 ff.,  
510 ff., 512 ff., 515, 560 f.  
Vorprüfungsausschuß (BVerfG), Einzel-  
fälle:  
75 f., 135 f., 202 f., 408 f., 434 f., 435 ff.,  
479 ff., 425, 508 ff., 562
- Verfassungsgerichtsbarkeit**  
Auswirkungen der – auf die parlamentari-  
sche öffentliche Debatte 145 f.
- Verhältnismäßigkeitsgrundsatz**  
Trennung eines Kleinkindes von seiner  
Familie nur bei Wahrung des – (D) 464 ff.  
Schutzhelmpflicht (D) 476
- Versammlungsfreiheit**  
kein Recht auf täglichen Kontakt eines  
Gefangenen mit seinen Mitgefangenen auf-  
grund von Art. 11 EMRK (EKMR) 313  
polizeiliche Festnahme und erkennungs-  
dienstliche Behandlung von Demonstranten  
(CH) 61 ff.
- Verstaatlichungsgesetz**  
erster Gesetzentwurf weitgehend verfas-  
sungswidrig (F) 16 ff.  
zweiter Gesetzentwurf verfassungsmäßig  
(F) 115 ff.
- Verteidigung**  
Anspruch auf Pflichtverteidiger in der Re-  
visionsverhandlung (EKMR) 39 f.  
Verfahrensgarantien des Art. 6 EMRK,  
Fall Härdle (EKMR) 447 ff., 449 ff.  
Pflichtverteidiger, verspätete Bestellung  
450  
Übernahme und Honorierung von Pflicht-  
verteidigung (EKMR) 539 f.
- Vertrauensschutz**  
– des Altwarters bei Neuregelung des Zu-  
lassungsrechts in Numerus-Clausus-Fächern  
(D) 82 ff.  
– bei Einziehung fehlerhafter Vertriebe-  
nenausweise (D) 476 f.
- Vidal Martins-Fall (UN-AMR)** 338 f.
- Völkerrecht**  
Beschränkung der Prüfungskompetenz  
des Bundesverfassungsgerichts auf deutsche  
Verletzungen des – (D) 172 ff.
- Volksbegehren**  
Flughafen Frankfurt, – Startbahn West  
(D) 160 ff.  
Einwöchige Frist zur Ergebnis-Anfech-  
tung von – verfassungswidrig (A) 274 ff.
- Vorabentscheidung**  
s. rechtsstaatliches Verfahren
- Wahlen**  
s. a. Meinungsfreiheit  
Verfassungsmäßigkeit der Briefwahl (D)  
33 ff.  
Unzulässigkeit mehrerer Wahlprüfungs-  
beschwerden anlässlich der Wahl zum Deut-  
schen Bundestag 1980 (D) 204  
Ausschluß des passiven Wahlrechts wegen  
politischer Verurteilung (EKMR) 316  
Sowohl Mehrheits- als auch Verhältnis-  
wahlsystem mit EMRK vereinbar (EKMR)  
316  
Ausschluß der Wählbarkeit eines leiten-  
den Kommunalbeamten in den Rat einer  
kreisangehörigen Gemeinde (D) 138 f.  
allgemeine Wahlgrundsätze auch für Per-  
sonalratswahlen anwendbar / Unterschrif-  
tenquoten für Wahlvorschläge (D) 469 ff.
- Wahlprüfungsverfahren (D)** 33 ff., 204
- Wasserhaushaltsgesetz**  
s. Eigentumsrecht
- Willkürverbot**  
s. Gleichheitssatz
- Winterwerp-Fall (EGMR)** 108 f.
- Wissenschaftsfreiheit**  
Die Freiheit der Wissenschaft in Öster-  
reich 289 ff.
- Zamir-Fall (EKMR)** 368
- Zensurverbot**  
s. Meinungsfreiheit
- Zeugnisverweigerungsrecht**  
journalistisches,  
s. Pressefreiheit
- Zimmermann-Fall (EKMR)** 144, 487, 545
- Zimmermann und Steiner-Fall**  
(EKMR/EGMR) 208, 549, 564
- Zivilprozeß**  
s. a. rechtliches Gehör  
s. a. rechtsstaatliches Verfahren  
s. a. Zwangsvollstreckung  
kein absolutes Recht auf persönliche An-  
wesenheit im – (EKMR) 306  
Bedeutung des Art. 6 Abs. 1 EMRK für  
das Außerstreitverfahren in Österreich (A)  
113 ff.
- „Zivilrechtliche Ansprüche und Verpflich-  
tungen“**  
Zur Frage der Entscheidungsbefugnis  
über – (EKMR) 206 f.  
Begriff i.S.d. Art. 6 Abs. 1 EMRK  
(EKMR) 305 ff., 545  
Kaplan-Fall (EKMR) 532 ff.
- Zulassungsbeschränkung**  
s. numerus-clausus
- Zulässigkeitsvoraussetzungen**  
s. Normüberprüfung
- Zwangsarbeit**  
s. a. Pflichtverteidigung  
Schutz der EMRK vor – (EKMR) 539 f.
- Zwangsvollstreckung**  
Erzwingungshaft zur Abgabe einer eides-  
stattlichen Versicherung (§ 901 ZPO) (D)  
552 ff.

## Gemeinsames Sorgerecht nach Scheidung?

### Verfassungsrechtliche Überlegungen und internationale Erfahrungen

von Michael Coester, Augsburg

I. Einleitung .....	256
1. Fragestellung.....	256
2. Verfassungsrechtliche Ausgangslage.....	256
II. Rechtsvergleichender Überblick .....	257
1. Schweden .....	258
2. USA .....	258
a) Rechtliche Situation .....	258
b) Schrifttum, Diskussionshintergründe.....	259
c) Fachwissenschaftliche Aussagen .....	259
d) Nebenprobleme .....	260
III. Das Konzept der gemeinsamen Sorge .....	260
IV. Verlagerung der Wächterfunktion allein auf den Richter?	262
1. Richterliche Kontrollfähigkeit.....	262
2. Naheliegende Fehltendenzen richterlicher Entscheidung .....	262
3. Der Schutz eines kindesorientierten elterlichen Verhandlungsprozesses .....	262
V. Funktionsverteilung zwischen Gesetzgeber und Richter.	263
VI. Ergebnis .....	264

## I. EINLEITUNG

### 1. Fragestellung

In den siebziger Jahren gewann in der deutschen Rechtsprechung und Literatur eine Auffassung mehr und mehr an Boden, wonach es bei der Sorgerechtsentscheidung nach Scheidung (§ 1671 BGB) geboten erscheinen könne, beiden Eltern gemeinsam das Sorgerecht (damals: die elterliche Gewalt) zu belassen.<sup>1</sup> Da zweifelhaft war, ob § 1671 Abs. 4 a. F. eine derartige Entscheidung zuließ, beschloß das LG Bremen am 16. 12. 1976, diese Frage dem BVerfG vorzulegen.<sup>2</sup> Wegen Erledigung des Ausgangsverfahrens kam es jedoch nicht zu einer verfassungsgerichtlichen Stellungnahme. Stattdessen nahm der Gesetzgeber die Gelegenheit wahr, anläßlich der (am 1. 1. 1980 in Kraft getretenen) Sorgerechtsreform ein klärendes Wort zu sprechen: „Die elterliche Sorge ist einem Elternteil allein zu übertragen“ (§ 1671 Abs. 4 S. 1 n. F. BGB). Es sollte sich jedoch nicht um das letzte Wort handeln, denn einige Gerichte hatten verfassungsrechtliche Bedenken gegen diesen strikten Ausschluß gemeinsamen Sorgerechts nach der Scheidung. Das Berliner KG, ungebunden an die Vorlagepflicht nach Art. 100 Abs. 1 GG, hielt § 1671 Abs. 4 S. 1 BGB für verfassungswidrig und entschied für gemeinsames Sorgerecht.<sup>3</sup> In der Bundesrepublik kam es zu vier Vorlagebeschlüssen<sup>4</sup>, über die das BVerfG

nunmehr am 8. 6. 1982 mündlich verhandelt hat, unter Hinzuziehung von Sachverständigen, eines Vertreters des Deutschen Kinderschutzbundes und des Vorsitzenden der Familienrechtskommission des Deutschen Richterbundes.<sup>5</sup>

Es ist nicht das Ziel dieses Beitrags, den zur Genüge ausgetauschten literarischen Stellungnahmen eine weitere subjektive Sicht des Problems hinzuzufügen. Allerdings scheint es, daß in der bisherigen Diskussion einige wichtige Aspekte nicht oder nicht hinreichend Beachtung gefunden haben. Nur um diese Aspekte geht es im folgenden: (1) Bericht und Verarbeitung von Erfahrungen aus dem internationalen Bereich; (2) Überlegungen zur Funktionsverteilung zwischen Gesetzgeber und Richter bei der Ausübung des staatlichen Wächteramtes nach Art. 6 Abs. 2 S. 2 GG. Im übrigen wird der erreichte Diskussionsstand vorausgesetzt.<sup>6</sup>

### 2. Verfassungsrechtliche Ausgangslage

Die vorliegenden Gerichte gehen, im wesentlichen übereinstimmend, von einer zutreffenden Beurteilung der verfassungsrechtlichen Fragestellung aus: Das Verhältnis zwischen Staat und Familie ist im Recht der Bundesrepublik vom Vorrang des Privatbereichs geprägt, Art. 6 Abs. 2 S. 1 GG. Nur

Dr. Michael Coester LL.M (Univ. of Mich.), Professor an der Juristischen Fakultät der Universität Augsburg.

<sup>1</sup> Vgl. die Nachweise in KG 4. 1. 1979, FamRZ 1979, 539; 31. 1. 1979, FamRZ 1979, 340 und AG Königstein/T. 12. 8. 1980, FamRZ 1980, 483.

<sup>2</sup> FamRZ 1977, 402.

<sup>3</sup> 28. 5. 1980, NJW 1980, 2419.

<sup>4</sup> AG Königstein/T. 12. 2. 1980, FamRZ 1980, 482; AG Bielefeld 10. 6. 1980 - 34 F 6/80 -; AG Bergisch Gladbach 15. 8. 1980, FamRZ 1980, 1156; AG Waiblingen 7. 5. 1981 - 11 F 129/81 - . Allein das AG Groß-Gerau 26. 3. 1981, NJW 1981, 1279 meinte, auch § 1671 Abs. 4 S. 1 n. F. „verfassungskonform“ zugunsten gemeinsamen Sorgerechts auslegen zu können.

<sup>5</sup> Vgl. „Beweisbeschuß“ vom 30. 3. 1982. Sachverständige waren Prof. Dr. Pechstein, Mainz (Kinderpsychiater) und Prof. Dr. Dr. Fthenakis, München (Kinderpsychologe).

<sup>6</sup> In seinen Grundgedanken baut dieser Beitrag auf der Habilitationsschrift des Verfassers „Das Kindeswohl als Rechtsbegriff. Die richterliche Entscheidung über die elterliche Sorge nach Zerfall der Familiengemeinschaft“ auf, die in der Reihe „Arbeiten zur Rechtsvergleichung“ (Hsg. Deutsche Gesellschaft für Rechtsvergleichung) des Metzner-Verlages, Frankfurt/M. erscheinen wird.

das Interesse und die Verantwortung auch der übergreifenden Gemeinschaft für die Kinder rechtfertigen staatliche Intervention (Art. 6 Abs. 2 S. 2 GG).<sup>7</sup> Die Familienautonomie basiert nicht nur auf dem Elternrecht, sondern entspricht im Prinzip auch den Interessen des Kindes<sup>8</sup> – Elternrecht und Recht des Kindes als eigenständiger Grundrechtsträger<sup>9</sup> kollidieren im Normalfall nicht, sondern sind beide auf Staatsfreiheit des familialen Regelungsprozesses gerichtet.

Für den Fall der Scheidung schreibt das positive Recht der Bundesrepublik diese Konzeption nur bruchstückhaft fort. Unmittelbare Aussagen des Grundgesetzes fehlen; § 1671 BGB unterstellt schlicht die staatliche Eingriffslegitimation. Im Ergebnis hat das BVerfG diesen Ansatz bestätigt, sofern sich die Eltern um das Sorgerecht streiten: Hier ist der Staat stets als Wächter berufen, es handelt sich um eine spezifisch ausgestaltete, von § 1666 BGB unabhängige Form des Kindesschutzes.<sup>10</sup> Das Kindeswohl ist dabei Eingriffslegitimation und Entscheidungsmaßstab zugleich.

Allerdings fällt mit dem Auseinanderbrechen der Familiengemeinschaft die Familienautonomie nicht von selbst dahin. Zunächst, so meint das BVerfG, erbe sie sich „aus der fortbestehenden Verantwortung gegenüber dem Kinde die Pflicht der geschiedenen Eltern, die regelmäßig mit der Scheidung für die Entwicklung des Kindes verbundene Schädigung nach Möglichkeit zu mildern und eine vernünftige, den Interessen des Kindes entsprechende Lösung für seine Pflege und Erziehung sowie seine weiteren persönlichen Beziehungen zu den nunmehr getrennten Eltern zu finden“.<sup>11</sup> Dem somit als grundsätzlich fortbestehend anerkannten Regelungsprimat der Eltern trägt § 1671 Abs. 3 BGB Rechnung: Den Eltern wird eine „kontrollierte Dispositionsbefugnis“ eingeräumt.<sup>12</sup> Im Prinzip dürfte auch diese Regelung die Zustimmung des BVerfG finden; sie beschreibt den angemessenen Mittelweg zwischen extremer Staatsfeindlichkeit, die zur Absolutsetzung der elterlichen Plazierungsentscheidung führt,<sup>13</sup> und extremem Mißtrauen gegen die Eltern, das ihnen jegliche Bestimmungskompetenz absprechen will.<sup>14</sup>

Festzuhalten für die nunmehr aufgeworfene Frage der Verfassungsmäßigkeit des gemeinsamen Sorgerechts nach Scheidung ist demnach: Ausgangspunkt der Prüfung ist nicht, wie dies der Aufbau des § 1671 BGB suggerieren könnte, eine als umfassend vorgestellte Regelungsmacht des Staates, die allenfalls in begründeten Ausnahmefällen auf die Vorschläge der Beteiligten Rücksicht nimmt. Ausgangspunkt ist vielmehr die Erkenntnis, daß staatliche Regelung im Familienbereich auch bei Scheidung, insbesondere aber gegenüber elterlicher Sorgerechtsvereinbarung grundsätzlich der Legitimation aus dem staatlichen Wächteramt für das Kindeswohl bedarf.<sup>15</sup> Dabei unterliegt die Ausübung des Wächteramts dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit: Typisierungen und generelle Restriktionen sind erst dann zulässig, wenn maßgeschneiderte Rechtserkenntnis im Einzelfall nicht oder nur unter erheblichen Schwierigkeiten möglich ist.<sup>16</sup>

## II. RECHTSVERGLEICHENDER ÜBERBLICK

Wie bei vielen Bewegungen im modernen Familienrecht erweist sich auch der Trend zur gemeinsamen Sorge nach Scheidung als international.<sup>17</sup> Ohne Anspruch auf Vollständigkeit gibt es das gemeinsame Sorgerecht gegenwärtig in vielen Staaten der USA (hier ist seine Bedeutung am größten),<sup>18</sup> in Frankreich,<sup>19</sup> in Schweden<sup>20</sup> und in der UdSSR. Für die letztere Rechtsordnung gilt insoweit eine Besonderheit, als gemeinsame Sorge nach Scheidung kein eigenständiges Konzept ist; vielmehr setzt sich das elterliche Sorgerecht auch im Scheidungsfall automatisch fort, solange nicht ein Elternteil Antrag auf gerichtliche Entscheidung stellt.<sup>21</sup>

Ausdrücklich abgelehnt wurde das gemeinsame Sorgerecht in der Schweiz,<sup>22</sup> in Österreich<sup>23</sup> und in der DDR.<sup>24</sup> Allerdings ist auch in der DDR möglicherweise das letzte Wort noch nicht gesprochen – das Vorbild des „großen Bruders“ (UdSSR) hat bereits zu Relativierungen der eigenen, zunächst sehr strikten Position gegen das gemeinsame Sorgerecht in der Literatur geführt.<sup>25</sup> Im übrigen erscheint

<sup>7</sup> Aus der st. Rspr. des BVerfG vgl. Entscheidungen vom 20. 10. 1954, BVerfGE 4, 52, 56; 10. 3. 1958, BVerfGE 7, 320, 323; 29. 7. 1968, BVerfGE 24, 119, 135; 15. 6. 1971, BVerfGE 31, 194, 204 f.; vgl. Literaturnachweise und Darstellung bei *Schmitt Glaeser*, Das elterliche Erziehungsrecht in staatlicher Reglementierung (1980) S. 35 ff. Überhöhungen in das „Natürliche“, die sich auch in allen Vorlagebeschlüssen finden, wird hier nicht nachgegangen (dazu *Ossenbühl*, DÖV 1977, 806; *Habscheid*, Das elterliche Sorgerecht in Gefahr (1978) S. 7.

<sup>8</sup> BVerfGE 29. 7. 1968 aaO.

<sup>9</sup> Zuletzt BVerfGE 55, 171, Entscheidung vom 5. 11. 1980 = EuGRZ 1981, 49; 22. 10. 1981, NJW 1982, 983; vgl. das (Schweizerische) Bundesgericht 3. 9. 1981, EuGRZ 1981, 578.

<sup>10</sup> BVerfGE 15. 6. 1971 aaO. = FamRZ 1971, 421, 424; 5. 11. 1980, NJW 1981, 217; vgl. näher *Coester*, NJW 1981, 961 f.

<sup>11</sup> BVerfGE 15. 6. 1971 aaO.; 14. 7. 1981, EuGRZ 1981, 362, 367.

<sup>12</sup> *Gernhuber*, Lehrbuch des Familienrechts, 3. Aufl. 1980, S. 861 und die h.M.; so auch alle Vorlagebeschlüsse. Anders nur *Diederichsen*, NJW 1980, 8; *Palandt/Diederichsen*, BGB, 41. Aufl. 1982, § 1671 Anm. 4.

<sup>13</sup> So vor allem *Mnookin*, 39 L.&Cont. Prob. 257 ff. (1975); *ders.*, Harv. Ed. Rev. 613 ff. (1973) = FamRZ 1975, 1 ff.; *Mnookin/Kornhauser*, 88 Yale L.J. 994 ff. (1979); *Goldstein/Freud/Solnit*, Before the best interests of the child (1979) S. 31 ff.; *Goldstein* 86 Yale L.J. 645 (1977); *ders.*, 1 Int. J. L. & Psychology 119 ff. (1978).

<sup>14</sup> *Arnold*, Art und Umfang der elterlichen Rechte . . . (1975) S. 123 f.; *Becker*, ZBlJR 1971, 82; *ders.*, MDR 1970, 2 f.; *Briegleb*, ZBlJR 1971, 39; *Lempp*, NJW 1963, 1660; *ders.*, NJW 1972, 316 f.; *ders.*, ZBlJR 1974, 130 f.; *ders.*, Die Ehescheidung und das Kind (1976) S. 25.

<sup>15</sup> Neben den Vorlagebeschlüssen (oben Fn. 4) LG Wiesbaden 8. 9. 1976, FamRZ 1977, 60, 61; LG Bremen 16. 12. 1976; FamRZ 1977, 402, 403 f.; KG 28. 5. 1980, NJW 1980, 2419, 2420; *Fehmel*, FamRZ 1980, 759; *Diederichsen*, NJW 1980, 2420 f.

<sup>16</sup> BVerfGE 10. 3. 1958, BVerfGE 7, 320, 323; 29. 7. 1968; FamRZ 1968, 578, 584; 13. 11. 1979; EuGRZ 1980, 85; *Fehmel*, aaO., S. 760.

<sup>17</sup> Ein Schlüsselimpuls für rechtssoziologisches Nachfassen: Zum Familienrecht allgemein *Glendon*, The New Family and The New Property (1981).

<sup>18</sup> Dazu näher unten 2.

<sup>19</sup> Garde conjointe, begründet auf Art. 287 und 374 Abs. 2 C. c.; vgl. den Bericht von *Tootenhaupt-Puttfarcken* über das neue Unterhaltsrecht in Frankreich (im Auftrag des BJM), dort bei Fn. 152 ff., noch unveröffentlicht, demnächst im Mohr-Verlag, Tübingen.

<sup>20</sup> § 7 Abs. 2 S. 3 Elterngesetz (Föräldräbalk), (6. Kap., in *Bergmann/Ferid*, Internationales Ehe- und Kindschaftsrecht, Schweden (72. Lieferung 1981).

<sup>21</sup> Art. 14 Abs. 6, 18 Abs. 7 des Familiengesetzes v. 27. 6. 1968, in: *Bergmann/Ferid*, Internationales Ehe- und Kindschaftsrecht, UdSSR, S. 42, 43.

<sup>22</sup> BG 11. 12. 1956, BGE II 473, 474 (gestützt auf Art. 297 Abs. 3 ZGB (früher Art. 274 Abs. 3 ZGB)); *Hegnauer*, Grundriß des Kindesrechts (1977) S. 25, 132 f.; der Antrag des Nationalrats Condrau bei den Beratungen zur Kindsrechtsreform, dem Richter auch diese Gestaltungsmöglichkeit offen zu lassen, wurde mit großer Mehrheit abgelehnt, Sten. Bull. Nationalrat 1975, S. 1777 ff.

<sup>23</sup> § 177 ABGB.

<sup>24</sup> §§ 45 Abs. 3 S. 1, 25 Abs. 1 S. 1 FGB; *Rohde*, Die Übertragung des Erziehungsrechts im Ehescheidungsverfahren, Diss. Berlin (Ost) 1967, S. 56 f.; Familienrecht, Lehrbuch (Autorenkollektiv) 2. Aufl. 1976, S. 399.

<sup>25</sup> Familienrecht aaO. 3. Aufl. 1981, S. 165; *Grandke/Orth/Rieger/Stolpe*, Neue Justiz 1979, 346 f.

es nicht überzogen, eine gemeinsame Klammer der ablehnenden Haltung im deutschsprachigen Raum zu vermuten: Überall dominiert das Argument der „Ordnung“ und „klaren Verhältnisse“. <sup>26</sup> Bezeichnenderweise nehmen auch diejenigen US-amerikanischen Autoren, die das Prinzip der Klarheit und Endgültigkeit der Sorgerechtsentscheidung bis zum provozierenden Extrem getrieben haben (Goldstein/Freud/Solnit), Anstoß an den Tendenzen zugunsten gemeinsamen Sorgerechts. <sup>27</sup> Wo hingegen dem Ordnungsdenken weniger und der gesellschaftlichen Selbstregulierung *real* (unabhängig vom Recht) größeres Gewicht zukommt, ist das Klima für gemeinsames Sorgerecht günstiger.

Trotz des „internationalen Trends“ zur gemeinsamen Sorge wäre es – wie sich zeigen wird – jedoch verfehlt, die Interessenlage in den einzelnen Staaten, in denen diese Rechtsgestaltung praktiziert wird, gleichzusetzen.

## 1. Schweden

In Schweden ist die Zulassung des gemeinsamen Sorgerechts nach Scheidung seit dem 1. 1. 1977 nur ein „Nebenprodukt“ der Diskussion um die nichtehelichen Lebensgemeinschaften. <sup>28</sup> Diese haben seit Beginn der sechziger Jahre stark zugenommen, und es wurde als unbefriedigend empfunden, daß Kinder, die in faktisch vollständigen Familien aufwuchsen, dem überkommenen Modell des Nichtehelehenrechts unterstanden. Das schließlich erkämpfte Gesetz knüpfte verallgemeinernd an „nicht miteinander verheiratete Eltern“ an: Beantragen sie gemeinsames Sorgerecht, so ist es ihnen richterlich zu gewähren, wenn nicht eine Gefährdung des Kindeswohls droht. Hierzu gehören aber auch nicht *mehr* miteinander verheiratete, also geschiedene Eltern. Inzwischen hat der soziale Wandel in Schweden jedoch dazu geführt, daß bei zusammenlebenden Eltern jeder für sein Kind handelnde Elternteil sowohl in der Gesellschaft als auch bei den Behörden ohne weiteres Nachfragen nach der sorgerechtlichen Lage akzeptiert wird – die Rechtsgestaltung hat insoweit jedes Interesse verloren. Das gemeinsame Sorgerecht lebt fort im wesentlichen bei den „Trittbrettfahrern“, den geschiedenen Eltern. Hier wird sie in 5% bis 10% aller Fälle beantragt. Über die Erfahrungen gibt es divergierende Äußerungen, Positives oder Negatives wird je nach Vorverständnis der Forscher in den Vordergrund gerückt. Als Regelfall zeichnet sich nur ab, daß die gemeinsame Sorge anfangs gut funktioniert, später aber häufig zusammenbricht.

## 2. USA

### a) Rechtliche Situation

Der überkommene Grundsatz, daß bei Scheidung die elterliche Sorge einem Elternteil allein zuzuweisen sei, <sup>29</sup> hat heute in vielen Einzelstaaten <sup>30</sup> keine Gültigkeit mehr. Das gemeinsame Sorgerecht hat Einzug sowohl in Gesetzes- als auch Richterrecht gehalten.

In bezug auf das *Gesetzesrecht* sind drei Regelungstypen zu unterscheiden: <sup>31</sup> (1) In den meisten einzelstaatlichen Rechtsordnungen wird das gemeinsame Sorgerecht (joint custody) <sup>32</sup> nicht erwähnt, d. h. es ist nicht ausdrücklich zugelassen, aber auch nicht verboten. <sup>33</sup> (2) In einigen Staaten wird der Richter zur Anordnung der gemeinsamen Sorge ausdrücklich ermächtigt, wenn er sie für angemessen erachtet. <sup>34</sup> (3) In Kalifornien gibt es eine *gesetzliche Vermutung* zugunsten gemeinsamen Sorgerechts. <sup>35</sup> Die Vermutung greift ein bei entsprechendem Elternvorschlag; aber auch ohne einen solchen *kann* der Richter joint custody anordnen (§ 4600.5 (b)).

Zur Begründungspflicht des Richters bei Abweichen von einer Elternvereinbarung (§ 4600.5 (a) S. 2) ist zu bemerken, daß erstinstanzliche Sorgerechtsentscheidungen *sonst* keinem Begründungszwang unterliegen.

Dem kalifornischen Recht entsprechende Gesetzesvorlagen in anderen Staaten sind bisher zurückgewiesen worden. <sup>36</sup>

In einem vom *Richterrecht* beherrschten System ist damit aber noch nicht die wirkliche Rechtslage bezeichnet. In vielen weiteren Staaten haben sich die Gerichte vorsichtig, aber doch zunehmend der joint custody geöffnet. <sup>37</sup> Sie wird nicht

<sup>26</sup> BT-Drucks. 8/2788, S. 63; BayObLG 17. 7. 1964, FamRZ 1964, 523; für die DDR Familienrecht, Lehrbuch (2. Aufl.) S. 399; Borkmann/Daute, Neue Justiz 1964, 268; für die Schweiz vgl. Nachweise oben Fn. 22.

<sup>27</sup> Beyond the best interests of the child, 2. Aufl. 1979, S. 119 f.; allerdings opfern die Autoren in ihrem Folgewerk „Before the best interests . . .“ (oben Fn. 13) die in „Beyond“ definierten Kindesinteressen in diesem Punkt (und vielen anderen) einem rigoren Primat des Elternrechts, vgl. näher Besprechung Coester, FamRZ 1981, 615.

<sup>28</sup> Dazu und zum folgenden Jan Trost, Gemeinsame elterliche Sorge in Schweden; familiensoziologische Beobachtungen, in: Deutsches Familienrechtsforum, Referate und Texte der Tagung vom 6. und 7. März 1981, Stuttgart 1981, S. 23 ff.

<sup>29</sup> Corpus Iuris Secundum Bd. 27 B, § 308, S. 448.

<sup>30</sup> Diese haben die Gesetzgebungskompetenz im Familienrecht.

<sup>31</sup> Das folgende in präzisierender Korrektur zu Fehmel, FamRZ 1980, 758 Fn. 14.

<sup>32</sup> Oft synonym gebraucht: Divided, alternating, shared, split custody oder co-custody, vgl. Cox/Coase, 1 Fam. Adv. 10 f. (1978).

<sup>33</sup> 92 ALR 2d 697, 700; Foster/Freed 180 N.Y.L.J. 24. 11. 1978 (Nr. 99) S. 2 (1978).

<sup>34</sup> N.C. Gen.Stat. § 50-13.2 (b) (Suppl. 1975: „if clearly in the best interest of the child“); Iowa Code Ann. § 598.1 (Suppl. 1978-79: „where justified“); Wisc.Stat. Ann. § 247.24 (1) (b) (Suppl. 1978-79: „if the parties so agree and if the court finds that a joint custody arrangement would be in the best interest of the child“); Ore. Rev. Stat. § 107. 105 (Suppl. 1978: das Gericht mag das Sorgerecht einem Elternteil oder beiden zuweisen „as it may deem just and proper“); ähnlich Kansas, 5 FLR 2902 (1979), 6 FLR 2755 (1980) (nur bei Elternvereinbarung); Connecticut, 6 FLR 2557 (1980). Stand vom 1. 7. 1982: 24 Staaten, vgl. 8 FLR 2506 f. (1982)

<sup>35</sup> §§ 4600 (a), 4600.5 Cal. Civ. Code i. d. F. v. 1. 1. 1980. Die wesentlichen Partien der sehr umfangreichen Bestimmungen lauten: „§ 4600

(a) . . .

(b) Custody should be awarded in the following order of preference according to the best interests of the child:

(1) To both parents jointly pursuant to Section 4600.5 or to either parent. In making an order for custody to either parent, the court shall consider, among other factors, which parent is more likely to allow the child or children frequent and continuing contact with the noncustodial parent, and shall not prefer a parent as custodian because of that parent's sex. The court, in its discretion, may require the parents to submit to the court a plan for the implementation of the custody order.

(c) . . .

4600.5

(a) There shall be a presumption, affecting the burden of proof, that joint custody is in the best interests of a minor child where the parents have agreed to an award of joint custody or so agree in open court at a hearing for the purpose of determining the custody of the minor child or children of the marriage. If the court declines to enter an order awarding joint custody pursuant to this subdivision, the court shall state in its decision the reasons for denial of an award of joint custody.

(b) Upon the application of either parent, joint custody may be awarded in the discretion of the court in other cases . . .

<sup>36</sup> Z. B. in Oregon, Massachusetts und Pennsylvania. Gegen eine derartige Vermutung auch Foster/Freed (oben Fn. 33) S. 5 sowie die New Yorker Richter Kassal und Shea in: 5 Family Law Reporter (FLR) 2144 (1978); gesetzlich *verankert* jetzt (1. 7. 1982) aber auch in Florida, 8 FLR 2443 (1982); Nevada Stat. Sec. 125. 132 ff.

<sup>37</sup> Koester v. Koester, 5 FLR 2132 (Id. 1978); Starkeson v. Starkeson, 5 FLR 2403 f. (N. H. 1979); R. v. R., 4 FLR 2043 (N. Y. Fam. Ct. 1977); Krois v. Krois, 4 FLR 2018 f. (N. Y. Sup. Ct. →

selten selbst dann angeordnet, wenn eine entsprechende elterliche Vereinbarung fehlt.<sup>38</sup> Allerdings gibt es auch gegenläufige Entwicklungen, die ab 1979 nach mancher Ansicht sogar die Qualität eines „Trendumschwungs“ erreicht haben sollen.<sup>39</sup> Neben schlicht ablehnenden richterlichen Äußerungen gibt es sogar richterrechtliche *Vermutungen* gegen joint custody.<sup>40</sup>

### b) Schrifttum, Diskussionshintergründe

In der seriösen, d. h. nicht offenkundig parteilichen Literatur halten sich vorsichtige Bejahung<sup>41</sup> und zurückhaltende Skepsis etwa die Waage.<sup>42</sup> Die Sachauseinandersetzung ist dadurch belastet, daß das Thema der joint custody publizistisch enorm aufgebläht worden ist – neben den Fachzeitschriften bringen auch Wochen- und Tageszeitungen (oft tendenziöse) Berichte.<sup>43</sup> Dies weist auf den Hintergrund der gesamten Tendenz hin: Zum einen geht es um das politisch brisante Thema der Gleichberechtigung der Geschlechter<sup>44</sup> – nur diesmal von seiten der Väter (fathers'-rights-movement). Von der Alleinsorge durch berufliche Zwänge oder richterliche Voreingenommenheit<sup>45</sup> abgeblockt, sehen sie im Konzept der joint custody realistische Chancen für die Aufwertung ihrer väterlichen Rolle.<sup>46</sup> Zum zweiten spielt – angesichts einer Scheidungsinfation, die längst die Ein-Millionen-Grenze pro Jahr überschritten hat – die Ideologie einer „creative divorce“ und eines „creative post-divorce-parenting“ hinein.<sup>47</sup> Weiter dürften eine Rolle spielen die stark beachteten jüngsten Forschungen an Scheidungskindern, die die Wichtigkeit des fortbestehenden Kontaktes zu *beiden* Eltern belegen.<sup>48</sup> Auch mag man von seiten der Frauen zunehmend erkennen, daß Rechtsteilung auch Arbeitsteilung bedeutet.<sup>49</sup>

### c) Fachwissenschaftliche Aussagen

Auch die Stellungnahmen aus fachwissenschaftlichem Bereich sind geteilt. Kinderpsychologen und -psychiater, die den Gesichtspunkt der Stabilität und Kontinuität betonen, urteilen aus dem Blickwinkel des Kindeswohls negativ.<sup>50</sup> Andere sehen eher die verstärkte Kontaktmöglichkeit des Kindes zu beiden Eltern und äußern sich dementsprechend positiv.<sup>51</sup> Das empirische Material ist dünn und nicht immer befriedigend. Erstens, weil noch nicht genügend Zeit zur Erfahrungssammlung vergangen ist. Zweitens, weil vorhandene Untersuchungen z. T. offenkundig parteilich oder unschlüssig sind.

Eine empirische Studie stammt z. B. von dem Kinderpsychiater Mel Roman aus New York. Ihm wie seinem Co-Autor Haddad geht es zugegebenermaßen im Rahmen der Vaterrechtsbewegung um die Stärkung der väterlichen Position nach Scheidung durch das Konzept der joint custody. Beide Autoren sind Väter, die das Sorgerecht für ihre Kinder nach der Scheidung verloren hatten und hierdurch persönlich stark betroffen waren.<sup>52</sup> Roman hat den Abschluß seiner gleichzeitig durchgeführten empirischen Untersuchung von 40 Familien, in denen joint custody praktiziert wurde, nicht abgewartet, sondern zusammen mit Haddad vorher das engagierte Buch „The Disposable Parent“ veröffentlicht.<sup>53</sup> Die Objektivität seiner Forschungsergebnisse unterliegt deshalb erheblichen Zweifeln.<sup>54</sup>

Ein weiteres Beispiel: Eine soziologische Studie an der University of Michigan belegt, daß die meisten Kinder selbst ein joint-custody-Arrangement begrüßen würden.<sup>55</sup> Da aber *keines* der befragten Kinder unter einem solchen System wirklich lebte, ist die wissenschaftliche Aussagekraft dieser Untersuchung gering.

Kinderpsychologie und -psychiatrie sind erst seit wenigen Jahren angetreten, die Scheidungssituation überhaupt konzentriert ins Auge zu fassen, nachdem sich das verbreitete bloße Fortdenken insbesondere der Deprivations- und Bin-

→ 1977); Perotti v. Perotti, 355 N. Y. S. 2d 68, 72 f. (N. Y. Sup. Ct. 1974); Banks v. Banks, 4 FLR 2652, 2653 (N. Y. Sup. Ct. 1978); Kelly v. Kelly, 171 P. 2d 95 (Cal. App. 1946); Childers v. O'Neal, 476 S. W. 2d 799 (Ark. 1972); Roth v. Roth, 3 FLR 2678 (Ill. App. 1977); Schilleman v. Schilleman, 232 N. W. 2d 737 (Mich. App. 1975); Stamper v. Stamper, 3 FLR 2541 (Mich. Cir. Ct. 1977); Mason v. Zolonsky, 103 N. W. 2d 752 (Iowa 1960); Flanagan v. Flanagan, 247 P. 2d 212 (Ore. 1952); Johnson v. Johnson, 564 P. 2d 71; 3 FLR 2501, 2502 (Alaska 1977). Für New York vgl. weiterhin die beiden zurückhaltenden Leitentscheidungen Dodd v. Dodd, 403 N. Y. S. 2d 401; 4 FLR 2302 (Sup. Ct. 1978) und Braiman v. Braiman, 407 N. Y. S. 2d 449; 378 N. E. 2d 1019; 4 FLR 2522 (N. Y. 1978).

<sup>38</sup> Von den vorgenannten Entscheidungen vgl. Koester v. Koester; R. v. R.; Krois v. Krois; Stamper v. Stamper; Kelly v. Kelly; Banks v. Banks; Schilleman v. Schilleman; darüber hinaus Cebrynski v. Cebrynski, 4 FLR 2676 (Ill. App. 1978) (joint custody zwischen Mutter und Stiefmutter nach Tod des sorgeberechtigten Vaters!); Fuhrmann v. Fuhrmann, 254 N. W. 2d 97 (N. D. 1977) (1. Instanz); Gillespie v. Gillespie, 6 FLR 2106 f. (Mo. App. 1979); In re Domingo, 5 FLR 2912, 2913 (N. Y. Fam. Ct. 1979) (unverheiratete Eltern!); In re Wesley J. K., 8 FLR 2484 (Pa. Super. Ct. 1982).

<sup>39</sup> Boskey, United States, in: Annual Survey of Family Law (Newsletter der International Society on Family Law Nr. 4/1979) S. 69, 72; vgl. Beck v. Beck, 7 FLR 2601 (N. Y. 1981); Mastropole v. Mastropole, 8 FLR 2091 (N. Y. App. 1981).

<sup>40</sup> Lumbra v. Lumbra, 5 FLR 2169 (Vt. 1978); Korshak v. Korshak, 8 FLR 2269 (Vt. 1982); Moninger v. Moninger, 5 FLR 2424 (N. Eb. 1979).

<sup>41</sup> Cox/Cease, 1 Fam. Adv. 10 ff. 13 (1978); Foster/Freed, 180 N. Y. L. J. 22. 12. 1978, S. 7; Note, 8 J. Fam. L. 58, 68 (1968); vgl. auch Kassal, 5 FLR 2144 (1978); Wallerstein, Gespräch mit dem Verfasser vom 13. 3. 1979; Miller, 13 Fam. L. Q. 347 ff., insb. 359 ff. (1979); Ricci, Association of Family Conciliation Courts, Juni 1980, in: 6 FLR 2620 (1980); Folberg/Graham, 12 U. C. Davis L. Rev. 553 ff. (1979); Developments, 93 Harv. L. Rev. 1324 ff., 1329 ff. (1980).

<sup>42</sup> Bodenheimer, 11 Fam. L. Q. 84 f. (1977); *dies.*, 65 Cal. L. Rev. 1011 f. (1977); *dies.*, 1 Fam. Adv. 19 (1978); Bruch, 1 Fam. Adv. 41 (1978); Foster/Freed, 11 Fam. L. Q. 340 f. (1978); Judge Shea, in: 5 FLR 2144 (1978); vgl. auch die Darstellung bei Bruch, StAZ 1980, 16 f.; neueste Darstellungen und Überblicke bei Miller, 13 Fam. L. Q. 347 ff. (1979); Freed/Foster, 6 FLR 4044 (1980); Freed und Nolan-Malsack, in: 6 FLR 2788 ff. (1980).

<sup>43</sup> Z. B. New York Times 27. 4. 1981, S. 19 (zum kalifornischen Modell); Newsweek 11. 2. 1980, S. 58 (The children of divorce).

<sup>44</sup> Vgl. Coester-Waltjen, JZ 1976, 257 ff.; *dies.*, ZRP 1982, September-Heft.

<sup>45</sup> Zur „tender-years-doctrine“ zugunsten der Mutter vgl. den Überblick bei Foster/Freed, 11 Fam. L. Q. 343 ff. (1978).

<sup>46</sup> Vgl. Freed/Foster, 6 FLR 4044 (1980). Auch in Frankreich gibt es militante Vaterrechtsbewegungen, vgl. *Todtenhaupt-Puttfarken* (oben Fn. 19) sub I 2 a (1) a. E.

<sup>47</sup> Nolan-Malsack, in: 6 FLR 2788 ff. (1980); vgl. auch Coester, FamRZ 1981, 614 bei Fn. 5.

<sup>48</sup> Wallerstein/Kelly, 47 Am. J. Orthopsych. 4 ff. (1977); *dies.*, Surviving the Breakup S. 307 ff.; Wallerstein, Gespräch mit dem Verfasser vom 13. 3. 1979; Hetherington/Cox/Cox, 25 Fam. Coordinator 417 ff. (1976); *dies.*, in: Reiss/Hoffmann, The American Family S. 139 ff.; Institute for Child Study, University of Maryland, 3 FLR 2745 (1977); vgl. auch Ware, 4 New West (Nr. 5, South Cal. Ed.) 42 ff. (1979); Greif, 49 Am. J. Orthopsych. 316 ff. (1979); Hillstrom, 8 FLR 4025 ff. (1982); vgl. auch die gesetzliche Regelung in § 4600 (b) (1) Cal. Civ. Code (oben Fn. 35) und Ariz. Revised Stat. Sec. 25.332; Nev. Stat. Sec. 125.132; Mont. Stat. Sec. 40-4-222, 223(2).

<sup>49</sup> Grundlegend Bruch, 1 Fam. Adv. 22 ff. (1978) (allerdings noch auf der Basis alleiniger Rechtszuständigkeit eines Elternteils).

<sup>50</sup> Zu Goldstein/Freud/Solnit oben Fn. 27; ähnlich jetzt Sonja Goldstein, Children and Divorce, New Haven 1982; vgl. auch Watson, 21 Syracuse L. Rec. 64 (1969) („... probably represents one of the greatest risks which current procedures pose for children“), entsprechend speziell zur joint custody in unveröffentlichter Äußerung gegenüber dem Verfasser.

<sup>51</sup> Wallerstein/Kelly, Surviving the Breakup, S. 310 f.; allerdings →

dungsforschung als unbefriedigend erwiesen hatte.<sup>56</sup> Speziell im Bereich der gemeinsamen Sorge kann nur von ersten, tastenden Erkenntnisversuchen gesprochen werden.

#### d) Nebenprobleme

Angesichts der in den USA ohnehin verbreiteten Praxis, zur Sicherung des Umgangsrechts Umzugsverbote für den alleinsorgeberechtigten Elternteil in das Scheidungsurteil aufzunehmen,<sup>57</sup> lag es nahe, daß eine Erstreckung dieser Praxis gefordert wurde, um das Funktionieren von joint-custody-Arrangements zu sichern.<sup>58</sup> Diese Verbote haben aber überwiegend Unheil gestiftet. Sie provozieren eine Kette von Verbotverletzungen und Sanktionsverfahren, da sie wegen der Beeinträchtigung des fundamentalen Freizügigkeitsrechts nicht akzeptiert wurden.<sup>59</sup> Dem amerikanischen Hang zur Selbsthilfe entsprechend wurden nicht selten die Kinder unerlaubt mitgenommen und versteckt.<sup>60</sup> Sind nun beide Eltern Inhaber des Sorgerechts, greifen die rechtlichen Mechanismen zur Bekämpfung von Kindesentführungen nicht – es muß festgestellt werden, wer von den streitenden Eltern das Aufenthaltsbestimmungsrecht zu Recht ausübt. Es vergeht wertvolle Zeit, und der effektive Kinderschutz wird verwässert.<sup>61</sup>

### III. DAS KONZEPT DER GEMEINSAMEN SORGE

„Gemeinsames Sorgerecht nach Scheidung“ erscheint als geschlossenes, harmonisches Konzept. In Wirklichkeit jedoch handelt es sich nur um den einheitlichen Oberbegriff für eine bunte Vielfalt von Gestaltungen der elterlichen Sorge.

Unter dem Dach der gemeinsamen Rechtsinhaberschaft finden sich vor allem in den USA nahezu alle denkbaren Arrangements bezüglich der Personensorge: Gemeinsam, alternierend (etwa nach Tagen innerhalb der Woche, monatsweise oder 9 Monate Schulzeit/3 Monate Ferien oder jährlich) mit der Sonderform des „bird's nest arrangement“ (die Kinder bleiben im Familienheim, die Eltern lösen einander periodisch ab<sup>62</sup>) oder faktische Sorge nur bei einem Elternteil.

Das Etikett des „gemeinsamen Sorgerechts“ läßt nicht erkennen, was mit dem Kind tatsächlich geschieht, es ist deshalb als „camouflage label“ bezeichnet worden.<sup>63</sup> Man kann nun einwenden, daß das gleiche für die Personensorge in der intakten Familie oder in der Teilfamilie eines allein zuständigen Elternteils gelte. Aber in diesen Fällen gibt es nur einen Familiensitz, der allen Sorgerechtigten gemeinsam ist. Der Gesetzgeber darf vom Regeltypus des Gleichlaufs von Sorgerecht und Personensorge ausgehen und im übrigen auf das allgemeine Kinderschutzrecht (§ 1666 BGB) verweisen. Bei gemeinsamen Sorgerecht nach Scheidung gibt es diesen Regeltypus nicht. In den USA am häufigsten ist wohl, wie auch § 4600.5 (c) Cal. Civ. Code definitiv festlegt, die alternierende Personensorge.<sup>64</sup> In der Bundesrepublik sieht das rechtstatsächliche Bild bisher anders aus: Entweder wohnen die (geschiedenen) Eltern in einem Haus oder so dicht beieinander, daß die (älteren) Kinder *praktisch* bei beiden Elternteilen gleichzeitig leben.<sup>65</sup> Oder die elterliche Vereinbarung geht dahin, daß nur die *rechtliche* Sorge geteilt wird, die Personensorge aber schwerpunktmäßig einem Elternteil obliegt.<sup>66</sup> Offenbleiben muß, ob sich diese Situation nach allgemeiner Zulassung des gemeinsamen Sorgerechts mehr zum amerikanischen Modell hin verschieben würde. Festzuhalten bleibt jedenfalls, daß der Richter zwar ein Fragerecht bezüglich der geplanten Gestaltung, aber kein *Anordnungsrecht* insoweit hat und keine Folgenkontrolle ausüben kann.

Laut Urteil/Vorlagebeschluß des AG Bergisch Gladbach vom 15. 8. 1980<sup>67</sup> haben die Parteien dort beantragt, „die elterliche Sorge über den Sohn auf beide Parteien zu übertragen und von einer ausdrücklichen Regelung des Umgangsrechts abzusehen“. <sup>68</sup> Eine gerichtliche Umgangsregelung

nach § 1643 BGB kommt aber bei gemeinsamen Sorgerecht tatbestandlich gar nicht in Betracht.

Sollte man die Zulassung gemeinsamen Sorgerechts mit einer richterlichen Regelungskompetenz für die *Personensorge* koppeln? Hier läge zwar ein Ansatzpunkt staatlicher Mißbrauchskontrolle, der aber seinerseits verfassungsrechtlich nicht unbedenklich wäre. Außerdem: Will man denn wirklich den Richter als permanent die Familie begleitenden dritten Elternteil, als „Obervormund“?

Das Konzept der gemeinsamen Sorge ist so auch ein geeigneter Deckmantel, der ein Unterlaufen der Änderungsschwelle des § 1696 BGB ermöglicht.<sup>69</sup>

→ hatte sich die diesem Buch zugrunde liegende empirische Studie nicht speziell mit der joint custody befaßt. Eine neue Untersuchung dieser Forscherinnen zur joint custody läuft gegenwärtig. Vgl. Kelly, 8 FLR 2462 (1982)

<sup>52</sup> Roman/Haddad, The Disposable Parent: The case for joint custody (1978), Vorwort.

<sup>53</sup> Vgl. vorstehende Fn.; Ware, 4 New West (S. Cal. Ed.) 47 (1979).

<sup>54</sup> Zu den Ergebnissen Der Spiegel v. 10. 3. 1980, S. 55; Fehmel, FamRZ 1980, 760 verwertet Roman's Forschungen für die deutsche Diskussion zum „gemeinsamen Sorgerecht“.

<sup>55</sup> Vgl. Hammond, 5 FLR 2395 (1979).

<sup>56</sup> Ellsworth/Levy, 4 L. & Soc. Rev. 169 f.; 179, 182 (1969); A. Skolnick, 39 L. & Cont. Prob. 39, 53 (1975); vgl. Bronfenbrenner, 45 Child Development 3 (1974). Zusammenstellung scheidungsspezifischer Untersuchungen bei Fthenakis, Elterntrennung aus der Perspektive des Kindes, in: Deutsches Familienrechtsforum (oben Fn. 28, S. 63 ff.).

<sup>57</sup> Vgl. Corpus Iuris Secundum (oben Fn. 29) Divorce § 317 S. 554 f.; für die Bundesrepublik vgl. OLG München 6. 2. 1981, FamRZ 1981, 389; OLG Düsseldorf 13. 6. 1979, FamRZ 1979, 965; OLG Oldenburg 16. 11. 1979, FamRZ 1980, 78.

<sup>58</sup> Hillstrom, 8 FLR 4025 ff. (1982).

<sup>59</sup> Vgl. B. Bodenheimer, 1 Fam. Adv. 20 f. (1978); dies., 65 Cal. L. Rev. 1008 f. (1977); Comment, 6 U. C. Davis L. Rev. 193 f. (1973); Comment, 81 Dickinson L. Rev. 746 (1977).

<sup>60</sup> Katz, Child Snatching (1981) (Besprechung Coester, FamRZ 1982, 441 f.); Hüsstege, Der Uniform Child Custody Jurisdiction Act. Rechtsvergleichende Betrachtungen zu internationalen Kindesentführungen (1982) (auch zu Kindesentführungen in der BRD, S. 9 ff; zu den US-amerikanischen Umzugsverboten S. 40 f., 77).

<sup>61</sup> B. Bodenheimer, 65 Cal. L. Rev. 1011 (1977): „in the interstate context, joint custody is simply undetermined custody“.

<sup>62</sup> Banks v. Banks, 4 FLR 2652 (N. Y. Sup. Ct. 1978) (aufgehoben aber 5 FLR 2453 [N. Y. App. Div. 1979]); Church v. Church, 8 FLR 2252 ( Mich. Cir. Ct. 1982).

<sup>63</sup> Goldstein/Freud/Solnit, Beyond the best interests (oben Fn. 27) S. 119; vgl. auch Trost (oben Fn. 28) S. 26.

<sup>64</sup> § 4600.5 (c) Cal. Civ. Code:

„For the purposes of this section, “joint custody” means an order awarding custody of the minor child or children to both parents and providing that physical custody shall be shared by the parents in such a way as to assure the child or children of frequent and continuing contact with both parents; provided, however, that such order may award joint legal custody without awarding joint physical custody.“

Vgl. auch Hüsstege (oben F. 60) S. 38.

<sup>65</sup> Z. B. AG Königstein/T. (oben Fn. 4); LG Bremen 16. 12. 1976, FamRZ 1977, 402. Allerdings wohnen auch in den USA die Eltern oft relativ nahe beieinander.

<sup>66</sup> Vgl. BGH 8. 11. 1978, FamRZ 1979, 113 sowie die Vorlagebeschlüsse AG Waiblingen, Bielefeld, Bergisch Gladbach (oben Fn. 4).

<sup>67</sup> Oben Fn. 4.

<sup>68</sup> Auch das BVerfG spricht in Ziffer I.5. seines Fragenkataloges an die Sachverständigen, der der mündlichen Verhandlung am 8. 6. 1982 zugrunde lag, von einem „Umgangsrecht“ bei gemeinsamem Sorgerecht.

<sup>69</sup> Zur richterrechtlichen Konkretisierung des § 1696 BGB Palandt/Diederichsen § 1696 Anm. 2. In den USA wird in der Tat ver-

Sachlich ist zu den häufigsten Gestaltungsformen noch zu bemerken: Bei *alternierender* Personensorge spielen alle Bedenken herein, die gegen *zeitliche* Aufteilungen des Sorgerechts erhoben worden sind.<sup>70</sup> Die Erfahrungen aus der amerikanischen Praxis sind nicht ermutigend: Immer wieder werden Verfahren zur Änderung eines joint-custody-Arrangements anhängig gemacht unter Hinweis auf die eingetretene Nervosität, Ängstlichkeit, Schlafstörungen und Schul-schwierigkeiten der Kinder.<sup>71</sup>

Bei der bislang bei uns vorherrschenden Aufteilung lediglich der rechtlichen Sorge mit Schwerpunktversorgung bei einem Elternteil drohen viele dieser Gefahren nicht. Die Einwände der Rechtsprechung<sup>72</sup> scheinen nicht zwingend angesichts von möglichen Vorteilen des Kindes in der Frage des persönlichen Kontakts<sup>73</sup> und der Unterhaltszahlungen. Über etwaige psychische Probleme des Kindes bei dieser Gestaltung kann man nur spekulieren. Das gleiche gilt für die Zweifel an der elterlichen Kooperation: Auch wenn sie nach einigen Jahren zusammenbricht<sup>74</sup> – ist das Kind dann geschädigt, oder hat lediglich ein bislang kindesfreundliches System aufgehört zu funktionieren?

Insgesamt wird man gerade auch angesichts der insoweit führenden Entwicklung in USA hervorheben müssen, daß gegenwärtig eine zuverlässige Beurteilung des gemeinsamen Sorgerechts aus dem Blickwinkel des Wohls der betroffenen Kinder mangels ausreichender Erfahrungsgrundlage *schlechthin nicht möglich* ist – auch nicht für Fachwissenschaftler. Der einschlägige Fragenkatalog des BVerfG<sup>75</sup> unterstellt eine Gewißheitsmöglichkeit, die die Aussagefähigkeit der Psychologie und Psychiatrie in naturwissenschaftlichem Sinne überschätzt, sowohl allgemein<sup>76</sup> als auch insbesondere zum neuartigen Problem der gemeinsamen Sorge. Es gibt keine *Antwort* auf diese Fragen, sondern nur „Variable“, Faktoren und Wirkungstendenzen teils widerstreitender Art, die sich zu einem Gesamtbild (noch) nicht fügen.

Der für den Juristen notwendige sichere Beurteilungsboden kann erst in einem, dafür allerdings fast uneingeschränkten Konsens quer durch alle Fachrichtungen gefunden werden: Die gemeinsame Sorge nach Scheidung ist kein Konzept für die Masse der Fälle; Funktionsbedingung sind überdurchschnittliches Verantwortungsbewußtsein und -fähigkeit sowie Disziplin der Eltern, die sie zu ständig neuer Aktualisierung ihrer „Gemeinsamkeit“ auf dem Restgebiet der elterlichen Sorge in die Lage versetzt.<sup>77</sup> Mit wachsender „Sozialüblichkeit“ von Scheidungen mag zunehmend mit der Möglichkeit „partnerschaftlichen Auseinandergehens“ zu rechnen sein<sup>78</sup> – eine Minderheit werden die für gemeinsames Sorgerecht in Frage kommenden Fälle stets bleiben.

Auszuscheiden wäre insoweit allerdings der Einwand, eine Öffnungsklausel zugunsten gemeinsamen Sorgerechts nach Scheidung wäre praktisch eine privilegierende Sondernorm für die Bildungsschicht und als solche unerwünscht, möglicherweise gar gleichberechtigungswidrig. Richtig ist, daß nahezu alle „Paradefälle“ für das gemeinsame Sorgerecht aus dem Milieu der geistigen Oberschicht<sup>79</sup> stammen.<sup>80</sup> Derartige schichtbezogene Nebeneffekte ergeben sich aber aus der Natur der Sache<sup>81</sup>: Das Konzept der gemeinsamen Sorge ist „sophisticated“, es bedarf entsprechender Persönlichkeiten, die es handhaben können.

Umgekehrt beweisen gerade die in der Bundesrepublik publizierten Fälle, daß man nicht schon die *Möglichkeit* kindbegrenzter Kooperation geschiedener Eltern pauschal negieren sollte.

Aus diesem Grundkonsens heraus lassen sich gewisse Klärungen bereits ohne weiteres ableiten: (1) Gemeinsames Sorgerecht *ohne* diesbezügliche Einigung der Eltern<sup>82</sup> kommt bei ernstgenommener staatlicher Wächterfunktion nicht in Betracht; (2) eine generelle *Vermutung* zugunsten gemein-

samen Sorgerechts wie z. B. in Kalifornien<sup>83</sup> hat keine rechtstatachliche Basis.

Welche Folgerungen ergeben sich im übrigen aus dem Befund, daß das gemeinsame Sorgerecht nach Scheidung zwar

→ sucht, das Hin- und Herschieben des Kindes entsprechend den jeweiligen Bedürfnissen als „mere custodial arrangements“ erscheinen zu lassen, Roth v. Roth, 3 FLR 2878 (Ill. App. 1977), sowie die Vorinstanzen in Carroll v. Carroll, 4 FLR 2768 (Ill. App. 1978); Olson v. Olson, 4 FLR 2216, 2217 (Mont. 1978).

<sup>70</sup> BGH 7. 7. 1952, NJW 1952, 1254; KG 21. 3. 1957, FamRZ 1957, 176; OLG Frankfurt 31. 1. 1962, FamRZ 1962, 171; 172; OLG Hamm 9. 7. 1964, FamRZ 1964, 577; OLG Stuttgart 1. 2. 1974, Justiz 1974, 128; OLG Köln 30. 6. 1976, FamRZ 1977, 62. Vgl. auch noch unten Fn. 89.

<sup>71</sup> Andrews v. Geyer, 104 S. E. 2d 747, 751 (Va. 1958: Änderung abgelehnt); Gonyea v. Gonyea, 375 P. 2d 808, 810 (Ore. 1962: Änderung); Tighe v. Moore, 151 So. 2d 910, 916 (Miss. 1963: Änderung); ebenso Andrews v. Andrews, 6 FLR 2309, 2310 (N. Y. App. Div. 1980); Cmalyo v. Cmalyo, 6 FLR 2696 (N. Y. App. Div. 1980); Blonsky v. Blonsky, 6 FLR 2545, 2546 (Ill. App. 1980). Auch in Frankreich hat man schlechte Erfahrungen mit der „garde alternée“ gemacht, *Gebler*, Juris Classeur Civ. Art. 229–387 Fasc. 70–1 Nr. 71; *Chombeau*, Contre le judgement de salomon, Le Monde 8. 4. 1981.

<sup>72</sup> OLG Köln 30. 6. 1976, FamRZ 1977, 62, 63; OLG Hamm 13. 1. 1972, FamRZ 1972, 479; LG Augsburg 11. 5. 1966, FamRZ 1967, 406; BG 25. 1. 1968, BGE 94 II 1, 2; Neal v. Neal, 5 FLR 2565 (Cal. App. 1979); Wells v. Wells, 261 P. 2d 971 (Wash. 1953); vgl. auch BGH 8. 11. 1978, FamRZ 1979, 113; BayObLG 6. 12. 1965, FamRZ 1966, 247; *Schwab*, Handbuch des Scheidungsrechts (1979) Rdnr. 191.

<sup>73</sup> Vgl. oben Fn. 48; für die Bundesrepublik: § 1634 Abs. 1 S. 2 BGB; *Diederichsen*, NJW 1980, 9; *Fehmel*, FamRZ 1980, 760; ähnlich *Neuhaus*, Ehe und Kindschaft in rechtsvergleichender Sicht (1979) S. 252.

<sup>74</sup> Vgl. die schwedischen Erfahrungen, oben II. 1.

<sup>75</sup> Ziffer I. des Beschlusses vom 30. 3. 1982.

<sup>76</sup> *Diamond/Louisell*, 63 Mich. L. Rev. 1340 f. (1965); *A. Skolnick*, 39 L. & Cont. Prob. 40 (1975); *Ellsworth/Levy*, 4 L. & Soc. Rev. 170 ff. (1969); *Goldstein*, 77 Yale L. J. 1064 (1968); *Katkin/Bullington/Levine*, 8 L. & Soc. Rev. 685, Fn. 11 (1974); *Goode*, Soziologie der Familie (1967) S. 14 ff.; 34 ff. vgl. *Lüderitz*, FamRZ 1975, 607; BGH 17. 12. 1953, BGHZ 12, 22, 24 f.; 5. 11. 1961, LM Nr. 14 zu § 286 (B) ZPO (zu erbblitzigen Gutachten). Zuviel Gewißheit erwartet von den „Kinderwissenschaftlern“ auch *Klußmann*, Das Kind im Rechtsstreit der Erwachsenen (1981) S. 58.

<sup>77</sup> So auch die Vorlageschlüsse (oben Fn. 4).

<sup>78</sup> Vgl. *Neuhaus*, FamRZ 1980, 1089; *Diederichsen*, NJW 1980, 2421; *Klußmann* aaO. S. 57.

<sup>79</sup> Zum Problem des Schichtenbegriffs in der heutigen Soziologie, gerade im Hinblick auf familienrechtliche Problemstellungen, vgl. *Lucke*, Die angemessene Erwerbstätigkeit im neuen Scheidungsrecht. Zur soziologischen Interpretation unbestimmter Rechtsbegriffe (1982) S. 156 ff.

<sup>80</sup> *Foster/Freed*, 180 N. Y. L. J. 9. 11. 1978 (Nr. 90) S. 392 f.; *B. Bodenheimer*, 1 Fam. Adv. 19 (1978); Judge Shea, in: 5 FLR 2144 (1978); vgl. auch die deutschen Fälle BGH 8. 11. 1978, FamRZ 1979, 113 f.; KG 31. 1. 1979, FamRZ 1979, 340, 341; OLG Hamburg 12. 2. 1979, DAVorm 1979, 299; LG Wiesbaden 8. 9. 1976, FamRZ 1977, 60; LG Mannheim 11. 12. 1970, FamRZ 1971, 185; AG Tübingen 9. 4. 1975, DAVorm 1976, 424 sowie alle Vorlagebeschlüsse (oben Fn. 4) (unklar nur AG Waiblingen).

<sup>81</sup> Vgl. BVerfG 10. 11. 1981, EuGRZ 1982, 193, 194 r. Sp. (sub I) zu § 1246 Abs. 2 S. 2 RVO.

<sup>82</sup> Vgl. oben Fn. 38; im Sinne des Textes auch Committee on the Family, Divorce, Child Custody and the Family, 10 Group for the Advancement of Psychiatry 785, 932 (1980): joint custody „definitely should not be imposed on a fighting couple as a way of compromising or resolving the dispute. Experience has shown that such an arrangement simply cannot work.“

<sup>83</sup> Oben bei Fn. 35, 36.

auch bei entsprechender Elternvereinbarung ein riskantes, in Einzelfällen aber doch wohl funktionierendes und kindesfreundliches Arrangement darstellt? In Präzisierung der verfassungsrechtlichen Ausgangsfrage<sup>84</sup> sind zwei Probleme zu unterscheiden: (1) Würde mit einer, zweifellos weniger einschneidenden, Verlagerung der Kontrolle auf den Richter im Einzelfall der staatlichen Wächterfunktion aus Art. 6 Abs. 2 S. 2 GG wirklich Genüge getan? (2) Sollte sich eine *generelle*, d. h. gesetzgeberische Restriktion für unverzichtbar erweisen muß: Muß diese notwendig zu einem pauschalen Ausschluß des gemeinsamen Sorgerechts wie in § 1671 Abs. 4 S. 1 führen?

#### IV. VERLAGERUNG DER WÄCHTERFUNKTION ALLEIN AUF DEN RICHTER?

##### 1. Richterliche Kontrollfähigkeit

Die Vorlagebeschlüsse geben sich zuversichtlich und selbstbewußt hinsichtlich der Fähigkeit der Gerichte, im Einzelfall kindeswohlgerichte und kindeswohlgefährdende Arrangements voneinander zu sondern.<sup>85</sup> Trotz Anerkennung wesentlicher Qualitätssteigerungen der Familiengerichte in Kindschaftssachen kann diese Zuversicht *so allgemein* nicht geteilt werden.<sup>86</sup> Gegen die gemeinsame Front der Eltern hat der Richter kaum eine Chance, die notwendigen Informationen, die *gegen* die Vereinbarung sprechen könnten, zu erhalten. Die Erfahrungen mit den „schuldhaften Eheverfehlungen“ unter altem Recht und jetzt mit der einjährigen Trennungszeit nach § 1566 Abs. 1 BGB sollten zu denken geben. Eine Analyse der publizierten Rechtsprechung der Bundesrepublik, DDR, Schweiz und in den USA durch den Verfasser hat *keinen einzigen Fall* zu Tage gebracht, in dem ein Gericht aus Gründen des Kindeswohls einen gemeinsamen Elternvorschlag zur Sorgerechtsverteilung nach Scheidung abgelehnt hat.<sup>87</sup>

Die Begrenztheit richterlicher Kontrollmöglichkeiten ist unschädlich und hinnehmbar, solange der Elternvorschlag mit der Alleinzuständigkeit eines Elternteils eine Gestaltung vorsieht, die nach aller vorhandenen Erfahrung sach- und kindgerecht ist, insbesondere die Risiken für das Kind so eng wie möglich hält. Bei Gestaltungen mit indizierter Kindeswohl-Gefährdung hingegen erlangt die Kontrolle im Interesse des Kindes zentrale und konstitutive Bedeutung. Bestehen ernsthafte Zweifel an ihrer Effektivität, wenn sie dem Richter überlassen bleibt, kann dem Gesetzgeber ein (notwendigerweise generalisierendes) Eingriffsrecht kaum abgesprochen werden. Pointiert formuliert: Die Einräumung eines materiellrechtlichen Konkretisierungsvorrangs an die Eltern ist unter dem Aspekt der staatlichen Schutzfunktion für die Kinder nur dann gerechtfertigt, wenn die elterlichen Gestaltungsmöglichkeiten auf mutmaßlich kindverträgliche Formen begrenzt werden.<sup>88</sup>

##### 2. Naheliegende Fehltendenzen richterlicher Entscheidung

Hinzutritt, gerade verstärkt durch ein etwaiges Informationsdefizit, die Gefahr, daß sachfremde, d. h. kindeswohl-fremde Aspekte als entscheidungsleitende Kriterien fungieren.

Für gemeinsames Sorgerecht wurde insoweit aufgeführt das Gleichberechtigungsargument,<sup>89</sup> die Schonung der Gefühle des potentiell unterliegenden Elternteils<sup>90</sup> oder einfach die richterliche Entscheidungsnot bei offenbar gleichgelagerten Verhältnissen.<sup>91</sup> Auch als Kompensation für beiderseitige oder einseitige Erziehungsschwächen ist das gemeinsame Sorgerecht eingesetzt worden.<sup>92</sup>

*Gegen* gemeinsames Sorgerecht wirkt ein unreflektierter Einsatz des Gesichtspunktes „klare Verhältnisse“ oder ein abstrakter ehelicher Institutionenschutz: „. . . denn es

müßte der Eindruck entstehen, als bedürfe es der Ehe gar nicht, um eine Familie zu werden und zu bleiben“.<sup>93</sup>

Aus der Sicht des Kindeswohls ist die Beurteilung all dieser Gesichtspunkte gleich: Die Sorge für das Kind wird zum Instrument kindesferner Zweckverfolgung, das Kind als Subjekt entrückt dem Blickfeld des Richters, es wird wieder Objekt von Erwachseneninteressen.

##### 3. Der Schutz eines kindesorientierten elterlichen Verhandlungsprozesses

Ein weiterer Punkt, der für eine Wächterfunktion gerade auch des *Gesetzgebers* spricht, wird regelmäßig übersehen: Das generelle öffentliche wie Kindesinteresse an einem kindgerechten Regelungsinstrumentarium für Sorgerechtsentscheidungen, d. h. an einer kindgerechten Selbstregulierung des Sorgerechtsproblems durch die Eltern. Eine pauschale gesetzliche Zulassung des gemeinsamen Sorgerechts würde dieses Instrument, von dem § 1671 Abs. 3 S. 1 BGB Gebrauch macht, in seiner Funktionsfähigkeit bedrohen.

Alle Formen der Aufspaltung der elterlichen Sorge haben eines gemeinsam: Sie geben jedem Elternteil „etwas“ und tragen damit zumindest *auch* dem elterlichen Gleichberecht-

<sup>84</sup> Oben I. 2.

<sup>85</sup> Optimistisch auch *Fehmel*, FamRZ 1980, 761; *Diederichsen*, NJW 1980, 2421.

<sup>86</sup> Vgl. auch *Neuhaus*, FamRZ 1980, 1090 sowie die nachdenklichen Überlegungen des Familienrichters *Klußmann* (oben Fn. 76) S. 57 f.

<sup>87</sup> Vgl. die oben Fn. 6 zitierte Arbeit. Auszuklammern sind Fälle, in denen der Elternvorschlag für rechtlich unzulässig gehalten wurde oder bei denen im Zeitpunkt der Verhandlung die elterliche Vereinbarung schon widerrufen worden war. *Simitis/Rosenkötter/Vogel/Boost-Muss/Frommann/Hopp/Koch/Zenz*, Kindeswohl (1979) S. 56 nennen eine Übernahmequote von 99%.

<sup>88</sup> Diese Implikation wird von *Mnookin/Kornhauser*, 88 Yale L. J. 980 (1979) nicht erkannt. Deshalb verbinden sie eine positive Bewertung eines joint-custody-Gesetzes mit einer erheblichen Aufwertung von Elternvereinbarungen bei Sorgerechtsentscheidungen (aaO. 994 ff.). In *Developments*, 93 Harv. L. Rev. 1324 ff. (1980) wird der Zusammenhang zwar gesehen, wegen einer abweichenden Beurteilung der Kindesinteressen werden aber keine Folgerungen gezogen. Ähnlich *Schwab*, Handbuch Rdnr. 198, 187, der die Effektivität der richterlichen Kontrolle überschätzt.

<sup>89</sup> Für die USA oben bei Fn. 44, 46; *Miller*, 13 Fam. L. Q. 409 ff. (1979); für die Bundesrepublik deutlich LG Bremen 16. 12. 1976, FamRZ 1977, 402, 404; OLG Düsseldorf 9. 1. 1978, FamRZ 1978, 267, 268; *Gernhuber*, Familienrecht S. 859; *Diederichsen*, NJW 1980, 2421; *Fehmel*, FamRZ 1980, 761.

Zur Bewertung der „elterlichen Gleichberechtigung“ aus dem Blickwinkel des Kindeswohls *Coester*, NJW 1981, 962; *Klußmann* (oben Fn. 76) S. 57; vgl. auch *B. Bodenheimer*, 11 FamL. Q. 85 (1977): „If we cannot divide the child by the sword, we divide him by periods of time“; ähnlich *Mnookin/Kornhauser*, 88 Yale L. J. 980 (1979); vgl. schon *Barde*, ZSR 74 (1955), 540a: „Trop souvent les parties . . . croient trouver dans cette formule hybride un moyen de concilier les prétentions opposées de parents dont aucun ne veut renoncer à ses droits sur l'enfants“.

<sup>90</sup> *Bliss v. Ach*, 8 FLR 2215 (N. Y. App. Div. 1982, eine entsprechende erstinstanzliche Entscheidung aufhebend).

<sup>91</sup> *Church v. Church*, 8 FLR 2252 (Mich. Cir. Ct. 1982).

<sup>92</sup> *Adler v. Adler*, 5 FLR 2613 f. (N. Y. Sup. Ct. 1979); *R. v. R.*, 4 FLR 2043 (N. Y. Fam. Ct. 1977); *Banks v. Banks*, 4 FLR 2652 (N. Y. Sup. Ct. 1978); *Stamper v. Stamper*, 3 FLR 2541 (Mich. Cir. Ct. 1977); *In re Levin*, 6 FLR 2427, 2428 (Cal. App. 1980).

<sup>93</sup> *Schmitt Glaeser*, Das elterliche Erziehungsrecht (oben Fn. 7) S. 22; nicht ganz so weitgehend *Dieckmann*, AcP 178 (1978) 308 f. Wie früher auf dem Rücken nichtehelicher Kinder, wird hier der Tendenz nach ehelicher Institutionenschutz auf dem Rücken von Scheidungskindern propagiert.

tigungsinteresse Rechnung.<sup>94</sup> Damit üben derartige Gestaltungen eine erhebliche „Sogwirkung“ im elterlichen Verhandlungsprozeß aus. Vereinbarungen im Zerrüttungsstadium einer Ehe sind nicht einfach, so daß sich der Weg des geringsten Widerstandes aufdrängt. Zwei Möglichkeiten sind zu unterscheiden: Zunächst gibt es Fälle, in denen eine Einigung zugunsten eines geteilten Sorgerechts zustande kommt, wo sonst jede Einigung gescheitert wäre. Als positiv zu verbuchen ist der Umstand der Einigung an sich.<sup>95</sup> Andererseits ist die Befriedung und Kooperationsbereitschaft bei den Eltern offensichtlich nicht sehr ausgeprägt, die Einigung basiert eher auf einem do-ut-des-Denken als auf kindenzentrierter Wahrnehmung elterlicher Verantwortung. Eine empirische Untersuchung in Kalifornien hat gezeigt, daß „Kompromiß-Einigungen“ zugunsten gemeinsamer Sorge, im Gegensatz zu Einigungen, die verantwortungsvoller Überzeugung beider Eltern vom Besten ihres Kindes entspringen, für das Kind nicht nur wertlos, sondern regelmäßig schädlich sind. In 80% der Fälle bedeutete die „compromise-joint-custody“ „Institutionalisierung des Elternkonflikts und fortgesetzten Streit unter Inanspruchnahme der Gerichte.“<sup>96</sup>

Als zweite Möglichkeit ist an den Fall zu denken, daß Einigungsverhandlungen, die sonst zur Vereinbarung der Alleinsorge eines Elternteils geführt hätten, auf der Vorstufe des geteilten Sorgerechts hängenbleiben. Reicht eine solche Vereinbarung schon als Übereinstimmung im Sinne des § 1671 Abs. 3 S. 1 BGB, aber auch des § 630 Abs. 1 Ziff. 2 ZPO, ist für den potentiell nichtsorgeberechtigten Elternteil kein Anlaß zu weiterem Nachgeben vorhanden. Der andere Elternteil steht vor dem Konflikt, entweder die Vereinbarung scheitern zu lassen und dem Kind den Vorteil befriedeten Elternstreits zu nehmen oder die Aufspaltung zu akzeptieren, obwohl er vom Kindeswohl her Bedenken hat. Einigkeit besteht dann im wesentlichen nur über die Aufteilung der elterlichen Sorge, während viele, sich auch gerade daraus ergebenden Probleme unentschieden bleiben.<sup>97</sup>

Es ist zu vermuten, daß bei pauschaler Zulassung dieser Gestaltungsform die große Mehrheit von Elternvorschlägen, die auf eine Aufspaltung des Sorgerechts zielen, nicht der gewissenhaften Überzeugung der Eltern entspringen würde, daß das Kindeswohl so besser gewahrt sei als bei Alleinsorge eines Elternteils, sondern einem Paktieren am Verhandlungstisch auf Kosten des Kindeswohls. Scheidungsverhandlungen finden nun einmal „in the shadow of the law“ statt,<sup>98</sup> so daß die Auswirkungen des Rechts auf die Elternverhandlungen jedenfalls dann ein legitimer Gesichtspunkt für den Gesetzgeber sind, wenn der elterlichen Einigung im Interesse des Kindeswohls rechtlich besonderes Gewicht eingeräumt wird.<sup>99</sup> Die ersten Erfahrungen mit dem Joint-Custody-Gesetz in Kalifornien bestätigen die Befürchtungen von Kritikern: Das Sorgerecht wird oft zum zentralen Aufhänger elterlicher Interessenverfolgung in schikanöser Rechtsbeharrung, die Persönlichkeit des Kindes tritt demgegenüber völlig zurück.<sup>100</sup>

## V. FUNKTIONSVERTeilUNG ZWISCHEN GESETZGEBER UND RICHTER

Diese Bedenken, zusammengesesehen mit dem schon zuvor angesprochenen Problem, daß das „gemeinsame Sorgerecht“ nur Deckmantel für eine bunte, unkontrollierte Gestaltungsvielfalt in der tatsächlichen Betreuung ist, müssen allerdings nicht notwendig zu einem pauschalen Verbot dieses Konzepts führen, wie es in § 1671 Abs. 4 S. 1 BGB enthalten ist. Für eine kleine, aber klar abgrenzbare Fallgruppe greifen die vorgenannten Bedenken nicht durch, vielmehr kann dort umgekehrt vermutet werden, daß das wie auch immer organisierte „gemeinsame Sorgerecht“ dem Wohl des Kindes dient. Es handelt sich um solche Fälle, in denen die

Eltern während einer längeren Trennungszeit (mindestens wohl ein Jahr) das begehrte Arrangement praktiziert und dabei belegt haben, daß (1) sie das nötige Maß an Kooperationsfähigkeit und -willigkeit aufbringen<sup>101</sup> und (2) das Kind keine erkennbaren Beeinträchtigungen oder Schädigungen erleidet. Die Störimpfindlichkeit des Arrangements wird es darüber hinaus selbstverständlich erscheinen lassen, daß die Einwilligung *aller* Beteiligten, also auch die des Kindes gleich welchen Alters vorliegen muß.<sup>102</sup> In diesen Fällen ist für die richterliche Kontrolle im Einzelfall eine solide Basis vorhanden und es liegt nahe, daß für die Eltern das Kind und nicht die eigenen Interessen im Mittelpunkt stehen.<sup>103</sup> Das Wohl des Kindes rechtfertigt hier keine generelle Restriktion elterlicher Sorgerechtsvereinbarung. Ob sich aus der Pflicht des Gesetzgebers zur Förderung des *Kindesinteresses* für eine Zulassung des „gemeinsamen Sorgerechts“ in diesen Fällen argumentieren ließe, mag angesichts des lückenhaften Erfahrungswissens vielleicht noch diskutierbar sein. Jedenfalls aber ist der Staat mangels einer nachweisbaren Schutzfunktion dem *Elternrecht* gegenüber verpflichtet, entsprechenden Vereinbarungen rechtliche Wirkungsmöglichkeit einzuräumen. Aus seiner Schutzfunktion im übrigen, außerhalb der genannten tatbestandlichen Voraussetzungen, folgt jedoch,

<sup>94</sup> Vgl. oben Fn. 89.

<sup>95</sup> Dies hält *Schwoerer* für durchgreifend, FamRZ 1958, 434.

<sup>96</sup> *Grossman/Diamond*, Custody modification requests filed in Marin County Superior Court between January and May 1979 (unveröffentlichtes Manuskript vom 23. 5. 1980, einsehbar bei der Redaktion der Michigan Law Review); Committee on the Family (oben Fn. 82); *Bruch*, 79 Mich. L. Rev. 708, 723 (1981); vgl. auch *Mnookin/Kornhauser*, 88 Yale L. J. 980 (1979).

Die Vermutung von *Fehmel*, FamRZ 1980, 759, bei Zulassung der „gemeinsamen Sorge“ wäre die Vereinbarungsquote insgesamt noch höher als bisher, spricht deshalb nicht unbedingt für die Zulassung dieses Konzepts.

<sup>97</sup> *Trost* (oben Fn. 28) berichtet aus Schweden, daß die gemeinsame Sorge oft als Übergangslösung eingesetzt wird. Um die Sorgerechtsfrage auszuklammern und vorerst aufzuschieben, wird „gemeinsame Sorge“ praktisch als Nicht-Regelung des Sorgeproblems beantragt. Nach einigen Jahren sieht es dann immer so aus, daß ein Elternteil praktisch das Kind allein erzieht und der andere mehr und mehr verschwindet. Dann ist die Situation für eine rechtliche Statuierung gegeben.

<sup>98</sup> *Mnookin/Kornhauser*, Yale L. J. 950 ff. (1979); *Glendon*, State, Law and Family (1977) S. 273. Ein anschauliches Beispiel aus dem Recht des Ehegattenunterhalts nach Scheidung liefert *Orr v. Orr*, 99 Sup. Ct. 1102 (1979) = EuGRZ 1980, 283.

<sup>99</sup> Es ist nicht einmal überzogen, von einer diesbezüglichen *Pflicht* des Gesetzgebers zu sprechen, *Katkin/Bullington/Levine*, 8 L. & Soc. Rev. 678 ff., 680 (1974); so im Prinzip auch *Mnookin/Kornhauser*, 88 Yale L. J. 980 (1979). *Fehmel*, FamRZ 1980, 761 sieht dieses Problem, hält es jedoch für nicht durchgreifend.

<sup>100</sup> Die Vereinigung „Equal Rights for Fathers“ in Sacramento berät die Väter in folgender Weise: (1) Von der Mutter ist *grundsätzlich* joint custody zu fordern. Lehnt sie dies ab, ist dem Gericht vorzutragen, daß die Mutter dem Kontakt des Kindes mit dem Vater feindlich gegenübersteht und ihr im Hinblick auf § 4600 (b) (1) Cal. Civ. Code die Sorge nicht übertragen werden könne. (2) Die Möglichkeit der joint custody ist als Druckmittel in der *Unterhaltsfrage* einzusetzen . . . vgl. *Bruch*, 79 Mich. L. Rev. 723 (1981); *dies.*, Schreiben an den Verfasser vom 2. 1. 1980.

<sup>101</sup> So auch *Neuhans*, Ehe und Kindschaft (oben Fn. 86) S. 246; *ders.*, FamRZ 1980, 1090; KG 28. 5. 1980, NJW 1980, 2419, 2420.

<sup>102</sup> *Beck v. Beck*, 6 FLR 2334 (N. J. App. Div. 1980): joint custody aufgehoben, da Kindeswille entgegenstand; *Mastropole v. Mastropole*, 8 FLR 2091 (N. J. App. Div. 1981); *Adler v. Adler*, 5 FLR 2613, 2614 (N. Y! Sup. Ct. 1979): „Delicate balance between the three parties“. Zum Kindeswillen vgl. auch oben bei Fn. 55.

<sup>103</sup> Aus *diesem* Grunde und unter dieser Einschränkung ist die Zuversicht der vorliegenden Gerichte (oben IV.1.) begründet.

*daß der Gesetzgeber sich nicht mit einer Generalklausel begnügen darf, die dem Richter alle Verantwortung zuschiebt, sondern daß er diese Voraussetzungen in einen gesetzlichen Ausnahmetatbestand aufzunehmen hat.*

## VI. Ergebnis

Grundtypus für das Sorgerecht nach Scheidung wird stets die Alleinsorge eines Elternteils bleiben. „Gemeinsames Sorgerecht“, als Idealtypus stets überlegen, wird nur in einer geringen Zahl von Fällen wirklich praktikabel sein. Im übrigen muß dieses Konzept wegen einer Vielzahl von Fehler- und Gefahrenquellen als „vermutlich Kindeswohlwidrig“ eingestuft werden. Dennoch sind stets Ausnahmefälle denkbar, in denen das gemeinsame Sorgerecht Kindeswohlgemäß erscheint. Ein aus dem Elternrecht folgender Zwang für den Gesetzgeber, die notwendige Aussonderung deshalb der richterlichen Einzelfallwürdigung zu überlassen, besteht jedoch nicht. Zweifel an der faktischen Effizienz richterlicher Kontrolle entsprechender Elternvorschläge sowie der gene-

relle Schutz eines kindesorientierten Verhandlungsprozesses der Eltern begründen eine grundsätzliche Wächterfunktion des Staates. Eine Ausnahme besteht nur für jene Fälle, in denen Eltern das gemeinsame Sorgerecht seit längerem erfolgreich praktizieren und alle Beteiligten deren Fortsetzung und rechtliche Verankerung wünschen. Unter diesen, in das Gesetz aufzunehmenden Voraussetzungen setzt die Familienautonomie der staatlichen Regelungsbefugnis eine Grenze. Im übrigen hat das Recht im Interesse der Kinder realistisch zu bleiben;<sup>104</sup> es ist nicht seine Sache, schwärmerisch anmutenden Konzeptionen eines „creative post-divorce-parenting“<sup>105</sup> als Vorreiter zu dienen.

---

<sup>104</sup> Vgl. Beck v. Beck, 6 FLR 2334 f. (N. J. App. Div. 1980): Der Richter solle nicht Visionen verfolgen, sondern von den realen Gegebenheiten des Falles ausgehen.

<sup>105</sup> Vgl. oben Fn. 47.